



Tokian toki sabotaiari ekin!



Hallo,

im zehnten Jahr des Blättchens neigt sich der Frühling dem Ende zu. Die olle Fusion findet nun bald wieder statt und wir hoffen, dass das Blättchen vorher in die Hände der Feierwütigen gefallen ist, damit hinterher nicht alle Informationen durch den Rausch gelöst ins Nirgendwo entschwinden.

Denn es gibt die eine oder andere harte Kost zu verdauen. In diesem Heft findet sich einiges zu Repression und Knast, eine Zusammenfassung der veröffentlichten Infos zu den Nazi-Preppern (siehe auch AB #35) sowie ein längerer Text zu den Gelbwesten in Frankreich, der mitdenken erfordert. Ein kleines Taschenlexikon sollte mitnehmen, wer den Text auf einem Festival lesen will. Aber es lohnt sich - sind spannende Thesen drin.

Dazu gibt es einige interessante Texte zu spannenden Aktionen.

Achtung Lokalkolorit: Da es nur eine kleine Pressemitteilung gab, wollen wir auch noch erwähnen, dass es nach viiielen Jahren wieder eine Hausbesetzung in Hannover gab. Es wurde zwar nach einer Nacht wieder geräumt, aber die Unterstützung durch bis zu 200 Leute macht sicher Mut weitere Versuche zu starten. Es ist schön, dass sich etwas tut. Schließlich ist Hannover mittlerweile eine der teuersten Städte im Lande und die Porschedichte nimmt bedenklich zu. Weiter so, mit Besetzungen und anderen Aktionen gegen Gentrifizierung! Ein Bekenntschreiben zu Farbattaken gegen Vertreibungsprofiteure erreichte uns. Davon wollen wir gerne mehr bekommen!

Und du, Revolutionär_in von irgendwo? Schreibst nicht so gerne, was? Oder ist das Verschicken so schwierig? Es ist keine Kunst, auch wenn wir immer wieder hören, dass Leute scheitern. Du kannst eine Mail schicken, unser Schlüssel findet sich auf dem Blog. Oder im Blog einen Text in die Kommentarspalte schreiben. Gerne auch verschlüsselt. Auch ein Brief an die Postadresse wäre möglich.

Und zum Denken braucht's nur einen Kopf und den hast du, sonst könntest du das hier nicht lesen. Zum Schreiben ein Händchen und ... ach, schreib doch mal wieder. Denn es ist so, das wir uns immer recht viel darum kümmern müssen, dass man dem Blättchen Texte schreibt, übersetzt und schickt. Nur zu!

Wenn jemand gute Texte zum Aufstand im Sudan kennt, hätten wir für die nächste Ausgabe starkes Interesse. Eine soziale Revolution, die stark von Frauen getragen wird sollte von uns nicht ignoriert werden. Auch sind wir nach wir vor an weiteren Analysen zu den Nazi-Preppern aus Antifa-Sicht interessiert. Wir haben da nicht sehr viel politische Einschätzungen gelesen. Und zu dem Irrsinn, dass jetzt so viele glauben, die Grünen würden die Welt besser machen, könnte auch mal was gemacht und geschrieben werden. Sonst müssen wir's wohl selbst machen. Diese Aufzählung ließe sich lange fortsetzen. Also planen wir lieber erstmal einen kleinen Sommerurlaub...

Bis bald, euer Redaktionskollektiv ...

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.



Wir wählen den Angriff!	4	CDU und „Deutsches Rotes Kreuz“ angegriffen	34
Wir wählen den Angriff als Antwort auf die Bullenbesetzung in Connewitz!	4	European Homecare Chef angegriffen	35
Deutsche Bank, Sparkasse, Volksbank und Bullenwache in Wuppertal	6	Wuppertal: Gegenwind für Vonovia	35
Feuer und Flamme(n) für die Polizei	6	Vonovia-Karre in Bremen-Walle abgebrannt	37
Weder in Biarritz, noch anderswo !	8	Farbe bekennen gegen Gentrifizierung	38
Montreal, Kanada:		Smash McDonald's überall!	38
Zum ersten Mai gegen die Grenzen	8	Kennzeichenscanner	39
Durchschlagende memes –		Der abgrundtiefe Staat	40
Was wir von den Gilets Jaunes lernen können	10	Repression	46
Der revolutionäre 1. Mai in Paris –		Solidarität mit den in Belgien verfolgten Anarchist*innen	47
Der ultimative Akt?	18	Einige Gedanken nach dem Prozess gegen Anarchisten in Belgien	48
Venezuela Erstens	20	Die Freiheit kommt immer	
Venezuela Zweitens	22	mit einem Messer zwischen den Zähnen	51
Interview mit einem Mitglied der Union der Anarchisten in Iran und Afghanistan	23	U-haft des Gefährten aus Zürich verlängert	52
Marseille und Genua: Hafentarbeiter verweigern Beladung eines saudischen Schiffes mit Waffen	24	FEUER DEN KNÄSTEN!	
„Wir geben jetzt keine Ruhe mehr“	25	BLAZING REGARDS FROM NOWHERE	53
Frauenkampftag und ein Abend zwischen Liebig- und Rigaer Straße	27	Feuer für Knastprofiteur Massak	53
Mobilfunkanlage in Brand gesetzt	28	Aktuelles zu Mumia Abu Jamal	54
the-hydra.world	28	Zwischenbericht zum Elbchaussee-Prozess	54
Gegen die Bundelager in der Schweiz	32	Anti-Knast-Tage	56
		Transnationales Camp für praktische Solidarität	58
		In Frankfurt brennt der Google-Truck ab	59

Impressum:

Nr. 37 Juni - Aug 2019

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

962E E3CF F873 19AA 5647

5D93 E37A 4489 E058 5969

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org

Alle Ausgaben gibt's auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert, wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:

1. September, 1. Dezember, 1. März, 1. Juni

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Wir wählen den Angriff!

Dokumentation: Bremen 26.5.2019

„Randale und Fußball am Eck: Brennende Reifen, Stein- und Flaschenwürfe auf Bullen und klirrende Scheiben. Angriffe auf Bulleninfrastruktur mit Farbe, Steinen und Hämmern:

Wache am Wall

Wache in Gröpelingen

Wache in Woltershausen

„Die Polizei muss in Bremen wieder die schlagkräftigste Familie werden!“ (FDP Bremen, Bürgerschaftswahlkampf 2019)

Der Polizeiapparat kann auf unterschiedliche Weise wirken. Zum einen als konstante Drohung gegenüber der Bevölkerung. Als mögliche Konsequenz bei Gesetzesverstößen, Auflehnung, Verschuldung oder Unachtsamkeit sind polizeiliche Maßnahmen permanent präsent. Dass Menschen im Supermarkt bezahlen, Mieterhöhungen dulden oder sich bei der Arbeit von der Chefetage erniedrigen lassen – all das passiert nicht einzig aus Konditionierung, sondern weil eine materielle Gewalt im Hintergrund droht, die jederzeit zuschlagen kann.

Überall dort, wo Disziplinierung, erlernter Gehorsam und neoliberale Stadtgestaltung nicht ausreichen, um regelkonformes Verhalten herzustellen, wirken Polizei und Ordnungsamt durch direkte und alltägliche Zwangsmaßnahmen. Mittels massiver Präsenz und Null-Toleranz-Konzepten soll abweichendes Verhalten konsequent unterbunden und die Delinquenten mittelfristig aus dem Stadtbild vertrieben werden. Im Bremer Viertel ist genau dies der Fall. Hier wirkt die Polizei nicht als Drohung im Hintergrund, sondern als unmittelbares Ordnungsprinzip. Mit dem vordergründigen Ziel, illegalisierten Drogenkonsum zu verdrängen, werden Schwarze Menschen willkürlich kontrolliert, schikaniert und gedemütigt. Mit dem Ziel, Gesetzesverstöße zu unterbinden, wird bei kleinsten Anzeichen von Protest ein Großaufgebot der Bullen zusammen gezogen. Mit dem Ziel, Verkehr und Partybe-

trieb störungsfrei und befriedet zu halten, werden am Eck immer wieder Bälle eingesammelt und Leute kontrolliert, um das abendliche Fußball-Spielen auf der Kreuzung zu verhindern.

Die Polizei angreifen – aber warum?

Wenn wir die herrschenden Eigentumsverhältnisse, die rassistische Diskriminierung oder die patriarchalen Strukturen hier im Viertel in Frage stellen wollen, kommen wir um die Konfrontation mit der bewaffneten Staatsmacht nicht herum. Anstatt unsere Protestformen an die Allgegenwart der Polizei anzupassen, zu zähmen und uns auf einen legalen Ausdruck zu beschränken, wählten wir den Angriff. Anstatt der Ohnmachtserfahrung des Alltags wählten wir ein paar kurze Momente der Offensive. Jeder laufende Bulle, jedes zerstörte Einsatzfahrzeug und jede eingeworfene Wache wird uns noch einige Zeit lang ein Lächeln auf die Lippen zaubern.

Dennoch nimmt der Krawall nicht das gesamte Panorama unserer Vorstellung davon ein, wie wir diese Welt ins Wanken bringen können, sondern ist Ausdruck von Ideen, die auch in anderen Formen tagtäglich gelebt werden.

Der Abend vor den Wahlen war der richtige Moment, um uns und dem Rest der Stadt ins Gedächtnis zu rufen: Radikale soziale Bewegungen haben immer auch auf der Straße gekämpft. Die Polizei stand bisher noch jedem emanzipatorischen Anliegen im Weg. Die Ohnmacht gegenüber Staat und Wirtschaft kann nur durch eigenes Handeln überwunden werden. Und ein Stein trifft die herrschende Ordnung besser als jeder Wahlzettel.

Für eine befreite Gesellschaft! Für eine aufständische Perspektive!

Autonome Gruppen“

Wir wählen den Angriff als Antwort auf die Bullenbesatzung in Connewitz!

Dokumentation: Leipzig, Erster Mai

„Seitdem die Bullenwache in Connewitz am 05.05.2019 angegriffen wurde, ist die Präsenz der Bullen im Viertel massiv gestiegen. Nach endlosen Nächten im Helikopterlärm nach der Räumung des Black Triangles und alltäglicher permanenter Bestreifung und Bewachung unter Bernd Merbitz, hat sich der neue Leipziger Bullenpräsident Thorsten Schultze eine neue Methode ausge-

dacht, um den Widerstand im Viertel zu bekämpfen: Fußpatrouillieren von BFE-Einheiten, meist zu viert, die von tagsüber bis mittlerweile spät in die Nacht durch den Kiez streifen und verstärkt streifende Fahrradbullen. Aber auch das Gefahrengelände in der Eisenbahnstraße, die verstärkte Bestreifung im Leipziger Westen, wo es ebenfalls rebellische Strukturen gibt und die anlasslosen Kontrollen auf dem Unicampus sprechen für eine Law & Order Politik des neuen Bullenpräsidenten. Lange genug

haben wir uns das angesehen. Am 01. Juni gingen wir dann zum Angriff über, inspiriert von den neuerlichen Ereignissen gegen Repression und Bullen in der Berner Reitschule [1], dem Bremer Ostertorviertel [2] und dem Berliner Dorfplatz [3].

Ein Augenzeugenbericht [4] zu den Ereignissen am Herderpark:

„[...] Als ich ankam spielte Toxic von Britney Spears, falls jemand nachfragt. An der Ecke vom Schwan war viel los. Die Polizeiwagen (Sixpacks) fuhren die ganze Zeit rum und wollten genau da durchfahren, wo Menschen ihr Wochenendbier tranken und ihren Wochenendball spielten. Da kamen die Polizeiwagen halt nicht gut durch, weil viele rumstanden. Nochmal: Es war keine Demo sondern ein Wochenende. Viele äußerten, dass es sich wie pure Machtdemonstration anfühlte, dass die Polizei genau da durchfahren wollte, wo Menschen Britneys Toxic hörten. [...] Beim Schwan haben wir uns was zu trinken geholt und uns auf die Treppen vom Herderpark gesetzt. Plötzlich tauchten verummte Menschen hinter uns auf, warfen Sachen rum und schon sind sie verschwunden. Uns passierte nichts, obwohl wir zwischen ihnen und den Polizist*innen saßen. [...] Ich weiß nicht warum die Polizei da war, werds evtl nie erfahren. Aber habe beobachtet, dass ihre Anwesenheit alle gestört hat. [...]“

Weitere Berichte von dem Abend könnt ihr hier nachlesen: <https://de.indymedia.org/node/33456> & <https://de.indymedia.org/node/33449>

Zwei Wannen wurden massiv mit Steinen, Pyro und Flaschen eingedeckt, sodass die Bullen sich kurzzeitig zurückziehen mussten. Hier ein kurzes Video das zeigt, wie diese zwei Wannen, die eine ist hinter der ersten, sich im Steinhagel zurückziehen:

https://www.l-iz.de/html/downloads/2019/Demo/01062019_herderplatz.mp4?_=1

Bei dem Angriff wurde unseres Wissens niemand festgenommen. Die Bullen sperrten das Gebiet danach weiträumig ab, die Spurensicherung nahm ihre Arbeit auf und die umliegenden Parks wurden unter anderem auch mit Spürhunden durchsucht. Zwischen dem Connewitzer Kreuz und der Auerbachstraße, die zur Bullenwache führt, wurde ebenfalls abgesperrt. Die Absperrung bewirkte eine autofreie Zone, was viele Menschen veranlasste, sich fröhlich auf die Straße zu setzen. Die Anspannung durch die Anwesenheit der Bullen blieb aber und als ein Mensch einen Rauchtopf zündete, wurde er festgenommen, nach kurzer Zeit aber wieder frei gelassen.

Etwas später in der Nacht gingen wir wieder zum Angriff über. Diesmal erwischte es eine Wanne in der Biedermannstraße Ecke Hammerstraße. Abermals trat diese ruckartig die Flucht an. Verletzte Bullen gab es leider keine, der Sachschaden ist noch unbekannt. Unseren Informationen nach kamen darauf Bullen mit Verstärkung auf den Innenhof des autonomen Jugendclubs Zoro, wo einige Jugendliche den Abend verbrachten. Als diese

die Schweine kommen sahen, versuchten sie aus natürlichem Reflex, ins Zoro zu laufen. Die Bullen begannen daraufhin, willkürlich auf die Schlange, die sich am Eingang gebildet hatte, einzuprügeln. Eine unbeteiligte minderjährige Person wurde festgenommen und verprügelt. Anschließend wurde das Gebiet weiträumig für die Spurensicherung abgesperrt. Um ca. 6 Uhr früh kam die angeforderte Hundertschaft aus Hannover als Verstärkung an, die es sich nicht nehmen ließ, demonstrativ mit einigen Wannen in der Stö (Stockartstraße, ehemals besetzter Straßenzug, nun legalisierte Hausprojekte) zu parken. Die Arbeit der Spurensicherung dauerte bis in die Mittagsstunden an.

Die Geister, die ihr rief...

Wir haben die Räumung des Black Triangle nicht vergessen! Auch die Misshandlungen der Jugendlichen vor etwas mehr als einem Jahr haben wir nicht vergessen! Der neuerlichen Besatzung zum Trotz hielten wir es für wichtig und richtig, den Angriff auf Bullen als Antwort auf ihre Aufstandsbekämpfung zu wählen. Der Repression müssen wir gemeinsam offensiv entgegentreten, ob auf der Straße oder im Gerichtssaal! Wir müssen die widerständige, lebendige Geschichte von Connewitz bewahren, den Zusammenhalt innerhalb unserer Bewegung stärken, die politische Kultur ausbauen und die Konfliktlinien verschärfen. Die ständige Präsenz der Bullen ist ein Angriff auf unseren Widerstand, auf unsere Bewegung. Sie ist ein Versuch, einen subversiven Raum zu kriminalisieren und zu unterdrücken. Vor kurzem wurde ein*e Sprayer*in beim Malen von einer dieser Fußpatrouillen festgenommen, an einer Wand an der man sonst seelenruhig bei Tageslicht malt, weil das für niemanden ein Problem darstellt. Unser Wunsch nach einer freiheitlichen und selbstbestimmten Ordnung ist der Ordnung der Herrschaft, Ausbeutung und Verwertung entgegengesetzt. Unsere Antwort auf ihre Angriffe kann nur von offensiver Natur sein. Dabei möchten wir daran erinnern, dass Strukturen zu erschaffen, Freundschaften zu schmieden und sich gegen Staat und Kapital zu verschwören genauso militant sein kann wie Bullen direkt anzugreifen. Ein revolutionärer Weg muss nicht immer Gewalt als Mittel haben, jedoch sehen wir die Notwendigkeit von Gegengewalt in einem revolutionären Prozess.

Wenn wir ständig von einem Kiez reden, der „anders ist“, müssen wir tatsächliche Formen von solidarischem Miteinander finden. Wenn wir eine Revolution anstreben, müssen wir die Verhältnisse im Hier und Jetzt, in den Räumen in denen wir interagieren, bereits ändern. Nur so können wir die einsame Kälte des kapitalistischen Alltags durchbrechen. Derzeit bedrohen Bullen und die zunehmende Gentrifizierung unsere Ideen von solidarischem Miteinander. Deshalb müssen wir gemeinsame Strategien gegen diese Prozesse entwickeln und in die Praxis umsetzen, den Widerstand auf jeglichen Ebenen ausweiten und intensivieren. Gleichzeitig müssen wir wieder mehr und ernsthafter darüber in Austausch treten, wie dies geschehen kann. Unser Ziel ist es, dem Mythos Connewitz wieder

Leben einzuhauchen, den rebellischen Kiez wieder aufzubauen.

Wir können nicht einschätzen wie die Bullen reagieren. Die Stimmung könnte jederzeit kippen. Seid deswegen achtsam und solidarisch miteinander. Solltet ihr Festnahmen oder andere Schikanen mitbekommen, schaut nicht weg! Bleibt, um die Bullen zu beobachten, damit sie nicht noch mehr Scheiße bauen. Schreitet ein, wenn es erforderlich ist. Habt keine Angst! Gemeinsam sind wir stark! Verteidigen wir unsere Viertel. Bilden wir eine, zwei, drei, viele Kiezmilizen! Lasst uns die Bullen weiter angreifen!“

*Einige an den Angriffen des 01. Juni beteiligte Anarchist*innen*



- [1] <https://barrikade.info/article/2288>
- [2] <https://de.indymedia.org/node/33146>
- [3] <https://de.indymedia.org/node/33145>
- [4] <https://twitter.com/sibelschick/status/1135111880991813632>

Deutsche Bank, Sparkasse, Volksbank und Bullenwache in Wuppertal

Dokumentation: Wuppertal, dritter Mai

„In der Nacht von Donnerstag auf Freitag haben die Filialen der Deutschen Bank, Sparkasse, und Volksbank sowie die Bullenwache im Wuppertaler Stadtteil Cronenberg nächtlichen Besuch gehabt, welcher ihnen kaputte Fensterscheiben und farbliche Akzente setzte.

Autonom heißt selbstbestimmt, autonom heißt widerständig. Doch nicht nur am 1. Mai. Die Mechanismen, die uns unterdrücken, gilt es, auf jeder Ebene anzugreifen.

Wuppertals Polizeipräsident Röhl und NRW Innenminister Reul versuchen, seit ihrem Amtsantritt massiv gegen selbstbestimmte und selbstorganisierte Strukturen vorzugehen. Doch diese hart erkämpften Freiräume darf mensch sich nicht nehmen lassen. Sei es, unangemeldet am 1. Mai zu demonstrieren, RWE für seine Mächenschaften bluten zu lassen oder anderen Akteur*innen der Unterdrückung und Ausbeutung einen nächtlichen Besuch abzustatten. Dieses Mal traf es, wie in anderen Städten auch viele Male zuvor schon, die Deutsche Bank,

die Volksbank und die Sparkasse. Gründe dafür gibt es genug. Sei es der Verdienst und das Bereitstellen von Kapital für die zunehmende Gentrifizierung, wie es gerade unter anderem in Berlin zu sehen ist, aber schon bald uns alle treffen wird. Das Generieren von Gewinn durch Krieg, Elend und Flucht, wie es in Kurdistan, Griechenland und andernorts nur zu gut zu sehen ist. So könnte die Liste noch endlos weiter gehen. Aber auch die Bullenwache wurde nicht zufällig ausgewählt. Mit der zunehmend erstarkenden autoritären Formierung des Staates und der Polizei, welche nach dem G20 und in Form der neuen Polizeigesetze immer deutlicher wird, ist das Kritisieren solcher Zustände und der Institution Polizei, welche diese ermöglicht, mit nächtlichen Besuchen umso wichtiger.

Die Festnahmen vom letzten Jahr bleiben nicht vergessen! Solidarität mit den von Repression betroffenen Menschen, die in nächster Zeit in Wuppertal vor Gericht stehen!

Der 1. Mai bleibt unberechenbar!“

anonym

Feuer und Flamme(n) für die Polizei

Dokumentation: „In der Nacht auf den 05. Juni 2019 wurde das Freiburger Polizeipräsidium mit Molotovcocktails und Farbbomben angegriffen. Wir hoffen, dass damit ab heute weniger Polizeiautos Freiburgs Straßen unsicher machen!

Diese Aktion ist eine deutliche Antwort gegen die geplante neuerliche Verschärfung des Polizeigesetzes in Baden-Württemberg und Teil einer Reihe von Aktionen, die sich gegen die Militarisierung von Polizei und die zunehmende autoritäre Formierung der Gesellschaft richten.

Diese Aktion ist keine bloße Kritik an der Reform von Gesetzen, sondern fordert die Abschaffung von Polizei, Militär und Knast als Ganzes! Da Demos, Petitionen und Aufrufe keine Veränderung im zukünftigen Polizeigesetz bewirkt haben, sehen wir uns gezwungen Feuerzeug und Flasche auf die Ausführenden des Gewaltmonopols Staat zu werfen. Denn die Polizei ist und bleibt angreifbar. Das hat die heutige Aktion verdeutlicht und das werden zukünftige Aktionen untermauern.

Aber nochmal von Anfang an: Nicht erst 2019, sondern bereits 2017 wurde in Baden-Württemberg unter dem Vorwand 'Schutz vor Terror' eine Gesetzesnovelle verabschiedet, die die Polizei mit weitreichenden Befugnissen ausstattet. So dürfen Cops nun unter bestimmten Umständen Sprengstoffe wie Handgranaten einsetzen und verschlüsselte Messenger-Chats über Staatstrojaner mitlesen. Die Einstufung von Menschen als 'Gefährder*innen' erfolgt nach fragwürdigen Kriterien wie Kontakt zu den 'falschen' Leuten, oder sogenannte Intelligente Videoüberwachung in öffentlichen Räumen, die automatisch Verhalten analysiert und kategorisiert, und kann im Extremfall zu präventiven Aufenthalts- und Kontaktverboten führen. Dieses Polizeigesetz wurde 2017 von den Grünen, CDU und SPD abgesegnet mit den Worten: "Wir gehen an die Grenze des verfassungsmäßig Machbaren" (Kretschmann).

Nichtsdestotrotz steht nun eine weitere Verschärfung des Polizeigesetzes in Baden-Württemberg an, welche im Vergleich zu Bayern bislang noch sehr wenig Aufmerksamkeit bekommen hat und möglichst stillschweigend verabschiedet werden soll. Wieder als "Anti-Terror-Gesetz" geframt soll es mit der Verschärfung künftig möglich sein, in einem 30km breiten Korridor entlang der Bundesgrenzen Schleierfahndungen durchzuführen, d.h. "verdachtsunabhängige" Personenkontrollen, die geradezu nach Racial Profiling schreien. Außerdem dürfen präventiv (!) im Rahmen einer Onlinedurchsuchung alle gespeicherten Daten wie Kontakte, Bilder, Kommunikation aus der Vergangenheit oder Passwörter ausgelesen, sowie Kamera und Mikrofon an Handys als Wanze benutzt werden. Bodycams dürfen ohne richterlichen Beschluss auch in Privaträumen eingesetzt werden; umfassende Personenkontrollen im Vorfeld von Demonstrationen werden legalisiert und bauen eine abschreckende Drohkulisse auf. Schließlich droht eine Unendlichkeitshaft: durften sog. Gefährder*innen bislang 14 Tage eingesperrt werden, soll der Zeitraum nun auf 3 Monate erhöht werden, die theoretisch immer wieder verlängert werden können – mensch kann also auf unbegrenzt lange Zeit im Knast sitzen – und all das ohne überhaupt einen Prozess gehabt zu haben.

Besonders diese Möglichkeit zur Unendlichkeitshaft macht die Absurdität des Polizeigesetzes deutlich: anhand welcher Kriterien sollen Richter*innen, die die Länge der Haft festlegen, entscheiden, ob Personen wohl in der nächsten Zeit eine "unmittelbar bevorstehende erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" pla-

nen, ohne willkürlich Orakel zu spielen und damit massive Fehlentscheidungen und Repressionen zu billigen?!

Das neue Polizeigesetz steht nicht für sich allein: Es ist Teil eines Paradigmenwechsels hin zu einem autoritären Sicherheitsstaat mit kontrollsüchtigem Überwachungsapparat, der Feinde nicht nur außen, sondern auch innen vehement bekämpft. Ziel ist Anpassung und Unterdrückung, Angst und Uniformität. Dies wird umso deutlicher, wenn mensch sich den Anlass der Gesetzesnovelle vor Augen führt: es gibt eigentlich keinen. Leider steht BaWü nicht kurz vor der Revolution und dass von der riesigen linksradikalen Szene eine große Gefahr für die innere Sicherheit ausgeht, widerlegt jede halbwegs professionelle Studie. Dennoch – oder gerade deshalb – wird versucht, den Spielraum sozialer Bewegungen, die nicht staatlich organisiert sind, massiv einzuschränken. Daher kann es keine Strategie sein, möglichst brav zu bleiben und den Staat nicht zu ärgern, um vor Repressionen geschützt zu sein. Jetzt leise zu sein, heißt später nicht mal mehr die Option zu haben, laut zu werden!

Die Auswirkungen des heutigen Polizeistaates wurden z.B. am Montag, d. 27.05.2019 deutlich. Wieder einmal wurde ein erst kurz zuvor besetzter Freiraum in Freiburg mit hartem Durchgreifen von der Polizei geräumt und alle anwesenden Suppportis und Vorbeilaufende kontrolliert, durchsucht, abgefilmt und die Personalien aufgenommen. Die brennenden Autos heute sind auch eine klare Botschaft gegen dieses maßlose Zusammenwirken von Staat und Polizei. Wir stehen in Solidarität mit den Besetzis und wünschen viele erfolgreiche kommende Besetzungen! Solidarische Grüße auch an die von Räumung bedrohte Elsi in Basel!

Wir halten es aus pragmatischer Sicht für wichtig, die geplante Verschärfung der Polizeigesetze in BaWü und anderswo zu verhindern! Allerdings kann die Lösung nicht eine Polizei mit nur ein bisschen weniger Handgranaten sein! Die Rücknahme einzelner Reformen ändert nichts an den ungerechten Grundprinzipien unserer Gesellschaft. Daher stellen wir uns gegen jegliche Herrschaft und gegen ein System, was auf ungleicher Machtverteilung, Privateigentum, Kontrolle und Zwang beruht.

Wir müssen uns alle die Frage stellen, was uns wirklich sicher macht: Sicher nicht die Institution Polizei, deren Aufgabe es ist, das Eigentum und damit das Interesse der Wohhabenden und Mächtigen zu schützen.

Wir wollen neue Formen des Zusammenlebens jenseits vom "Rechtsstaat" entwickeln und umsetzen. Wir wollen Verantwortung für unser Handeln individuell und gemeinschaftlich tragen, ohne Androhung von Knast und Gewalt.

Für Freiheit und Solidarität, für ein Leben in Anarchie!
Freiheit stirbt mit Sicherheit!"

*Repressionssaboteur*innen*

Weder in Biarritz, noch anderswo !



Wie alle wissen, wird vom 25. bis 27. August der G7 Gipfel in Biarritz stattfinden. An diesen Tagen werden die Führer*innen der 7 mächtigsten Länder der Welt, begleitet von ihren Anhänger*innen von Geschäftsfrauen*männern und geschützt von einer Armee von Söldner*innen, den Weltkuchen (Ressourcen, Märkte, Leben) unter sich aufteilen. Sie werden versuchen, ihren imperialistischen Appetit zu koordinieren, bessere und raffiniertere Wege suchen, um uns auszubeuten und zu kontrollieren. Und sie werden entscheiden, wie viele Krümel sie verteilen müssen, um die zunehmend unruhigen sozialen Hornissen zu besänftigen.

Eines der effektivsten Mittel, um uns zu dominieren, ist die gegenseitige Konfrontation, indem man ein System falscher exklusiver Unterschiede schafft (Rassismus, Machismo, Homophobie, Transphobie ...), die den wahren Feind verbergen. Zwischen Luxus und Verschwendung werden Nutzen und Elend auf offensichtliche und ungleiche Parteien verteilt, die entscheiden, wer Millionen auf Kosten

des Schweißes anderer ansammelt, wer das „Privileg“ hat, ausgebeutet und zum bloßen Überleben verurteilt zu werden, und wer übrig bleibt und direkt als Überschussware eliminiert wird.

Es ist die Pflicht von uns allen, die sich nicht mit den beleidigenden Krümeln zufrieden geben – und im Namen derer, die nicht einmal die Krümel erhalten –, sich außerhalb ihres Zirkus zu organisieren und diesem Fest des unersättlichsten Kapitalismus zu widerstehen. Deshalb rufen wir dazu auf, mit allen Mitteln zu kämpfen, die wir haben.

g7ezinon.info

Mobilisierungsprogramm, organisiert von der G7EZ! - Plattform:

- Samstag, 22. Juni: Demonstration in San Sebastian, Provinz Gipuzkoa (17h Easo Square)
- Samstag, 13. Juli: Demonstration in Biarritz (17h, Hippodrom der Fleurs) mit anschließendem Konzert in dem Gaztetxe (selbstorganisiertes Kulturzentrum) von Biarritz.
- Vom 19. bis 24. August: Dorf und Gipfel der Alternativen in Urrugne, Hendaye, Irun, (an der französisch / spanischen Grenze). Siehe unten.
- Samstag, 24. August: Demonstration in Irun-Hendaye (Grenzstädtchen)
- Sonntag, 25. August um 12 Uhr: Jenseits ihrer roten und blauen Zonen wird die Regenbogenzone gegen das Demonstrationsverbot gebildet - durch Kundgebungen und Aufläufe auf 7 Plätzen in Anglet, Bayonne oder Biarritz.

g7ez.eus

Montreal, Kanada: Zum ersten Mai gegen die Grenzen

Am 1. Mai fanden in Montreal über die Stadt verteilt vier unterschiedliche Demonstrationen zu unterschiedlichen Zeiten statt. Die CLAC (Convergence des Luttes Anti-Capitalistes) rief zur jährlichen antikapitalistischen Demo unter dem Motto "No Border" auf. Dieses Thema steht im Kontext einer erstarkenden extremen Rechten in

Québec und dem Bauprojekt eines neuen Gefängnisses für Migrant*innen in Laval. Wir nahmen an dieser Demo teil, die sich um 18.30 Uhr am Square Cabot versammelte.

Mehrere hundert Personen demonstrierten über die Atwater Avenue in Richtung St-Henri, ein Schwarzer Block formierte sich hinter der Demo und einem Transparent mit der Aufschrift "All Bosses are Bastards". Bauzäune und anderes Baustellenmaterial wurden auf die Strasse gezogen, um einen Abstand zwischen der Demo und den folgenden Bullen zu schaffen. Bereits beim Treffpunkt wurden Flugblätter verteilt, die die Leute dazu animierten, sich beide Strassenseiten und das Trottoir zu nehmen, um die Bullen daran zu hindern, die Demo einzukesseln. Dies hat super geklappt; den Bullen gelang es nicht, sich in Position zu bringen.

Die Demo zog auf der Notre-Dame und dann auf der Greene Avenue nach Norden, zu den Büros von Lemay, ein Architekturbüro, das die Pläne für das Gefängnis für Migrant*innen entwirft. Als sich die Demo dem Gebäude näherte, wurde eine Mülltonne angezündet und zu den hinterherfahrenden Velobullen gestossen, was eine Distanz für die kommenden Taten schaffte. Das Büro wurde angegriffen. Die grossen Scheiben vorne und auf der Seite des Gebäudes wurden mittels Steinen, Billardkugeln und improvisierten Rammböcken eingeschlagen, zwei Fassadenseiten mit Farbbomben beworfen. Zusätzlich wurden Flugblätter verteilt, um zu erklären, welche Rolle Lemay im Bau des erwähnten Gefängnisses spielt.

Einsatzbullen stellten sich – allerdings zu spät – vor die Büros, wo sie mit Steinen empfangen wurden. Sie antworteten mit Tränengas und drängten die Demo in die rue Saint-Jacques. Auch wenn der Umzug aufgrund des Gases aufgesplittet wurde, trafen zwei grössere Gruppen kurze Zeit später auf der Hauptverkehrsachse Saint-Antoine wieder zusammen – der Auflösungsversuch schlug fehl! Die motivierte Gruppe suchte sich einen Weg durch den Verkehr, zog Abfalltonnen auf die Strassen und zündete ein paar davon an. Auch wenn die Gruppe immer kleiner wurde, zog eine ansehnliche Menge weiter Richtung Osten, hinterliess auf dem Weg einige Graffitis und verteidigte sich mit Feuerwerk gegen die Bullen.

Dieser 1. Mai markiert somit eine grosse Verbesserung im Vergleich zum letzten Jahr, als die Konfrontation mit den auf den Trottoirs laufenden Bullen und dem Schwarzen Block an der Spitze der Demo nach nur zwei Minuten ausbrach und den Block somit vom Rest der Demo trennte. Seit dieser Konfrontation bewahrt die Polizei stets ihre Distanz zu grösseren Demonstrationen, was den Vorteil einer kämpferischen Demokultur aufzeigt. Heute stellen sie sich allerdings so auf, dass sie nach erfolgten Angriffen sehr schnell eingreifen können. Wir müssen versuchen, Antworten auf diesen Strategiewechsel zu finden.

Die Verteilung über die ganze Demo von unterschiedlichen Banden mit einem Willen zur Konfrontation, hat uns dieses Jahr erlaubt, die Isolierung des Schwarzen Blockes vom Rest der Demo zu verhindern. Dies hat auch geholfen, den Auflösungsversuchen der Bullen zu trotzen. An

mehreren Orten in der Demo verschiedene Gruppen und Personen zu haben, die trotz des Gases zusammen bleiben, zeigt, dass auch viele andere das für die Reproduktion solcher Akte notwendige Vertrauen gewinnen können. Die Erfahrung dieses Jahres mit der Aufsplittung und des erneuten Zusammentreffens sowie der Dauer der Demo auch nach dem Angriff auf Lemay ist ein gutes Beispiel dafür!

Wir haben ebenfalls festgestellt, dass dieses Jahr viele Leute eine Kamera bei sich hatten oder mit ihrem Telefon gefilmt haben. Fotos oder Filme, ob von den Massenmedien aufgenommen oder nicht, können Menschen in Gefahr bringen. Auch wenn ihr eure Aufnahmen nicht den Bullen geben wollt, oder wenn ihr die Absicht habt, diese vor der Verbreitung zu bearbeiten, bleibt die Gefahr weiter bestehen, dass ihr mit Informationen verhaftet werdet, die andere belasten könnten. Filmt also keine Gesichter in der Demo und seid nicht überrascht, wenn ihr aus der Demo gedrängt werdet, wenn ihr dies tut.

Der erfolgreiche Angriff auf Lemay ist eine ermutigende Entwicklung im Kampf gegen das Gefängnis für Migrant*innen. Lemay wurde in den letzten Jahren bereits mehrfach angegriffen: seine Luxusneubauten wurden eingeschlagen, in ihrem Geschäftssitz wurden Heuschrecken ausgesetzt und kürzlich alle Schlösser sabotiert. Diese Angriffe waren allerdings nicht so öffentlich wie derjenige während der Demo und wurden von eher kleineren Gruppen ausgeführt. Wir waren wirklich berührt von der Stärke und der Solidität hunderter Personen, die währenddem dieses hässliche Architekturbüro demoliert wird, vor Ort bleiben und zusammenstehen. Dies ist die kollektive Kraft und Entschlossenheit, die unserer Meinung nach notwendig sind in der Fortführung des Kampfes gegen das Gefängnis für Migrant*innen.

Lang leben die unkontrollierbaren Demos! Lang lebe der Kampf gegen die Gefängnisse für Migrant*innen!
Zerstören wir die Gefängnisse und die Grenzen!
Fuck Lemay, schöner erster Mai an alle!

übersetzt von montréal contre-information



Durchschlagende memes – Was wir von den Gilets Jaunes lernen können

Zuerst erschienen auf Metamute.org, 26. Februar 2019
von Adrian Wohlleben und Paul Torino

Der Moment der Gilets jaunes („Gelbwesten“) hat den Konsens der Politik und des gesellschaftlichen Lebens in Frankreich gebrochen. Seit November haben Hunderttausende Desillusionierte immer wieder Ausschreitungen in den Innenstädten angezettelt, Autobahnen und Ölfrafinerien blockiert, Mautstationen und Kreisverkehre im ganzen Land besetzt und sich Schlachten mit der Polizei geliefert. Während sich die erste Phase der Bewegung mit Slogans gegen die von Macron und seinem Team von Technokraten initiierte Benzinststeuer richtete, weigerten sich die Gilets jaunes, nach Hause zu gehen, auch nachdem die Steuer unter einem Kopfsteinpflasterhagel aufgehoben wurde. Linke, Kommentator*innen und Politiker haben die Grundabsicht der Bewegung nicht verstanden, während die Politisierten – von den Anarchistinnen über die Gewerkschafter bis hin zu den Neonazis – entweder versuchen, die Bewegung zu lenken oder sie völlig ablehnen. Die Gilets jaunes haben einen Prozess angestoßen, den zwar niemand versteht, den aber auch niemand ignorieren kann. Was auch immer das Ergebnis der gegenwärtigen Sequenz von Kämpfen sein wird, es ist klar, dass die Gilets jaunes die Regeln der Politik und der sozialen Bewegungen, wie wir sie kennen, gebrochen haben. Wir halten es daher für sinnvoll, einige Lehren aus dieser komplexen und unvollendeten Sequenz zu ziehen, in der Hoffnung, dass wir in Zukunft unter ähnlichen Umständen – die sicher eintreten werden – besser handeln können.

RADIKALE AKTIONEN, NICHT RADIKALE AKTEURE

It is not the insurrection that many love to dream about, it is not an act of sedition, it is not the seizure of a territory. It is something else. Some new thing whose word hasn't been invented yet.

– Liaisons, “Encore”

Wenn wir darauf bestehen, die heutigen sozialen Brüche mit den Kategorien des 20. Jahrhunderts zu interpretieren, können wir sicher sein, sie falsch zu lesen. Es ist kein Zufall, dass viele auf der Linken das Phänomen der Gilets jaunes in Frankreich zunächst als faschistisch oder naiv populistisch interpretiert haben (und deswegen einer radikalen „Korrektur“ bedürftig), während andere vorschnell die Übel eines jeglichen „klassenübergreifenden“ Bündnisses angeprangert haben. Die gegenwärtige politische Rationalität kann radikale Aktionen nicht verstehen, sondern nur radikale Akteure. Die Wahrheit des Handelns liegt, so sagt man uns, in der Identität und den Motivationen ihrer Protagonisten, die allein die wahren Objekte der sozialen Untersuchung darstellen. Eine Bewegung könnte sich auf tausend verschiedene Arten ausdrücken, aber sie wird erst dann wirklich verständlich und

gültig werden, wenn sie durch einen aus diesen beiden Faktoren gebildeten, legitimierenden Vektor betrachtet werden kann. Aus welcher Position in der Gesellschaftsordnung ist die Aktion entstanden? Welche Schnittmenge in der Matrix der Unterdrückung stellen die Teilnehmer dar? Es wird davon ausgegangen, dass die Antwort die kollektiven sozialen Interessen der Bewegung offenbart; an diesem Punkt kann man dann entscheiden, ob man sie „unterstützt“ oder „ablehnt“, so als ginge man in einem Supermarkt der Ideologien einkaufen.[1] Wie entstand dieser Impuls, ein Subjekt hinter allem Handeln zu suchen? Woher kommt er?

Dass wir es gewohnt sind, konkrete Handlungen verschwinden zu lassen und nur die „soziale“ Beziehung zwischen den Akteuren zu sehen, liegt daran, dass wir eine Vorstellung von Politik geerbt haben, in der der Diskurs, die Vermittlung von Informationen, den idealen politischen Akt bildet. Wenn gemeinsames Handeln einfach eine andere Weise ist, miteinander oder mit Dritten zu sprechen, wenn der Aufstand einfach ein anderer Modus ist, Forderungen zu stellen, wenn Krieg einfach nur Politik mit anderen Mitteln ist, dann hält uns der permanente Zwang zum Interpretieren von Handlungen verständlicherweise in Atem. Damit eine Person die Aussage einer anderen interpretieren kann, muss ein gemeinsamer symbolischer Bedeutungszusammenhang zwischen uns entstehen, und es ist unsere jeweilige institutionelle Erziehung, die dies ermöglicht.

Zeitgenössische Politik versteht unter Handeln lediglich ein Gespräch zwischen verschiedenen Interessengemeinschaften und Bevölkerungsgruppen einer Gesellschaft. Genau aus diesem Grund neigt radikale Aktivität – sobald sie in einer relativ anonymen Weise auftritt, der es an einer gleichbleibenden Urheberin mangelt und die sich hartnäckig weigert, auf unsere kompositorischen („Wer bist du?“) und projektiven Fragen („Warum tust du das?“) zu antworten – dazu, für politische Analytistinnen und Aktivisten gleichermaßen unkenntlich zu sein.

Es ist genau diese Ansicht, die die Gilets jaunes Woche um Woche zerstören. Was sich heute in Frankreich herausbildet ist eine radikale Form des kollektiven Handelns, die sich nicht auf eine kohärente Ideologie oder Motivation, auf Teilnehmerkreise oder bestimmte Regionen stützt. Vor allem aber geht sie nicht auf Grundlage eines Dialoges mit ihrem Feind vor. Es ist die Logik dieser neuen Art der praktischen Zusammensetzung, die wir verstehen müssen.

DURCHSCHLAGENDE MEMES

„Whoever has a song written about them never lives long.“
– W.B. Yeats, Mythologies

Wie kam es zu einem Bruch wie dem der Gilets jaunes? In einer Zeit, in der die Benennung und Identifizierung von Gruppen und Menschen zur hegemonialen Praxis von Aktivist*innen wie Polizisten geworden ist, ist es (für alle Seiten) wichtig festzustellen, wie eine gestaltlose und radikal instabile Bewegung sich für mehr als zwei Monate in die Straßen entladen konnte.

Ferguson und Standing Rock wurden einer ständigen „Benennung“ unterzogen, von innen wie von außen. In beiden Fällen trug die Fähigkeit, die „legitimen Anspruchsberechtigten“ der Bewegung zu benennen, auf direktem Wege dazu bei, diese zu zerstören. Dass jede einzelne Gruppe dieser Bewegungen von sich behauptete, im Namen der „Gemeinschaft“ zu handeln, hatte einen Sinn: Denn wer das normative Zentrum einer Bevölkerung bildet, bildet auch das natürliche repräsentative Ideal. Für Demokraten und Reformen ist die Einführung des Rechts, für die Bewegung zu sprechen, eine Voraussetzung politischer Macht. Sobald das Subjekt einer Bewegung ausreichend beschrieben und definiert ist, beginnt der Moment zwangsläufig, zu schrumpfen und auszutrocknen: Anführer werden zum Verhandeln aufgerufen, Militante werden unterdrückt, und eine große Anzahl aktiver Teilnehmer*innen wird auf einfache „Anhänger“ eines nicht mehr wirklich gemeinsamen Kampfes reduziert. Sobald sich Bewegungen um charismatische Individuen und Großmäuler zusammenschließen beginnen, ist es nur selbstverständlich, dass die Ärmsten und Kämpferischsten – und für gewöhnlich am stärksten rassistisch Marginalisierten – (z.B. Joshua Williams, Red Fawn) den Großteil der Repressionen abbekommen. Es ist also sinnfällig, dass von Ferguson und Standing Rock bis Bordeaux und Toulouse die kompromisslosesten und entschlossensten Aktionen heute nicht von den politischen Cliquen und Aktivisten-Netzwerken ausgehen. Die Kluft zwischen den Ideologen und den eigentlichen Revolutionären wird immer größer. Da ihre Vorstellungen von der Natur und der Bedeutung des Kampfes immer asymmetrischer werden, werden sie einander immer unverständlicher.

Die Gilets jaunes sind keine traditionelle soziale Bewegung. Das Paradigma der sozialen Bewegung bezieht sich auf einen Prozess, bei dem sich Gruppen um eine bestimmte Erfahrung mit gesellschaftlichen Institutionen (oder um eine bestimmte Erfahrung von Unterdrückung, wie im Falle der Neuen Linken) organisieren, die Interessen ihrer jeweiligen Gruppen fördern und sich dabei mit anderen institutionellen Segmenten verbinden. Von den „Arbeiter-Studierenden-Aktionskomitees“ im Mai 1968 bis hin zu der gescheiterten Allianz zwischen französischen Eisenbahnarbeitern und Akademikerinnen genau 50 Jahre später übt dieses trotzkistische Organisationsmodell weiterhin einen starken Einfluss auf die Vorstellung von der Eskalation eines Konflikts aus.[2] Da jede konstituierende Gruppe durch ihr institutionelles Bewusstsein politisiert worden zu sein scheint, wird die Zusammensetzung vorgestellt, als fände sie Segment um Segment statt, durch eine „Konvergenz der Kämpfe“, die letztlich in einen Generalstreik münden soll. Doch der gegenwärtige Augenblick hat wenig bis gar keine Verbreitung von

kleinen oder partiellen Subjektivitäten, keine „Queer Gilets jaunes“, „Studierende Gilets jaunes“ oder „Arbeiter Gilets jaunes“ hervorgebracht. Kaum jemand besteht auf bestimmten sozio-institutionellen Eigenschaften und traditionellen Kampfformen unter Ausschluss der jeweils anderen. Während noch niemand sagen kann, wohin sie führen wird, haben die Gilets jaunes gezeigt, dass es möglich ist, eine praktische Sequenz von Aufständen zu schaffen, an denen jede*r ohne sich einreihen zu müssen teilnehmen kann, ohne die besonderen Interessen marginalisierter Gruppen in den Vordergrund zu stellen oder sich nach einer weißen, patriarchalischen, kleinbürgerlichen oder anderweitig hegemonialen Leidensgrammatik zu richten. Das ist die Herausforderung, vor die uns die gegenwärtige Bewegung stellt, und die Revolutionäre überall durchdenken müssen.

An sich betrachtet bringt das Anziehen einer Warnweste weder eine vereinheitlichende Ideologie, ein Prinzip oder eine Forderung noch eine bestimmte Subjektposition oder Identität mit sich. Es funktioniert wie das, was wir ein „Meme mit Kraft“ nennen könnten. Ein Meme ändert nicht unbedingt den Inhalt eines Kampfes. In Frankreich zum Beispiel resultieren die katalysierenden Faktoren aus einem sehr vertrauten gesellschaftlichen Druck: steigende Lebenshaltungskosten, sinkende soziale Mobilität, Kürzungen in der öffentlichen Ausgaben, eine triumphierende neoliberale Regierung, die den arbeitenden Armen ins Gesicht spuckt, usw. Was das Meme der Gilets jaunes bietet, ist eine plastische Form, in der dieser Inhalt die Kraft einer Intervention annehmen kann. In jedem politischen Kampf gibt es eine minimale Formalisierung; insofern stellt das Meme erneut die grundlegende Frage der Partei und bietet die minimale Grundlage für die Organisation einer Bruchkraft im 21. Jahrhundert. Die Fließfähigkeit des Memes ermöglicht es, sich einer Demo, einer Blockade oder der Besetzung eines Kreisverkehrs anzuschließen, ohne sich in ein „gemeinsames Interesse“ oder die legitimierenden „Überzeugungen“ einer Bewegung einfügen zu müssen. Anstatt sie zu lösen, verschiebt es die Frage nach einer gemeinsamen Leidensgrammatik auf einen späteren Zeitpunkt.[3] In der Zwischenzeit hat es jedoch die Macht, die Stilllegungen, die unsere gesellschaftliche Trennung in der Metropole definieren, außer Kraft zu setzen. Unterschiedliche Erfahrungen oder Ideologien werden weder beseitigt noch gelöst, aber ihre Lösung ist nicht länger Voraussetzung für den Umgang mit anderen. Das Meme erlaubt es allen, auf der Grundlage ihrer jeweiligen Erfahrungen mit den „Eliten“ (ein bewusst unterkonstruierter Feind) zu handeln – wie ein Stapel Tarotkarten, in dem das Publikum den persönlichen Inhalt ausfüllt. Jeder von uns ist eingeladen, gegen den Feind vorzugehen, ohne zu warten oder um Erlaubnis zu bitten, und zwar aus eigenen Gründen. Menschenmassen sind in der Lage, zusammenzuarbeiten und nebeneinander zu agieren, ihre gesellschaftliche Wut und Frustration auszudrücken, ohne auf konventionelle Gemeinschafts- und Organisationsmodelle zurückzugreifen, um die Distanzen innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Gruppen (politischen Parteien, direktdemokratischen Versammlungen, Gangs, usw.) zu vermitteln. Trotz seiner scheinbar mono-

chromatischen Homogenität ermöglicht das Meme daher tatsächlich die radikalste Bejahung der Singularität. Es gibt keine andere Form der gesellschaftlichen Zusammensetzung, die uns direkter ermutigt, auf die Angemessenheit unserer eigenen Wahrnehmung zu vertrauen und auf unsere Auffassung von Situation zu reagieren.

Die *Gilets jaunes* sind keine „Koalition“ verschiedener, aber bereits bestehender politischer Gruppen. Das Konzept der Koalition gehört nach wie vor zum Horizont der „Konvergenz der Kämpfe“. Aber bisher produzieren die *Gilets jaunes* weit mehr als sie repräsentieren. Wenn sie weiterhin die Initiative behalten, wenn ihr produktives und erfinderisches Vermögen nicht der Logik von Forderungen und Verhandlungen untergeordnet wird, wenn sie nicht beginnen, ihre irruptiven Interventionen im Namen einer stabilen Bevölkerung oder einer Interessengruppe durchzuführen, könnte es gerade ihnen gelingen, den depressiven Zyklus der Revolutionen des 20. Jahrhunderts zu beenden, in dem eine Regierung im schnellen Wechsel durch eine andere ersetzt wird.

Niemand weiß im Voraus, was die kompositorischen Grenzen eines Memes sind; seine Kohärenz drückt sich a posteriori, Woche für Woche, Stück für Stück, aus. Was die „*Gilets jaunes*“ bedeuten werden, wird von ihren konkreten Auswirkungen zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten abhängen. Aus dieser Offenheit resultiert ihre besondere Stärke, da sie von jedem aufgenommen und in praktisch jede Richtung bewegt werden kann. Nachdem sie sich von jeglichem inhärenten Bezug auf ein stabiles „Subjekt“ befreit hat, öffnet sie sich auf einen grenzenlosen Horizont des Experimentierens. Wie bei jedem Meme hängt sein Kurs von seiner Fähigkeit ab, sich zu erweitern und neu zu erfinden, zu schwingen und sich mit neuen Inhalten und Ausdrucksmodi zu kombinieren. Die Reinheit steht hier mit der Stärke in umgekehrter Korrelation. Das Meme ist nicht der Universalität der Idee nachempfunden, sondern der unbegrenzten Bewegung des Simulakrums, denn seine Vitalität nimmt zu, indem es sich vermehrt, verwandelt und viral verbreitet. In dem Moment, in dem es nicht mehr in der Lage ist, Hindernisse zu überwinden und den Prozess der Verwandlung fortzusetzen, in dem es gezwungen ist, seine Grenzen zu überwachen, Anspruchsberechtigte von Betrügern, authentische Mitglieder von „gewalttätigen Agitatoren“ zu trennen, verliert es seinen kreativen und experimentellen Rand und versandet.

DER CORTÈGE DE TÊTE

Das Phänomen des *cortège de tête* („Demospitze“) während der Bewegung gegen das *Loi travail* 2016 markierte den ersten Moment in der jüngeren französischen Geschichte, in dem es einer sozialen Bewegung gelang, ein Meme neben und in sich selbst zu produzieren. Da er die ersten Reihen besetzt, gibt der *cortège de tête* den Rhythmus, das Tempo und die Slogans der großen Demos vor. Für gewöhnlich eifersüchtig bewacht von Gewerkschaften und anderen Organisationen, deren Anführer



ihn als Bühne zur Selbstdarstellung hinter pseudo-unitarischen Bannern betrachten, wurde der Raum 2016 von Graffiti-Prüherinnen, YouTubern, Studierenden und allen möglichen anderen Jugendlichen eingenommen, die ihm die Erscheinung eines Splittermarsches verliehen. Diese Geste des „Ergreifens der Spitzenposition“ selbst wurde schnell zu einem Meme und bald bei jeder großen Demo in dieser einige Monate währenden Sequenz von Kämpfen wiederholt. Aufgrund seiner wilden Energie und aggressiven Haltung gegenüber der Polizei provozierte der *cortège de tête* andauernd Zusammenstöße, was dazu führte, dass sich mit jeder Demo mehr Menschen anschlossen und eine noch bessere materielle Vorbereitung möglich wurde. Der *cortège* funktionierte wie „ein Aggregationspunkt, physisch wie politisch. Nach und nach magnetisierte er den Wunsch nach Revolte, die Wut, die Masse der widerspenstigen Körper, der Verwundeten, der Ungehorsamen, und der Unregierbaren.“[4] Natürlich kann es, wie der Name schon sagt, keinen *cortège de tête* geben, ohne dass die Gewerkschaftsprozessionen hinterhermarschieren, eine Tatsache, die dafür sorgte, dass die Ansteckungskraft im Wesentlichen in der raum-zeitlichen Logik der traditionellen sozialen Bewegung gefangen blieb. Trotz dieser Einschränkung, und ähnlich wie bei den *Gilets jaunes*, ermöglichte das *cortège de tête*-Meme die Schaffung eines Raumes, in dem eine neue Weise der Mischung von Menschen entstehen konnte, die ebenfalls dazu neigte, alle früheren

institutionellen Rollen und Identitäten auszusetzen. Wie damals ein Musiker schrieb:

Die Einzigartigkeit des cortège de tête liegt in seinem generischen Charakter, der sich der Erfassung durch jegliche Identität entzieht. In ihm begegnen Menschen einander, die sich im Rahmen des normalen Laufs der Dinge nie treffen würden, deren zugewiesene Positionen radikal unvereinbar erscheinen. Was könnte für die Macht beunruhigender sein, als das praktische Zusammenweben eben jener Körper zu beobachten, deren Trennung voneinander ihre Hauptbeschäftigung ist? [...] Wenn das Revolutionärwerden irgendetwas bedeutet, dann ist es genau diese Annahme des clinamen, diese Selbstaufgabe, diese kompromisslose Auseinandersetzung mit dem Möglichen, das durch die Situation eröffnet wird [...] Der cortège de tête verkörpert die neutrale und anonyme Vereinigung, das Irgendwerwerden dieser ganzen menschlichen Vielfalt, deren spezifische Ursprünge lokal und punktuell ausgesetzt sind.[5]

Zumindest was Metropolen wie Paris betrifft (die Blockaden im Westen stehen auf einem anderen Blatt), wurden die Macht und die Grenzen der Sequenz 2016 durch die Fähigkeit bestimmt, der Logik einer „Konvergenz der Kämpfe“ zu entkommen, und es war eine memetische Kompositionsmethode, die diese Fluchtlinie ermöglichte. Das anonyme Werden des cortège de tête beschränkte sich jedoch auf die Form des riots, dessen Dauer wiederum vollständig an den von den Gewerkschaftsfunktionären vorgegebenen Rhythmus gebunden war. Ohne einen Gewerkschaftsumzug gab es auch keine Spitzenposition, die man an sich reißen konnte. Trotz seiner enormen Stärke war es die unverwechselbare Form des cortège-Memes, die seine Ausdehnungs- und Wandlungsfähigkeit begrenzte und ihn schließlich erdrückte.

Memes erfordern weniger Interpretation als Improvisation. Die Haltung oder Neigung, die anzunehmen sie uns herausfordern, ist nicht die des Gelehrten. Es ist die des Visionärs, der auf der Suche nach wiederholbaren Gesten ist – jenen kreativen Handlungen, die eine neue Sequenz experimenteller Wiederholung in sich tragen.[6]

ENTSETZUNG & ORT

Eine kommunistische Revolution ist nicht die Summe seiner riots, Aufstände oder Schlachten. Sie ist nichts anderes als der Prozess, bei dem es Millionen von Menschen gelingt, ihre tägliche Existenz nach nicht-wirtschaftlichen Vorstellungen davon, wie Glück oder das gute Leben aussehen kann und sollte, neu zu organisieren. Während die radikalen Bewegungen, Besetzungen und Aufstände der letzten zehn Jahre es unzähligen Menschen ermöglicht haben, die Intelligenz und Erhabenheit kollektiver Selbstorganisation ohne Vermittlung durch Geld aus erster Hand zu erfahren, sind solche „kommunistischen Maßnahmen“ letztlich nur von historischer Bedeutung, wenn sie unumkehrbar werden. Ohne die Schaffung einer züversichtlichen, dauerhaften, gemeinsamen Sensibilität

fallen die Stillstellungen dieser Welt immer wieder in alte Muster zurück.

Autonome und kommunistische Formen und Praktiken müssen einen Weg finden, sich zu verbreiten und zu bestehen – aber wie? Das ist eine Frage, die sich alle, die schonmal die Macht und Erhabenheit eines Aufstands erlebt haben, zweifellos gestellt haben – in dem Moment, in dem sie zu den Videospiele, Social-Media-Profilen und dem „Business-Casual“ zurückkehren müssen, die den Raum des privaten Lebens einschließen. Die Ordnung des riots wird flankiert von der Unordnung des normalen Lebens. Wie können wir den Sprung von der Stillstellung der Zeit hin zu ihrer Reorganisation schaffen und dauerhafte Formen anarchistischer Kollektivität erzeugen? Ist es möglich (wie z.B. Joshua Clover nahelegen scheint), dass der riot über seine Form hinausgeht, dass eine „kaskadierende Serie“ von riots aus eigener Kraft „ihre eigenen Existenzen erhalten und gleichzeitig andere Kämpfe hervorbringen kann, um ihre Chance gegen die sich ausbreitende Unordnung zu ergreifen“?[7] Können riots gemeinsam reproduktive Formen der Selbstorganisation hervorrufen? Oder ist es notwendig, dass neben ihnen eine andere, ganz eigene Kampfdynamik entsteht?

Was die Aktion betrifft, so gibt es in der Bewegung der Gilets jaunes nicht zwei gegensätzliche Tendenzen: eine, die in den Städten randaliert, und eine andere, die Kreisverkehre blockiert und Gemeinschaftskantinen baut. Während beide zweifellos stattfinden, ist es entscheidend zu verstehen, wie diese beiden Dynamiken zusammenhängen, denn darin liegt die Erklärung sowohl für die Originalität als auch für die Beharrlichkeit der Bewegung. Die riots in den Städten sind in einem parallelen Prozess eng miteinander verbunden, welcher die Erfahrung von Politik selbst neu verortet hat. Es ist die Konstitution kollektiver Orte, die den entsetzenden/revolutionären Kern der Bewegung bildet und die den Gegensatz zwischen riot und Alltag überwindet. Ein Pariser Brief an das Liaisons-Kollektiv stellte kürzlich fest, dass „das Vorrecht der Gilets jaunes darin besteht, sich dort zu organisieren, wo sie leben, auf regionaler Ebene und nicht im Hinblick auf eine klar umrissene politische Identität. Es ist also kein Zufall, dass, in einer bestimmten Region, gerade der Kreisverkehr die minimale Verbindungseinheit ist“.[8] Wie die Verfasser uns erinnern, rufen kleine Kreisverkehre im ländlichen Frankreich eine andere Assoziation wach als die zentralen Plätze der größeren Städte, die 2016 der locus classicus der Bürger-Versammlungen der Nuit debout waren und die bisher von den Gilets jaunes eben nicht besetzt wurden. Für uns deutet diese Beobachtung auf einen größeren ethisch-politischen Einsatz hin: In dem Paradigma der Entsetzung, das die kommende Politik definiert, wird der Ort die Position ersetzen. Die Notwendigkeit, neue Orte oder „lebendige Orte“ zu schaffen und zu verteidigen, wird die zentrale Bedeutung von „sozialen“ Differenzierungen wie Identitäten und symbolischen Positionen innerhalb einer Matrix der Unterdrückung in den Hintergrund treten lassen. Was bedeutet es, einen „Ort“ zu etablieren, und wie haben die Gilets jaunes die Schaffung von Orten mit den riots und Blo-

ckaden verknüpft, die für die gegenwärtigen Kämpfe so bestimmend geworden sind?

Kreisverkehre

Indem sie die Kreisverkehre auf eine Weise besetzen, die es den Teilnehmenden ermöglicht, dort zu leben – ungefähr 200 Hütten und Gebäude wurden auf den Kreisverkehren errichtet, in denen gegessen, geteilt und sich verschworen wird –, schaffen die *Gilets jaunes* einen lebendigen Ort inmitten der toten Räume der spätkapitalistischen Zirkulation. Eine ähnlich unwahrscheinliche Leistung ließ sich kürzlich auch in Chico, Kalifornien, beobachten, wo Klimaflüchtlinge nach den Waldbränden Anfang des Jahres ein Lager auf einem Wal-Mart-Parkplatz aufbauten. Ob bewusst oder nicht, haben sie etwas von der Geste der ZAD und der No-TAV-Bewegungen, der Zapatistas in Chiapas und der Kurden in Rojava geerbt. Es waren diese letztgenannten Kämpfe, die die strategische Wirksamkeit der Nutzung des „Ortes“ als Angriffselement, der Umwandlung des lebendigen Bewohnens eines intensiv besiedelten Territoriums in ein Mittel zur Delegitimierung der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung am deutlichsten unter Beweis gestellt haben.

Gleichzeitig ist das Manöver der *Gilets jaunes* anders gelagert. Anstatt dass viele Menschen aus ganz Europa in zwei oder drei „zones à défendre“ zusammenkommen – wobei Vinci & Co die Initiative behalten und den Standort der Politik festlegen – bleiben die *Gilets jaunes*-Kreisverkehre dem Alltag nahe. Diese Nähe zum Alltag ist der Schlüssel zum revolutionären Potenzial der Bewegung: Je näher die Blockaden an der Heimat der Teilnehmenden liegen, desto eher können diese Orte auf Millionen andere Weisen persönlich und wichtig werden. Und die Tatsache, dass es sich um einen Kreisverkehr handelt, der besetzt ist – und nicht um einen Wald oder ein Tal – entzieht diesen Bewegungen den präfigurativen und utopischen Inhalt. Dies mag auf den ersten Blick wie eine Schwäche erscheinen, kann sich aber als Stärke erweisen.

Wie jede, die schonmal die ZAD besucht hat und in die Stadt zurückgekehrt ist, bestätigen kann, verschwindet das Gefühl der Macht, das sich in der polizeifreien Zone einstellt, sobald man diese wieder verlässt. Die ZAD ist ein lebender Ausnahmezustand gegenüber der Welt um sie herum (wenn auch ein realer, und nicht eine juristische Fiktion). Im Gegensatz dazu ermöglicht es die Besetzung des Kreisverkehrs in der Nähe des Wohnortes, dass das kollektive Vertrauen, die taktische Intelligenz und die gemeinsame politische Sensibilität, die die *Gilets jaunes* aufbauen, auch auf die Netzwerke, Verpflichtungen, Freundschaften und Bindungen des gesellschaftlichen Lebens in diesen Gebieten wirken und diese durchziehen. Was in den action camps utopische Gefühle waren, sickert durch die Kreiselblockaden in den Alltagsraum, anstatt sich davon fernzuhalten. Ebenso wenig bewahrt der Kreisverkehr eine extraterrestrische Existenz neben dem normalen Leben – wie es bei den „radikalen“ Räumen Berlins der Fall ist.

Die Heftigkeit der Samstagsriots lässt sich nur durch die Affinitäten erklären, die man in den Kreisverkehren findet. Allen Berichten zufolge besteht die Menge mit jedem weiteren Samstag zunehmend aus gut organisierten Kleingruppen, die bereit sind, taktisch und intelligent zusammenzuarbeiten. Da sich selten jemand lange genug in Paris, Bordeaux oder Toulouse aufhält, um soziale Bindungen zu knüpfen, liegt es nahe, dass es eben die im Alltag entstandenen Bindungen, die jetzt durch die Kreisverkehre „gefiltert“ werden, sind, die bei den „Actes“ jedes Wochenende in die Offensive gehen. Der Gegensatz liegt nicht, wie bisweilen nahegelegt wurde, zwischen der strategischen Front der Samstagsriots und der der Kreisverkehre. Der Kreisverkehr ist die Membran, der Berührungspunkt zwischen dem riot und dem täglichen Leben, die ihre jeweils eigenen, unverwechselbaren Rhythmen und Texturen haben.

Es ist diese Kombination aus einem memetischen Kompositionsmodus und einem entsetzenden oder ortsschaffenden Modus des Zusammenlebens, die die beispiellose Heftigkeit und Langlebigkeit der Bewegung erklärt.

EKSTATISCHER POPULISMUS

Haben wir es mit einer „populistischen“ Bewegung zu tun? Sind die *Gilets jaunes* ein populistisches Symbol geworden?

Die Idee des „Volkes“ (Lat.: *populus* / *popularis*) hatte schon immer zwei Bedeutungen. Auf der einen Seite brauchen westliche Staaten die Spektralfigur des „Volkes“ aus einem präzisen juristischen Grund, nämlich um die Quelle ihrer Autorität außerhalb ihrer selbst so zu positionieren, dass diese Quelle nie tatsächlich erscheint. Das Volk in diesem rechtlichen Sinne ist das, worin sich das Gesetz selbst voraussetzt – eine reine Fiktion, die nur auf dem Papier oder im Munde der Politiker existiert. Andererseits hat der Begriff immer auch die Armen, die Benachteiligten, die „normalen Menschen“ gemeint. Es ist ein wechselnder Platzhalter, analog zu dem, was jahrhundertlang als „Plebs“ bezeichnet wurde.[9] Die beiden Bedeutungen des Begriffs haben außer dem Namen nichts gemeinsam. Noch wichtiger ist, wie Marcello Tarí uns erinnert, dass sie sich in der Praxis tatsächlich gegenseitig ausschließen: „So wie es Aufstand als Ideologie nur dann gibt, wenn es keinen Aufstand gibt, so gibt es Populismus nur, wenn die Menschen abwesend sind“.[10] Wenn die Menschen wirklich auf der Straße sind, kann die Regierung nicht regieren, und die neomodischen parlamentarischen Populismen von Syriza in Griechenland bis Podemos in Spanien erschienen genau in dem Moment, als die riots und Platzbesetzungen der Jahre 2011-12 besiegt waren. Die *Gilets jaunes* sind nicht das „Volk“, in dessen Namen das Gesetz spricht. Wenn überhaupt, dann ist die Warnweste die Uniform des Ex-Bürgers, das Symbol eines negativen oder ekstatischen Populismus, der aus dem Gesetz, das sich in seinem Namen legitimiert, herausgetreten ist. Es ist nicht zu bestreiten, dass der

grundlegende Antagonist in diesem Kampf die „Eliten in der Regierung“ bleiben, für die der Sprechchor Macron, Démission!, eine Forderung nach Entthronung, sinnbildlich ist. Doch es wäre viel zu früh zu behaupten, dass, hinter den Tränengasschwaden, die jede Woche die Städte füllen, ein neues konstitutives Subjekt erkennbar wird. Das Einzige, was wir sicher sehen, ist eine Menge von Individuen und kleinen Gruppen, die sich an fast völlig unvermittelten Handlungen beteiligen, um einen rapport de force mit der Regierung aufzubauen, dessen Ergebnis noch niemand vorhersagen kann.

Es ist wichtig, diese ballistische Neigung der Gilets jaunes, ihre Vorliebe für Kräftebeziehungen und direkte Konfrontation zu betonen, da sich so die Verschiebung in der Funktion des Sprechens innerhalb der Bewegung erklären lässt. Die Dinge lägen in der Tat anders, wenn die Gilets jaunes nun auch die Plätze der Städte besetzten und sich in der Sorte direktdemokratischer Vollversammlungen engagieren würden, die die Nuit Debout-Bewegung 2016 und die Bewegung der Berufstätigen davor definiert hatten. Während die Forderung nach einem „Bürgerreferendum“ nach wie vor aus verschiedenen Teilen der Bewegung kommt, haben sich die Gilets jaunes größtenteils und auf bewundernswerte Weise geweigert, ihre praktische Initiative gegen politischen Repräsentation einzutauschen, und sich dem Staat weniger als Gesprächspartner denn als kinetischem und physischem Gegner entgegengestellt. Kundgebungen und öffentliche Versammlungen haben im Kampf bisher keine große Rolle gespielt. Während Versammlungen und Sprechergremien verschiedene Kreisverkehre zusammenbringen, behalten sie den Charakter lokaler, strategischer, situativer Momente logistischer Selbstorganisation und Koordination. Sobald sich irgendwer als Repräsentant der Bewegung zu inszenieren versucht oder für sich die Legitimität beansprucht, für die gesamte Bewegung zu sprechen, stößt er auf taube Ohren. Niemand kann die Stimme der Bewegung in überzeugender Weise übernehmen, am wenigsten diejenigen, die das behaupten. Der akephale Charakter des taktischen Repertoires der Gilets jaunes – riot, Blockaden, die Aneignung von Mautstellen, Kreisbesetzungen usw. – hat zu einer radikalen Schwächung der Macht der „offiziellen“ politischen Rede beigetragen. Und genau das hat – zumindest fürs Erste – dafür gesorgt, dass der besondere Populismus ekstatisch und plebejisch bleibt; dass die Des-Identifikation sowohl mit den Ordnungskräften als auch mit der einsamen Atomisierung, die der Bewegung vorausgeht, sich gegen die Versuche der Repräsentation und der Assimilation durchsetzt; und dass dort, wo gesprochen wird, dies in erster Linie dazu dient, unser Engagement zur Verteidigung jener Orte des kollektiven Lebens – gesammelt während der Bewegung, von Kreisverkehr zu Kreisverkehr – zu erneuern und auszuweiten: dies ist eine Redeweise, die sich qualitativ vom Verkündungs-Universum der Politiker unterscheidet. Es ist absehbar, dass, in genau dem Moment, in dem sie sich auf die Rolle einer konstituierenden Kraft in dem in Frankreich allzu bekannten großen Spiel der Demokratie reduzieren lässt (und in dem eine „Sechste Republik“ die derzeitige Dummheit ersetzen würde), die

Bewegung zerschlagen wird und alle ihre revolutionären Bestrebungen zunichte gemacht werden.

PLÜNDERN ALS ANTIFASCHISTISCHE MASSNAHME

Eine der wichtigsten Neuerungen der Bewegung der Gilets jaunes liegt in der beispiellosen Diskrepanz zwischen dem schnellen Wachstum der kollektiven Macht einerseits und dem Fehlen eines positiven Horizonts andererseits. Selten haben wir ein so ausgeprägtes Vermögen, alles zum Erliegen zu bringen, zusammengehen sehen mit einer ähnlichen Unbestimmtheit was Forderung, Identität, ideologische Konsistenz oder Programm angeht. Der „offizielle“ Antagonismus hat sich fast ausschließlich auf ein Machtzentrum konzentriert, nämlich die Macron-Regierung. Ideologisch ist das sicher verdächtig, da es lediglich ein „Mismanagement“ der kapitalistischen Klassenbeziehung, eine Verwechslung von Ursache und Wirkung nahegelegt. Trotzdem, auch wenn es als Machtanalyse philosophisch und kritisch unzureichend ist, hat es praktisch einem breiten Querschnitt von Menschen ermöglicht, gemeinsame Ziele zu erkennen, so dass die Polarisierung so allgemein wie möglich bleibt. Gerade die ideologische Unbestimmtheit der Situation, unterstützt durch die Unterkonstruktion des Feindes durch die Bewegung, hat es ermöglicht, dass sich der Bruch ausdehnt und intensiviert.

Dies wirft eine ernste Frage auf: was hat verhindert, dass die Bewegung einer faschistischen Tendenz erliegt? Sicherlich hat die bewährte antifaschistische Taktik von Angriff und Verjagung organisierter Rechtsextremer aus den Demos es diesen erschwert, einen überproportionalen Einfluss zu erlangen. Wir glauben jedoch, dass vor allem der weit verbreitete Vandalismus den Einfluss der Nationalisten eingeschränkt hat. Die Gilets jaunes haben uns gelehrt, wie wichtig es ist, aktiv an Bewegungen teilzunehmen, die nicht von einer erkennbaren linken Grammatik ausgehen, und stattdessen daran zu arbeiten, die Zerstörung von Eigentum in ihnen zu legitimieren.

Der Maidan ist ein gutes Beispiel. Da der Nationalismus (der demokratische wie der faschistische) eine Technik zur Bildung von Allianzen zwischen Reichen und Armen „im Namen des Volkes“ darstellt, ist es wichtig zu betonen, dass die Zerstörung von Unternehmenseigentum in der EuroMaidan-Bewegung in Kiew als inakzeptabel galt und daher selten passierte. Im Gegensatz zu zivilen Unruhen in anderen europäischen Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und Frankreich, wo bei lebhaften Demonstrationen regelmäßig Schaufenster angegriffen werden, stellt ein Artikel in der Kyiv Post vom 20. Januar 2014 fest, dass „in zwei Monaten der Konfrontation in der Innenstadt von Kiew kein einziges Schaufenster kaputt gegangen ist. Zugegeben, die ukrainischen Demonstranten scheuen sich nicht, Zäune auseinanderzunehmen oder Pflastersteine herauszureißen, aber dieser Vandalismus dient auch dem größeren Plan“.[11]

Liberalismus und Faschismus üben den Schulterchluss, wenn es darum geht, die kapitalistische Produktion zu verteidigen. Sie sind sich lediglich uneins darüber, wer in welchem Umfang an ihren gesetzmäßigen Institutionen teilnehmen darf. Diese Gruppen haben große Schwierigkeiten damit, die Zerstörung von Eigentum ideologisch zu dulden. Wo sie es tolerieren, muss diese Zerstörung ethnisiert werden. Nationalisten können ihre eigenen Angriffe auf Anlagen und Objekte nur auf ethno-nationalistische und politische Weise erklären. Die 2017 in einer Synagoge in der Innenstadt von Chicago eingeschlagenen Scheiben waren ein persönlicher und rassistischer Angriff auf die Mitglieder der Gemeinde. Was sie nicht akzeptieren können, sind allgemeine Angriffe auf Privateigentum, eine Gewalt, die eindeutig den Markt angreift: antikapitalistische Gewalt. Es ist eine Sache, eine Gewerkschaftshalle oder ein Regierungsbüro anzugreifen, es ist eine ganz andere, ganze Einkaufsviertel zu zerstören. Dies in amerikanischen Bewegungen einzuführen, wo Sachschäden und Vandalismus als unbesonnen und strategisch sinnlos angesehen werden, ist vielleicht die schwierigste Aufgabe.

SCHLUSS: EINE WETTE

In den kommenden Jahren könnten Kämpfe um ein Gefühl des Ekels anstatt um eine gemeinsame Leidenserfahrung entstehen. Aus unserer Sicht könnte heute nichts besser sein. Die charakteristische menschliche Erfahrung in den amerikanischen Vororten und im Hinterland ist eine ganz andere als die der Großstadtfabriken, auf denen die Arbeiterbewegung aufbaute. Die heutige vorstädtische und ländliche Ausbreitung führt zu extremer Entfremdung, Isolation und Einsamkeit. Die amerikanische Gesellschaft ist durch immer komplexere Differenzierungslinien getrennt: Klasse, Beruf, Rasse, Geschlecht, Sexualität, Alter, Religion, Gewicht, Politik, Subkultur, Ernährung, Gesundheitsprofil, astrologische Identität, usw. Sicherlich werden weiterhin Kämpfe auf der Grundlage von Alterität und politischer Differenz entstehen, aber wir glauben nicht, dass es sich hierbei um Freiheitskämpfe handeln wird. Es ist an diesem Punkt wahrscheinlicher, dass Freiheitskämpfe aus einem Wirbel wie den Gilets jaunes entstehen werden, in dem verschiedene Praktiken in einen gemeinsamen Artikulationsbereich einfließen, als aus den fortgesetzten Zusammenstößen rivalisierender politischer Gruppen oder den Kämpfen marginalisierter Gruppen, um ihre Interessen innerhalb des zunehmend hohlen „Zentrums“ der normativen Gesellschaft zu vertreten. Sicherlich wird das Gegenteil immer schwieriger vorstellbar: dass sich ein breiter Querschnitt der USA unter einer einzigen Identität und einem einzigen Banner vereinen würde.

Ein Kampf dieser Art könnte so aussehen:

Wütende und entrechtete Menschen beginnen, in die Innenstädte oder in logistische Bereiche (wie Flughäfen und Häfen) einzufallen. Ihre wütende Invasion spricht in einer bestimmten, parallelen Weise Menschen an, die

in marginalisierten oder einkommenschwachen Vierteln entweder innerhalb der Stadt oder an ihren Rändern leben (Graffiti-Crews, Rednecks, LKW-Fahrer*innen, Drogendealer, Sexarbeiter*innen, ehemalige Gefangene, Rentner*innen). Ethische Extremisten verschiedener ideologischer oder subkultureller Überzeugungen agieren nebeneinander auf der Straße, nur vereint durch ihre mangelnde Bereitschaft, die gegen das System gerichtete Wut des jeweils anderen zu kontrollieren (mit allen Vor- und Nachteilen: Anarchist*innen, Neonazis, Fußball-Hooligans, Gang-Mitglieder). Die verschiedenen sozialen Gruppen bilden nie ein größeres Ganzes, sondern bewegen sich einfach nebeneinander her, stoßen gelegentlich zusammen, kehren aber Woche für Woche zurück, um die Hochglanz-Fassaden der Städte zu zerstören und Polizei- und Regierungsgebäude anzugreifen. Diejenigen, die es nicht in die städtischen Zentren schaffen, blockieren die Straßen und die arterielle Infrastruktur, von denen diese abhängen, von außen. Diese heterogene Allianz aus ‚randos‘ aus dem nahen und fernen Hinterland und urbanen ethischen Extremisten repolarisiert die politische Situation von oben und unten, nicht von links und rechts. Politiker, linke Organisationen, Gewerkschaften und NGOs distanzieren sich zunächst vom verwirrenden Getümmel und verurteilen die Gewalt. Die Menge achtet nicht auf sie, denn sie hat nichts mit ihnen zu tun. Linke Organisationen, die erkennen, dass sie in den Hintergrund gedrängt wurden, haben keine andere Wahl, als einzuknicken und den Menschenmassen aus einer Nachhutposition hinterherzurennen, wobei sie auf alle möglichen Arten versuchen, sie zu kooptieren, zu managen und schließlich zu befrieden. Studenten und mittlere Manager aller Bevölkerungsgruppen versuchen, die Randalierer rassistisch, sexistisch, geographisch, nach Klassen – auf jeder Identitätsachse, die ihnen einfällt – in Verruf zu bringen und zu spalten, um im Chaos Fuß zu fassen. Gleichzeitig wird die Polizei ihre üblichen groben Fehler begehen, die (zunächst) den Antagonismus erweitern und den Kampf ausweiten, was die Regierung zwingt, die Nationalgarde einzusetzen. Wenn sie an diesem Punkt ankommen, werden sich die Kämpfe entweder zerstreuen, oder es gelingt ihnen, die Streitkräfte zu brechen und eine weit verbreitete gesellschaftliche Abtrünnigkeit zu schaffen...

Revolutionäre sollten vorbereitet sein, denn die Situation wird wahrscheinlich noch verwirrender. Es erscheint uns unwahrscheinlich, dass das Land in einen Bürgerkrieg zwischen Antifaschisten, Neonazis und der extremen Mitte stürzen wird. Ebenfalls ist es unmöglich, sich einen neuen politischen Konsens zwischen Demokraten und Republikanern vorzustellen, der auf irgendeine Weise den Ängsten und Tumulten unserer Zeit angemessen ist. Wenn etwas wie die Gilets jaunes in die USA kommt könnt ihr sicher sein, dass es noch verwirrender und unheimlicher wird, noch gewalttätiger und unbequemer. Wir wetten jedoch, dass die kommenden Bewegungen nicht ohne ihren eigenen Charme, ihre eigenen Innovationen, ihre eigene Schönheit sein werden.

SECHS NOTIZEN FÜR ZUKÜNFTIGE KÄMPFE

1. Um eine unregierbare Idee von gemeinsamem Glück zu verbreiten, ist es zunächst notwendig, unregierbar zu werden.

2. Memes mit Kraft / durchschlagende Memes ermöglichen es Menschen, sich selbst zu autorisieren, so dass sie direkt auf ihr Leiden reagieren können. Auf diese Weise untergraben sie die Verwaltung unserer Bewegungen durch die interne und externe Polizei.

3. Memes, die die Situation von oben nach unten polarisieren und die Feindseligkeit auf ein Ziel in der Mitte konzentrieren, lassen den größtmöglichen Antagonismus entstehen. So machen sie es den Reformern schwer, den Aufstand zu verhindern, und eröffnen die Möglichkeit des Kommunismus auf eine echte und praktische Weise.

4. Schließt „Konservative“ nicht ideologisch von der Bewegung aus, sondern popularisiert Gesten, die ihre Ideologie nicht unterstützen kann. Eine Möglichkeit, dies zu tun, besteht darin, die Zerstörung von Eigentum gegen die Superreichen zu legitimieren. Zeigen, nicht sagen.

5. Obwohl der Einsatz von Graffiti und anderer Botschaften notwendig sein könnte, um dem Einfluss rechter Slogans frühzeitig entgegenzuwirken, lässt nicht zu, dass eine Gruppe oder Tendenz das Meme hegemonisiert, bevor der Staat die Kontrolle komplett verloren hat.

5.1. Graffiti sollte nur auf zwei Arten verwendet werden: einerseits, um die Feindseligkeit gegenüber dem gemeinsamen Feind auszudrücken und, andererseits, um das taktische Repertoire, das ihr sehen wollt, sowie die Heldentaten der Bewegung als Ganzes zu feiern. Sprecht nicht im Namen eines „Subjekts“ und schließt keine Teile der Bewegung aus.

6. Wenn die Macht des Aufstands, soziale Identitäten und Prädikate auszusetzen, nicht neben sich selbst territoriale Orte erzeugen kann, in denen er sich ausdehnen, fortbestehen und in die Dauerhaftigkeit des Alltags übergehen kann, wird er zu einem grausamen Festival.

Adrian Wohlleben ist ein kommunistischer Forscher und Übersetzer und lebt in Chicago. Er ist erreichbar unter silentwater@riseup.net.

Paul Torino lebt in Atlanta und ist unter flightofcarus@riseup.net zu erreichen.

1 Tatsache ist, dass, selbst wenn unsere sozialen Identitäten unsere politischen Positionen irgendwie mechanisch programmieren würden (was sie nicht tun), dies uns heute nicht helfen würde. Die großen Figuren „militanter Subjektivität“ können nicht so einfach aus dem Nichts wiederbelebt werden. Wie unsere marxistischen Freunde uns immer wieder in Erinnerung rufen, schrumpft die industrielle Gewinnmarge, die die materielle „Basis“



für das politische Bewusstsein der Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lieferte, seit den 1970er Jahren kontinuierlich und treibt damit die Arbeiterbewegung in die Defensive. Das Ergebnis ist eine seit vier Jahrzehnten andauernde depressive Spirale, wobei die große Mehrheit der Arbeitskämpfe im Westen so gut wie ausschließlich defensiv geworden ist und trotzdem immer weiter verliert. In der Zwischenzeit hat sich die revolutionäre Vorstellungskraft des Westens erschöpft und ist gezwungen, sich von anderen Grundsätzen ausgehend neu zu erfinden.

2 Zu diesem Punkt siehe Fredy Perlman's klassischen Artikel „Worker-Student Action Committees, May 1968“, hier verfügbar: <https://theanarchistlibrary.org/library/roger-gregoire-fredy-perlman-worker-student-action-committees-france-may-68>. „In den Ex-Universitäten wurde die Trennung zwischen „Studentinnen“ und „Arbeitern“ in der Praxis, in der täglichen Praxis der Bewohner, aufge-

hoben; es gab keine speziellen „Studentenaufgaben“ und „Arbeiteraufgaben“. Die Aktion ging jedoch über das Bewusstsein hinaus. Indem sie zu den „Arbeitern“ gingen, sahen die Menschen die Arbeiterinnen als einen spezialisierten Sektor der Gesellschaft, sie akzeptierten die Arbeitsteilung“ (Hervorh. d. Verf.).

3 Diese Frage lautet: Können Menschen, deren Leben von unvergleichbaren Gewaltformen geprägt sind, die gleiche Welt, die gleiche Sprache, eine gemeinsame Vision von Freiheit erfahren? Das Meme löst diese Inkommensurabilität weder auf, noch unterdrückt es sie – es gibt keine Abkürzung zu einem existentiellen Gemeinwesen. Vielmehr löst es diese Unterschiede von jedem Erfordernis der Einheit, indem es unsere vergleichende Gewohnheit – d.h. eine Form des Leidens durch Abwägung gegen eine andere zu legitimieren – ausschaltet. Die gelbe Weste öffnet das Feld der Politik: Plötzlich ist das Zentrum überall, und jede*r kann aus eigenen Gründen angreifen und sich organisieren, egal ob sich die Gründe miteinander vereinbaren lassen oder nicht.

4 Mauvaise Troupe, „Cortège de Tête“, in Riots and Militant Occupations. Smashing a System, Building a World. A Critical Introduction, Alissa Starodub und Andrew Robinson (Hrsg.), London, 2018.

5 Anonym, „The Unassignable Riot“, in War on the Streets. Tactical Lessons from the Global Civil War, Ill Will Editions, 2016, S.61-62. Zuerst veröffentlicht in Lundi matin, Juni 2016.

6 Als z.B. Mitte Dezember die Gilets jaunes hauptsächlich auf Mautstationen, Kreisverkehre und die samstäglichen riots ausgerichtet waren, begannen einige kleinere Städte damit, „Brotkrümel-Demos“ zu organisieren, bei denen mit Brotkrümeln die Wege zu Häusern lokaler

Politiker markiert wurden. Bei ihrer Ankunft zerstörten die Teilnehmer*innen Eigentum oder bedrohten die Amtsträger, manchmal schossen sie sogar mit Pistolen in die Luft – unnötig zu erwähnen, dass das eine Seltenheit in Frankreich ist. Dies war eine wiederholbare Geste, die in der Lage war, das taktische Repertoire des Kampfes strategisch zu erweitern und eine neue Form des Kampfes in den Alltag zu tragen. Für eine hilfreiche Diskussion über Wiederholbarkeit und Improvisation auf der Ebene von Straßenkämpfen siehe (Anonym), „Yes, And...“, in War on the Streets. Tactical Lessons from the Global Civil War, Ill Will Editions, 2016. Hier verfügbar: <http://ill-will-editions.tumblr.com/post/154103163849/war-in-the-streets-tactical-lessons-from-the>.

7 Joshua Clover, Riot, Strike, Riot, Verso Books, 2016, S. 187.

8 Liaisons, „Encore. A Second Letter from Paris,“ The New Inquiry, 04. Januar 2019. Hier verfügbar: <https://thenewinquiry.com/encore/>.

9 Siehe Alèssi Dell'Umbria, „Full Metal Yellow Jacket“, Ill Will Editions, 2019. Zuerst veröffentlicht in Lundi matin, 22. Januar 2019. Hier verfügbar: <http://ill-will-editions.tumblr.com/post/182503015824/full-metal-yellow-jacket-al%C3%A8ssi-dellumbria>.

10 Marcello Tarì, Non esiste la rivoluzione infelice, Rom, 2016).

11 Ivan Verstyuk, „No looting or anarchy in this Euro-Maidan revolution“, Kyiv Post, 20.01.2014. Hier verfügbar: <https://www.kyivpost.com/article/opinion/op-ed/no-looting-or-anarchy-in-this-euromaidan-revolution-335296.html>.

Der revolutionäre 1. Mai in Paris – Der ultimative Akt?

Die 1.Mai-Demo in Paris galt dieses Jahr wohl als die gewalttätigste in Europa. Tage zuvor haben sich noch viele eine revolutionäre Situation von ihr erhofft, jedoch lief der Protest anders ab als erwartet. Woran lag das? Eine Perspektive des Geschehens mit kurzem Kommentar über Polizeitaktiken und Widerstandsorganisation.

In Paris wurde am 1. Mai zu mehreren Demonstrationen aufgerufen. Während die Klimademo am Panthéon wegen fehlender Genehmigung wegfiel und die libertäre Zug beim Place de la République ruhig blieb, began die Großdemo am Quartier Montparnasse, die wohl im Vorfeld für viele Radikale als die Vielversprechendste galt. Dort versammelten sich ca. 55.000 Menschen, die gegen Herrschaft und Ausbeutung auf die Straße gegangen sind, darunter Gelbwesten aus ganz Frankreich und

internationale Aktivist*innen. Um dort hinzugelangen, mussten sich Menschen mehrfache Taschenkontrollen unterziehen, vereinzelt mit Abtasten. Etwa 18.000 sogenannte Präventivuntersuchungen wurden durchgeführt. Dabei wurden nicht nur Gegenstände wie Benzin, Gaskartuschen und Bolzenschneider sichergestellt, sondern auch Plastikflaschen, Mundschutze und Besenstiele von Demoschildern. Es kam es zu Identitätskontrollen, die mehrere Minuten andauerten und bis zu 2km vom Startpunkt entfernt stattfanden.

Während in Frankreich dieser Tag traditionell von Gewerkschaften angeführt wurde, waren diesmal vor allem die Gilets Jaunes und der Black Block tonangebend. Beindruckenderweise halfen die Demonstrierenden durch

Abschirmungen das Bilden des Black Blocks, der noch zusätzlich angefeuert wurde. Bereits über eine Stunde vor dem offiziellen Beginn um 14:30 wurde Tränengas eingesetzt; vielleicht als eine Folge darauf. Anscheinend war die Taktik, die Demonstrierenden durch hin und her Scheuchen möglichst schnell zu ermüden und potentielle Teilnehmende davon abzuhalten mitzulaufen. Obwohl in Frankreich seit neuestem Schutzmasken auf Demonstrationen illegal sind und einige konfisziert wurden, war dennoch eine erstaunliche Mehrheit gegen die Gasattacken vorbereitet. Frühzeitig versuchten einige Agents provocateurs Eskalationen herbeizuführen. Es konnten über die ganzen Marsch hinweg mehrere Zivilpolizisten enttarnt werden, die anschließend von einem einprügelnden Stoßtrupp aus dem Block herausgezogen worden sind.

Insgesamt waren über 7.400 Polizeikräfte vor Ort; alle Sichtbaren waren aufgerüstet. Keine Pferde, keine Hunde, keine Helis – stattdessen Motorräder, Wasserwerfer und Drohnen. Wenn der Zug an größeren Kreuzungen vorbeikam, an denen meist mehrere Polizisten standen, wurde mit dem Demospruch „Tout le monde déteste la police!“ („Die ganze Welt hasst die Polizei!“) geantwortet. Die Feuerwehr hingegen bekam Applaus. Zehntausenden von Menschen proklamierten gemeinsam Parolen wie „Révolution!“ oder „A-Anti-Anticapitalista!“. Hoffnung machte sich breit. Progressive und antiautoritäre Stimmen überwogen bei Weitem. Im Vorfeld forderten Macron und Innenminister Castaner eine sehr bestimmte Antwort gegen den Black Block und wollten einen Aufstand mit aller Härte verhindern. Wie befohlen gehorchte die Polizei, indem sie versuchten den Black Block und sich weitere radikale Demonstrierende zu isolieren. Dies gelang auch immer mal wieder. Zum Beispiel wurden 50 bis 80 Menschen, großteils schwarz gekleidet, durch eine Kombination auf Polizeivorstößen und Tränengasgranaten in eine Seitenstraße der Boulevard de l'Hôpital gedrängt. Glücklicherweise konnte sich überwiegender Teil in den Innenhof eines Wohnhauses retten. Aufgrund der Polizeiwagen und der Tränengasschwaden misslang es der Polizei sie weiter zu verfolgen. Ein weiteres Beispiel dafür entlarvte abermals die mangelnde Quellenkritik des Mainstreamjournalismus: Viele etablierte Medien gaben eine Lüge von Castaner wieder, der behauptete, das Krankenhaus Pitié-Sapétrière sei verwüstet worden. Der Krankenhausdirektor bedankte sich sogar bei der Polizei, weil sie einen Brandanschlag verhindert hätten. Tatsächlich flüchteten die Demonstrierenden aber auf das Krankenhausgelände, um der Polizeigewalt zu entkommen.

Überraschend war, dass fast keine Molotov Cocktails geworfen, wenige Fenster eingeschlagen, nur einige Autos beschädigt wurden. Dafür flogen zahlreiche Steine, Asphaltbrocken, Glasflaschen und dergleichen in Richtung Polizei. Neben LBD-Feuer schmiss ein Polizist sogar einen Stein zurück. Mehrere Gegenstände wie Mülltonnen und Straßenschilder wurden angezündet, die zu großen, schwarzen Rauchbildungen beigetragen haben und für Verwirrung unter den Demonstrierenden sorgten.[6] Die Barrikade vor einer Polizeistation wurde leicht beschädigt; die Pressspanplatten der Banken oft entfernt, um

die Gebäude etwas zu demolieren; die Barrikade um den Park des Place d'Italie, den Ziel des Menschenzuges, wurde demontiert. Wäre letzteres nicht geschehen, hätten alle ankommenden Menschen jedoch nicht ausreichend Platz gefunden.

Die Polizei blockierte den Zugang vom Boulevard de l'Hôpital zum Endpunkt, wahrscheinlich um die vormarschierten schwarz verummten Menschen mit aller Härte verfolgen zu können. Denn äußerst wenige Pressemenschen schafften es rechtzeitig dorthin, um die Gewalttaten dokumentieren zu können. Ein regelrechtes Katz- und-Maus-Spiel entwickelte sich. Die Polizisten jagten Menschen in diesem großen Kreis. Einige Aktivisti konnten abgeführt und niedergeschlagen werden. Es wurden kleinere Gruppen von 30 bis 50 Menschen in Ecken gedrängt. Die Polizei reihte sich meist in drei Reihen auf, um das Geschehen abzuschirmen, und präsentierten sich gewaltbereit. Schnell entledigten sich Angehörige des Black Blocks ihrer Kleidung und Schutzmasken unter dem Sichtschutz der anderen. Ältere Menschen wurden schnell aus den Kessel entlassen. Bei einem Fall schaffte es ein solidarischer Mensch aus einem Wohnblock, einen Fluchtweg zu ermöglichen, indem er ein Tor des direkt an der eingekesselten Gruppe stehenden Zauns öffnete. Hier zeigten sich abermals die Unterstützung für den Black Block, denn die vormals Vermummten wurde der Vortritt zum Entkommen gewährt.

Als die Massen den Place d'Italie erreichen konnten, beruhigte sich die Situation nach und nach. Interessanterweise schaffte es eine Gruppe um die CGT-Wägen die Polizeisperre zu umgehen und in sich in eine der abgehenden Straßen zu begeben. Ohnehin waren die CGT-Umgebung eher ein sicherer Hafen, als dass sie revolutionäres Potential gezeigt hätte. Inwiefern diese Gewerkschaft mit dem Staat kooperiert, um so eine Sonderbehandlung zu bekommen, kann spekuliert werden. Jedenfalls wird sie von vielen Gelbwesten kritisch beäugt, vor allem nach dem gescheiterten Versuch der CGT sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Vielleicht wurde zum Abschluss auf Deeskalation gesetzt, nach dem der CGT-Generalsekretär auch etwas Tränengas abbekommen hatte. Was sich wie die Ruhe vor dem Sturm anfühlte, läutete eigentlich das Ende auf der offiziellen Route ein. Gegen Ende war der Platz von ca. 400 Polizeivans umzingelt und wurde gegen zwanzig Uhr ohne großen Widerstand geräumt. Es befanden sich ohnehin nur noch 1000 bis 2000 Menschen dort. Am Place de la Contrescarpe wurde bereits mit Essen, Alkohol und Musik der Jahrestag der Eskapade von Macrons ehemaligem Bodyguard Benala gefeiert. Nicht weit davon entfernt setzten wilde Proteste fort, die aber bereits polizeilich abgeriegelt und somit nicht mehr betretbar waren. Bislang ist von der ausgerufenen Gelben Woche, welche mehrere direkte Aktionen versprach, nichts zu hören.

Über 40 Demonstrierende haben beachtliche Verletzungen erlitten, darunter Schnitt-, Schürf- und Platzwunden, sowie tiefere Fleischwunden durch Detonationen und Metallknüppelschläge. Prügel auf Kopfhöhe stand

auf der Tagesordnung. Die bei Salpêtrière verhafteten Menschen wurden nach ungefähr 30 Stunden aus dem Gewahrsam entlassen. Ein deutschsprachiger Journalist, der unter dem Pseudonym @RoteAnarchie seit längerem über die Gilets Jaunes berichtet, wurde inhaftiert und in der Nacht von Samstag auf Sonntag entlassen. Dem Menschen wird vorgeworfen, dass sein Verhalten eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstelle und er die Kriterien, die einen längeren EU-Auslandsaufenthalt über die üblichen drei Monate, nicht erfülle. Ein Aufenthaltsverbot in Frankreich von 24 Monaten wird als Strafe gefordert.

Der Mangel an Organisation für einen wirklich revolutionären 1. Mai war offenkundig. Menschen rannten panisch vor der aggressiv auftretenden Polizei weg und sorgten so manchmal für gefährliche Quetsch-Situationen. Außerdem konnten mehrere Menschen in Gewahrsam genommen werden, weil es an solidarischem Schutzkreisen fehlte. Die Tatsache, dass viele des Black Blocks die gleichen Kleidungsstücke trugen, ist lobenswert hervorzuheben. Dazu kommt die Kreativität mancher militanten Aktivist*innen, welche verschiedene Utensilien benutzten, die sie auf dem Weg gefunden hatten, um sich zur Wehr zu setzen. Jedoch hätten mehrere Fluchtwege und Soliwohnungen geplant werden können. Eine Nummer des

Défense Collective (entspricht einem Ermittlungsausschuss) konnte u.a. von den Medics erfragt werden, doch sie wurde nicht über Lautsprecher durchgegeben. Es gingen zudem wenige Flyer herum, die gerade bei einem internationalen Protesttag auch in Englisch hilfreich wären. Nichtsdestotrotz konnte das Kollektiv mit ~100 von den ~380 gefangenen Menschen Kontakt aufnehmen. Darüber hinaus hätten fernab direkte Aktionen durchgeführt werden können, die wahrscheinlich größere Effekte als diese Demonstration gehabt haben könnten. In den Jahren zu vor standen viele Polizisten in Flammen und gegen Abend lieferten sich gewaltbereite Aktivist*innen eine abschließende Schlacht. Die Wege des Place d'Italie waren bereits einmal löchrig wie ein Schweizer Käse. 2018 wurden bei der 1.Mai-Demo über 30 Geschäfte angegriffen oder gebrandschatzt und sechs Autos völlig entflammt. Das es dieses Jahr seitens der Demonstrierenden etwas friedlicher ablief, lag insbesondere an den von Anfang an harschen Übergriffen und der taktischen Vorbereitung der militarisierten Polizei, die die Massen eingeschüchert hat. Doch die klare Überzahl der Demonstrierenden hätte auch einen größeren Widerstand ermöglichen können. Eventuell mangelt es in Paris nicht am Willen zur Revolution, sondern an revolutionären Strukturen und Strategien. Paris, debout! Soulève-toi! („Paris, steh auf! Erheb dich!“)

Venezuela Erstens

Kein Strom, kein Essen, kein Gas und kein Benzin: Décaissance in Venezuela

Die Hunger Games

Medialer Krieg ist auch nicht mehr das, was er einmal war. Wochenlang hatte die internationale Presse den Showdown zwischen dem „Tyrannen Maduro“ und dem „Befreier Guaidó“ hochgepeitscht. Es ging buchstäblich um die Errettung eines Volkes vorm Verhungern. Juan Guaidó, ein junger Abgeordneter der rechten Partei „Voluntad Popular“, der sich in einer fragwürdigen Interpretation der Verfassung und ganz offensichtlich auf Betreiben der USA zum Übergangspräsidenten ausgerufen hatte, wollte in einer grossen medialen Aktion Tonnen von Hilfsgütern ins Land bringen, gegen den Willen der Regierung, der darauf keine andere Antwort einfiel, als zu behaupten, die Versorgungslage im Land sei vorbildlich, und also die Transporte gewaltsam zu verhindern. Der ersehnte Erfolg des Spektakels wollte sich aber nicht so recht einstellen. Zwar war die Aktion für die Opposition insofern erfolgreich, als der Chavismus weltweit wieder mal als das enlarvt werden konnte, was er ist: ein Haufen entseelter Bürokraten, denen der Erhalt ihrer Macht wichtiger ist als die Hilfe für die Bevölkerung, zu deren Schutz sie doch eigentlich angetreten waren. Auch nutzten rund 60 venezolanische Sicherheitskräfte die Gelegenheit, um sich von ihren Truppen abzusetzen. Aber das eigentliche Ziel der Aktion, nämlich ein massenhaftes Überschreiten der Grenze durch Zivilisten und in der Folge ein allgemeines Überlaufen der Soldaten, das den Anfang des Endes des Chavismus einläuten sollte, fand nicht statt.

Weil die ganz grossen medial verwertbaren Bilder sich partout nicht einstellen wollten, gingen ein paar übereifrige Aktivist*innen der Opposition sogar so weit, einen der Lastwagen mit Hilfsgütern anzuzünden, um die venezolanischen Truppen dieser Untat bezichtigen zu können. Nach dem Motto „irgend was bleibt immer hängen“ kolportierten Guaidó und seine internationalen Handlung*innen sofort den Fake, ohne Rücksicht darauf, dass auf Fotos klar zu sehen war, dass der fragliche Lastwagen weit von den venezolanischen Soldaten entfernt auf kolumbianischem Boden abgefackelt wurde.

Nach dem Spektakel ist die Luft erst mal raus. Maduro ist weiterhin im Amt, und Guaidó tourt durchs Land, um seine Basis zu motivieren. Währenddessen betritt ein neuer Akteur die Bühne: der „elektrische Krieg“.

„Apagón“

In den späten Nachmittagsstunden des 7. März fiel in ganz Venezuela der Strom aus. Niemand ahnte, dass dem Land der längste und verheerendste Blackout seiner Geschichte bevorstehen würde. Für 5 ewig scheinende Tage und Nächte hatten der grösste Teil der venezolanischen Bevölkerung keinen Strom, und viele auch kein Wasser wegen des Ausfalls der elektrischen Pumpsysteme. Es herrschte totale Funkstille; die Telekommu-

nikation sowie die Übertragung in Radio und Fernsehen waren komplett ausgefallen und die wenigen, prekären Informationen über das ebenso im Dunklen liegende Zeitgeschehen und dessen möglichen Ursachen wurden praktisch von Mund zu Mund weitergegeben. Der private und öffentliche Verkehr kam fast vollständig zum Erliegen, da nur wenige Tankstellen des Landes über funktionale Notstromaggregate verfügen, und wo dies der Fall war, ging in Kürze das Benzin aus, weil die Reserven in den Depots nicht für die hunderten von Fahrzeugen ausreichten, die davor kilometerlange Schlangen bildeten. In vielen Krankenhäusern starben Patienten wegen fehlender Stromversorgung. In den Kühlschränken und Gefriertruhen verderben die Lebensmittel; manche Geschäfte verschenkten bereits halb verdorbene Fleisch- und Milchprodukte an ihre Kunden. Die Verluste bei Produktion, Lagerung und Handel von nicht haltbaren Lebensmitteln beliefen sich auf riesige Summen. Ab dem dritten Tag des Stromausfalls musste die Regierung Maduro an zwei aufeinanderfolgenden Tagen arbeitsfreie Tage ausrufen, da das öffentliche Leben komplett zum Stillstand gekommen war. Der Ökonom Asdrubal Oliveros bezifferte den entstandenen Schaden nach vier Tagen Stromausfall auf 875 Millionen Dollar oder ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

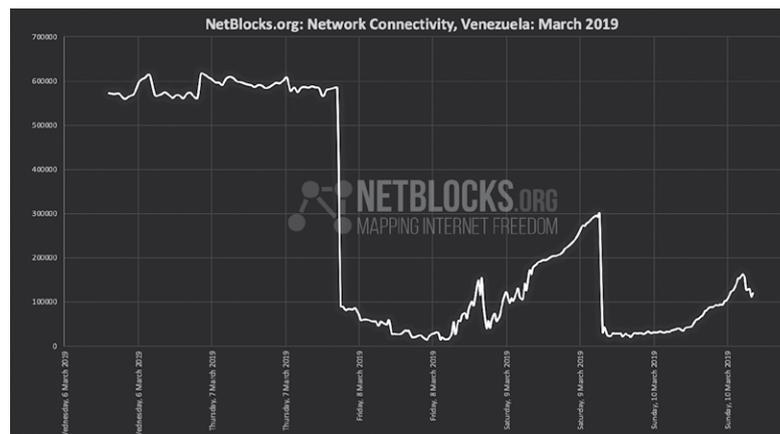
Abgesehen von propagandistischen Medienauftritten, in denen als Ursache für den katastrophalen Stromausfall ein Cyberangriff bzw. „elektrischer Krieg“ der USA gegen Venezuela genannt wurde, glänzten Staatschef Maduro und sein Kabinett durch Abwesenheit, einschliesslich des Ministers für elektrische Energie, Luis Motta Dominguez, ein General der venezolanischen Nationalgarde ohne Kompetenz oder Erfahrung auf diesem Gebiet. Es gab keinerlei Kontingenzpläne der Regierung, um die Bevölkerung in der Notlage mit entsprechender Logistik zu unterstützen, und sollte es sie gegeben haben, so wurden sie nicht ausgeführt. Die Bevölkerung tappte, was die exakten Ursachen, den entstandenen Schaden an der Infrastruktur, die geschätzte Dauer und das Ausmass des Blackouts betraf, buchstäblich im Dunkeln, was Gerüchten, Angst und Unsicherheit Tür und Tor öffnete. Der bargeldlose Zahlungsverkehr, ohne den in Venezuela wegen des chronischen Bargeldmangels kaum etwas zu kaufen ist, fiel aus, da nur wenige Geschäfte über ihr privates Notstromaggregat verfügen, und das für Bankabrechnungen und – überweisungen unerlässliche Internet nicht funktionierte. Ohne Strom, Wasser, Kochgas, Transport und Kommunikation und fast ohne Einkaufsmöglichkeit – skrupellose Einzelhändler und Wucherer nutzten die Notlage, um exorbitante Preise für ihre Waren zu verlangen – schuf sich vielerorts die Wut und Ohnmacht der Menschen über Proteste und Plünderungen ein Ventil. Im heissen Bundesstaat Zulia wurde für Eiswürfelbeutel, die zur notdürftigen Kühlung von verderblichen Lebensmitteln benutzt wurden, satte zehn Dollar verlangt.

Arbeiter, Ingenieure und Techniker der nationalen Elektrizitätsgesellschaft Corpoelec haben in der Vergangenheit immer wieder vor einem bevorstehenden Zusammenbruch des elektrischen Systems in Venezuela gewarnt und sind

dafür diffamiert, entlassen und einige sogar inhaftiert worden, wie der am 14. Februar 2018 vom Geheimdienst SEBIN im Bundesstaat Carabobo festgenommene, im Dienst von Corpoelec arbeitende Ingenieur und Gewerkschaftsführer Elio Palacios, welcher wiederholt den kritischen Zustand der elektrischen Infrastruktur dort denunziert, vor ihrem bevorstehenden Kollaps gewarnt und als Gründe fehlende Wartung und Korruption genannt hatte.

Wegen seiner strategischen Bedeutung für die nationale Sicherheit war der Elektrizitäts-Sektor noch unter Chávez längst auf einen Notfall oder „Angriff von aussen“ vorbereitet worden, indem neue, thermoelektrische Stromerzeugungskomponenten in das Nationale Elektrizitätssystem (SEN) integriert worden waren, womit die Abhängigkeit des Grossteils des Landes von der Stromerzeugung des Guri Staudamms etwas vermindert werden sollte. Diese thermoelektrischen Stromgeneratoren sind jedoch inzwischen mehrheitlich unbrauchbar, was grösstenteils auf ihre minderwertige technische Qualität zurückzuführen ist, alldieweil sie im Zuge der Korruption ohne öffentliche Ausschreibung von ausländischen Firmen zweifelhafter Kompetenz völlig übersteuert importiert worden waren. Hinzu kamen später mangelnde Wartung wegen fehlender Ersatzteile, die heimliche, schleichende Demontage der Generatoren und der Verkauf ihrer Einzelkomponenten, und sogar fehlender Treibstoff für ihren Betrieb. Bezeichnenderweise hat die Regierung Maduro keine offizielle Erklärung dafür geliefert, wieso die thermoelektrischen Anlagen, die in Engpässen oder Notfällen einzuspringen haben, nicht funktionieren. So auch auf dem Flughafen Maiquetía von Caracas, der trotz eines gewaltigen Notfallaggregats tagelang ohne Strom war.

Laut einer Untersuchung von Ingenieuren der Universidad Central de Venezuela und Technikern der Nationalen Elektrizitätsgesellschaft lag die Ursache des Stromausfalls bei einem Brand der Vegetation in der unmittelbaren Nähe des Guri Kraftwerks, der sich schon am Tag vor dem Stromausfall entzündet hatte und welcher drei Hochspannungsleitungen überhitzte. Es kam zur Überlastung bis hin zur vorübergehenden Abschaltung der Turbinen. Mehrmalige Versuche, das System wieder hochzufahren, misslangen und führten schliesslich zu einer Explosion in einer nahegelegenen Umspannstation mit weiteren, schweren Schäden.



Es ist bemerkenswert, dass ein fünf Tage und vier Nächte währender Stromausfall praktisch im ganzen Land, einschliesslich der Millionenhauptstadt, welche in den vergangenen Jahren von den schlimmsten Stromausfällen durch eine Umverteilung von Kapazitäten zu Lasten der Provinz weitgehend verschont geblieben war, nicht zur Destabilisierung der Regierung oder gar ihrem Sturz geführt hat. Ausser vereinzelt Plünderungen von Märkten blieb es im grossen und ganzen ruhig.

Am 25 März brach das Stromnetz schon wieder zusammen, bis zur Stunde ist die Stromversorgung im Land nicht wieder völlig hergestellt. Aber dieses mal

beugte die Regierung vor: praktisch jede Strassenkreuzung in den betroffenen Städten ist von Militärs besetzt. Auch wenn es auch diesmal an jeglicher Unterstützung der betroffenen Bevölkerung, etwa durch Ausgabe von Wasser und unverderblichen Lebensmitteln fehlt, scheint die Regierung wenigstens einem potenziellen Aufstand vorbeugen zu wollen.

26. April 2019 basuca.blackblogs.org

Venezuela Zweitens

Erster Mai, die Rechten sind dabei

Der versuchte Putsch vom 30. April gegen Maduro schien nach einem Drehbuch von Monthy Python ausgeführt. Bis zum Nachmittag konnten wir nicht glauben, dass diese verzweifelt – dilettantische Aktion alles gewesen sollte. Da musste doch noch ein Plan B folgen! Das As aus dem Ärmel, das die aussichtslose Situation in einen triumphalen Sieg umwandeln würde. Aber nein, das war's. Eine Gruppe rebellierender Soldaten unter dem Kommando eines Generals aus dem engeren Sicherheitsring Maduro's und ehemaliger Kampfgefährte von Chávez hatte rebelliert, den unter Hausarrest stehenden Rechtsausserpolitiker Leopoldo López daheim abgeholt und zusammen mit dem selbsternannten „Interimspräsidenten“ Guaidó und einer Handvoll anderer Abgeordneter und Unterstützer*innen einen Autobahnverteiler neben dem Luftwaffenstützpunkt „La Carlota“ mitten in Caracas besetzt. Da standen sie nun, liessen sich stundenlang mit Tränengas einnebeln und warteten offensichtlich darauf, dass die aufständischen Massen zuhauf herbeiströmen würden, ihren „Befreier“ zu befreien. Vielleicht war die Idee, das eroberte Gebiet bis zum nächsten Tag zu halten, um sie mit Guaidó's Mobilisierung der Opposition zum ersten Mai zusammenzuführen. Doch die Massen blieben weitgehend zuhause. Bis auf einige wenige Hartnäckige, die sich im ganzen Land versammelten und eher symbolische als ernstgemeinte Barrikaden bauten, blieb es ruhig. Am Ende suchten die gescheiterten Putschisten Zuflucht in den Botschaften von Chile und Brasilien. Die erwartete Grossdemo der Opposition, die mit dem Slogan angetreten war, den Präsidentschaftspalast zu stürmen, blieb überschaubar und endete in Scharmützeln in einem Reichenviertel. Eine Niederlage auf allen Ebenen.

Wir, die leidenschaftslosen Zuschauer*innen, die zwar vom mafiös-militaristischen „Sozialismus“ gestrichen die Schnauze voll haben, aber auch gar keine Lust darauf haben, von der radikalen Rechten unter Anleitung der USA „befreit“ zu werden, fragen uns natürlich: Was war das denn jetzt? Sind die wirklich so doof? Sind sie, wie auch der Chavismus, so dermassen ihrer selbstkonstruier-

ten Scheinrealität aufgesessen, dass sie sich eingeredet haben, das apathische Volk würde sich auf ihr Zeichen hin erheben? Die Taktik des gewaltsamen Aufstands der Mittelschicht, in Venezuela „Guarimba“ genannt, war schon drei mal gescheitert. Was hatte López dazu gebracht zu denken, dass sie heute, wo ausserdem ein wesentlicher Teil ihrer früheren Aktivist*innen im Ausland ist, funktionieren könnte? Hatte er es vielleicht schlicht nicht mehr ausgehalten, dass der Emporkömmling Guaidó, der ihm früher die Korrespondenz erledigte, in den letzten Monaten alle mediale Aufmerksamkeit einheimste? Warum gab es für das Überlaufen eines hochrangigen chavistischen Mitkämpfers der ersten Stunde keine bessere Idee, als ihn auf einer Autobahnbrücke zu verheizen?

Wir kennen Leute, die meinen, all die gescheiterten Putsch- und Attentatsversuche, Guarimbas und Invasionsandrohungen seien von der Regierung selbst orchestriert, um eine permanente Stimmung der Bedrohung zu erzeugen, die die eigenen Reihen zusammenschweisst. Diese Theorie klingt logisch. Es ist offensichtlich, dass der Chavismus nur dank der Opposition nach wie vor an der Macht ist, trotz seiner erschütternden sozialen Bilanz. Aber es ist trotzdem eine Verschwörungstheorie. Die nötige Intelligenz für solch intrigante Machenschaften ist schlicht nicht vorhanden. Die Wahrheit lautet: Die venezolanische Opposition ist tatsächlich so unfähig, wie es aussieht. Machtgierig, korrupt, zerstritten, verblendet von ihrer selbst konstruierten Fake-Reality, sind die Führer*innen des Antichavismus nicht in der Lage, eine kohärente Strategie zu entwerfen und auszuführen, um die objektiv zu ihren Gunsten stehenden Verhältnisse politisch zu nutzen. Vor allem aber haben sie die einfache, aber entscheidende Prämisse bisher nicht begriffen, dass nämlich der Chavismus nur mit Hilfe der enttäuschten Chavist*innen zu entmachten ist, derjenigen Menschen also, die in ihm einst eine Hoffnung gesehen haben, um ihrer sozialen Misere zu entkommen. Nach wie vor gibt es keine politische Kraft, die diese Masse einbinden und organisieren will. Die wenigen Politiker, selbst ehemalige chavistische Funk-

tionäre, die das Profil dazu hätten, sitzen im Knast. Die anderen warten weiterhin auf den Einmarsch der USA oder setzen, wie López, auf die Illusion einer militanten Machtergreifung durch die ökonomisch Bessergestellten.

Ein positives Ergebnis hinterlässt uns dieser Erste Mai der Rechten auf jeden Fall: Leopoldo López, Juan Guaidó und ihre Partei „Voluntad Popular“ sind weg vom Fenster. López war die gefährlichste Figur der Opposition, denn wegen seiner Radikalität und seinem Opferstatus als politischem Gefangenen war er sehr populär. Sein Pulver ist jetzt verschossen, ebenso das von Guaidó. Die Oppo-

sition muss sich nach neuen Gesichtern umsehen. Das gibt Raum für andere Optionen, die dann möglicherweise eher aus der politischen Mitte kommen als vom rechten Rand. Nach dem grossen Guaidó-Hype dürfte auf den internationalen Anti-Maduro-Front wieder etwas Ernüchterung einkehren. Vielleicht verbessert das die Optionen für reale Verhandlungen mit dem Ziel einer unblutigen Lösung des Konflikts.

2. Mai 2019 basuca.blackblogs.org

Interview mit einem Mitglied der Union der Anarchisten in Iran und Afghanistan

Wir sind es gewohnt Anarchismus als ein rein westliches Phänomen zu betrachten. Rebellionen, Ausschreitungen und Aufstände im nahen Osten werden mehr mit Islamist_innen als mit Anti-Authoritären Ideen in Verbindung gebracht. All dies schafft einige Stereotype über die Bewohner_innen und diese Regionen. Wie auch immer, es zeigt sich das Gruppen von Anarchist_innen sogar dort existieren wo amerikanische Bomben fallen und Menschen für Facebook-Einträge hingerichtet werden. Pramen interviewte die „Union of Anarchists of Iran and Afghanistan“.

Eure Gruppe nennt sich Vereinigung von Anarchisten aus Iran und Afghanistan. Was motivierte euch eure Kräfte in beiden Ländern zu vereinen? Geographische Nähe? Keine Sprachbarriere? Transparenz der Grenzen? Gemeinsame Geschichte?

Seit Anarchismus zu Positionen gegen Grenzen und Staaten führt, im Falle von Iran & Afghanistan ist es wichtig sich daran zu erinnern das dies nur Namen sind, die Namen von zwei Regionen. Wir rechtfertigen nicht die Existenz von Grenzen und Staaten, und unsere revolutionären Forderungen sind universell und nicht auf eine bestimmte Region bezogen. Generell ist der Hauptgrund das Genoss_innen die selbe Sprache sprechen und in beiden Regionen miteinander kooperieren.

Wir wissen nur wenig über Iran und Afghanistan in Osteuropa (und West!). Die öffentliche Meinung ist geprägt von Mainstream Medien. Von Iran ist meist die Rede wenn es um Nuklearprogramm, Sanktionen und periodische Revolten geht. Von Afghanistan sind es Krieg und Drogenhandel. Aber in Wirklichkeit wissen wir sehr wenig über das Leben der Arbeiter_inne in diesen Ländern. Kannst du uns ein bisschen mehr über die Sozio-politische Realitäten erzählen?

In Iran und Afghanistan ist die anarchistische Bewegung neu und dabei sich zu entwickeln. In den letzten Jahren wurden mehr und mehr junge Menschen Anarchist_innen. Im Zusatz Feminist_innen, Anti-Kapitalist_innen,

Umweltaktivist_innen, Antispezialistische Bewegungen, Arbeiter_innen Bewegungen, Student_innen Bewegungen und Geflüchteten bezogene Bewegungen sind deutlich gewachsen. Nur die Anti-Faschistische Bewegung bleibt sehr schwach.

Es gibt keine große anarchistische Bewegung in Afghanistan, aber Anarchismus verbreitet sich auch dort. Religion und Patriarchat sind immernoch sehr große Probleme in Afghanistan. Das selbe Problem existiert auch in Iran, denn die Islamische Republik sieht es als ihre Mission an unterdrückende Strukturen zu verbreiten, doch ein Teil der Gesellschaft widersetzt sich willentlich. Die Islamische Republik verteidigt reaktionäre religiöse Traditionen, aber es gibt Leute die sich dem widersetzten und gegen die staatliche Propaganda vorgehen.

Wie entstand eine anarchistische Bewegung in Iran und Afghanistan und was sind ihre Wurzeln?

Die erste anarchistische Publikation auf Farsi entstand vor 42 Jahren in der Diaspora. 1977, zwei Jahre vor der Herrschaft der Islamischen Republik von Iran gab es einige anarchistische Publikationen außerhalb des Iran welche über mehrere Jahre verteilt wurden. Aber weil sie nur außerhalb des Iran veröffentlicht wurden hatten sie keinen Einfluss auf die Entwicklungen im Iran. Dies hielt an bis anarchistische Student_innen 2007 an die Universität zurückkehrten. Neun Jahre später organisierten wir uns im Ausland um unsere Informationen auf Blogs, Facebook und anderen Plattformen zu veröffentlichen. Vor fünf Jahren schufen drei anarchistische Gruppen, eine in Iran, eine in Afghanistan und „Asr Anarshism“ (Genoss_innen aus Iran und Afghanistan in der Diaspora) die Anarchistische Union von Iran und Afghanistan. Kurz darauf ??

Erzähle uns mehr von eurer Gruppe. Euren Aktivitäten, euren Plänen, eurer Organisationsstruktur und natürlich euren Erfahrungen gegen Repression zu kämpfen.

Eine unserer Kampagnen beinhaltete Soheil Arabi, einen anarchistischen Gefangenen welcher zunächst für Facebook Einträge zum Tode verurteilt wurde („Beleidigung des Propheten“). Er ist seit 2013 im Gefängnis. Er wurde zuerst zum Tode verurteilt, dann letztendlich im Jahr 2014 zu drei Jahren Gefängnis, seine Strafe wurde neu bewertet und auf zwei Jahre umgewandelt. Er hätte letztes Jahr schon entlassen werden sollen, aber er ist immer noch im Gefängnis und überlebte mehrere Hungerstreiks welche schwere körperliche Leiden zur Folge haben. Die Union of Anarchists of Iran and Afghanistan veröffentlichte ein fünfteiliges Magazin namens „Die Leiden und Erinnerungen von Anarchist_innen in Iran“ welche einige ernste Eindrücke von unserm Kampf vermitteln. Wir haben auch 44 Seiten in den sozialen Medien. Aus diesem Grund wurden viele unserer anarchistischen Genoss_innen für ihre Aktivitäten und Kämpfe inhaftiert und gefoltert. Natürlich ist unsere Arbeit in Iran und Afghanistan nicht öffentlich und deshalb können wir nicht alles benennen was wir tun. Aber iranische Genoss_innen sind aktiv in allen Befreiungsbewegungen in Iran. Und, wie alle anderen auch, wenn sie an Demonstrationen teilnehmen werden sie verurteilt, inhaftiert und gefoltert. In den meisten Fällen weis das Regime nicht das sie Anarchist_innen sind.

Eure Region wird in den Medien als eine Region von ethnischen und religiösen Konflikten porträtiert. Was sind eure

Positionen zu Islam und Christentum? Und gibt es Gläubige unter euch?

Der Mittlere Osten ist nicht die einzige Region die an ethnischen, ökonomischen und religiösen Problemen leidet. Aber die Fülle von Öl in der Region bedeutet das Staaten diese Unterschiede befeuern. Wir sind gegen alle Religionen, einschließlich des Islam. Derzeit ist das wichtigste Werkzeug um diese Problem zu lösen viel Aufmerksamkeit in Selbst-Organisation in unseren Gemeinschaften zu schenken, was wir sehr intensiv tun. Eines der wichtigsten Probleme in Iran und Afghanistan ist die Versteppung der Gebiete durch das Fehlen von Wasser. In vierzig Jahren richtete die Islamische Republik irreparable Schäden an der Umwelt an, und viele Seen und Flüsse sind vertrocknet. Nur 1,8% von Iran sind noch in ihrem natürlichen Zustand und erleben keine ökologische Krise.

Möchtest du noch etwas hinzufügen?

Wir möchten uns für das Interview bedanken. Nebenbei gibt es neben Afghanistan und Iran anarchistische Unionen in neun anderen Ländern. Ein_e marokanische Genoss_in arbeitet mit uns und veröffentlicht Artikel auf Arabisch und Farsi auf der Asr Anarshism Website. Wir arbeiten generell mit allen Sprachen.

Marseille und Genua: Hafenarbeiter verweigern Beladung eines saudischen Schiffes mit Waffen

In Genua haben am 21. Mai Hafenarbeiter dagegen protestiert, ein saudisches Frachtschiff mit Waffen und militärischer Ausrüstung zu beladen. Die Arbeiter hatten zunächst das Anlegebecken für das saudische Schiff „Bahry Yanbu“ blockiert, zum Streik aufgerufen und dann mit Transparenten gegen Krieg protestiert.

Die Militärausrüstung und die Waffen, die nach Saudi-Arabien geliefert werden, werden häufig im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Jemen eingesetzt. Ein Demonstrant sagte: „Das ist ein Schiff, das in unserem Hafen anlegt, um Ausrüstung zu beladen, die während eines Krieges wie dem im Jemen, in dem viele unter der Zivilbevölkerung gestorben sind, verwendet werden könnte. Wir dürfen uns nicht daran beteiligen.“

Etwa 100 Menschen haben sich an dem Protest beteiligt. Es war nicht das erste Mal, dass das saudische Frachtschiff wegen Protests nicht beladen werden konnte. Anfang Mai hatte das Schiff im belgischen Antwerpen Waffen geladen und fuhr dann weiter nach Le Havre, um dort ebenfalls Waffen abzuholen. Doch dort konnte das Schiff wegen eines Protests gegen Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien nicht anlegen und musste abdrehen.

Das Frachtschiff fuhr schließlich weiter nach Spanien, um dort im nordspanischen Hafen Santander anzulegen. Doch auch dort wurde das Schiff mit Protesten empfangen.

Ende Mai lief das saudische Frachtschiff „Bahri Tabuk“ in Marseille ein, um dort eine „gemischte“ Ladung aufzunehmen. Doch die Docker-Gewerkschaft CGT hatte bereits vor Einlaufen des Schiffes bekanntgegeben, dass keinesfalls Waffen für den Krieg im Jemen verladen werden würden. Obwohl von offizieller Seite versichert wurde, dass es sich bei der Beladung um ausschließlich



zivile Güter handele, untersuchten die Hafentarbeiter die Ladung genau. Entgegen der Behauptungen gab es dennoch Waffen und Militärausrüstung unter der vorgesehenen Ladung – Diese verladen die Hafentarbeiter nicht auf das Schiff.

Das Schiff „Bahri Tabuk“ gehört zu derselben Frachtschiff-Flotte aus Saudi-Arabien wie das Schiff, dessen Beladung in Genua verweigert wurde. Die saudische Handelsgesellschaft Bahri ist dafür bekannt, weltweit eingekaufte Waffen des saudischen Regimes zu transportieren.

„Wir geben jetzt keine Ruhe mehr“

Massive Proteste gegen Rheinmetall in Berlin

Dokumentation: „Ich habe das Gefühl, am 28. Mai 2019 hat etwas begonnen. Schon länger hört und liest man, dass eine neue Antikriegsbewegung nötig sei, die es zustande bringt, der gesellschaftlichen Ablehnung von Rüstungsexporten auch auf der Straße einen angemessenen Ausdruck zu verleihen. Jetzt kamen am Morgen des 28. Mai zwar nicht die Massen zur Demonstration gegen die Rheinmetall-Hauptversammlung, aber die gut 200 Leute haben – großteils mit Masken ver mummt – für prächtige Stimmung in Berlins Botschafterviertel gesorgt. Die Stationen der Demo-Route waren gut gewählt, weil damit auch die Inhalte in der Berichterstattung gesetzt waren: Der Krieg im Jemen und die Drohungen des türkischen Despoten Erdogan gegen Rojava. Jeweils haben vor Ort Frauen kämpferische Redebeiträge gehalten.

Schon die Demonstration wurde von einem neuen Bündnis von NGOs (von Urgewald über Kritische Aktionäre bis zur DFG/VK) und Bewegungslinien (von Anarchist*innen über IL bis zur Rojava-Solidarität) durchgeführt. Und als wir am Hotel ankamen und dort das riesige Transparent („Rheinmetall-Bomben töten im Jemen“) und die Menschen von Greenpeace an der Hotelfassade herunterhängen sahen, da erinnerte es mich an Blockupy: Auch zum Thema europäische Krisenpolitik kamen die unterschiedlichsten politischen Spektren zusammen und gestalteten auf ihre Art und Weise den vielfältigen, bunten Protest. Ja, auch die Themen Krieg, Waffenproduktion und -export, die militärische Aufrüstung an den europäischen Außengrenzen haben heute ein solches Potential für mehr.

Aktionärsversammlungen sind in der Regel äußerst langweilig. Eine regelrechte Szene von Kleinaktionären gehen dorthin, nur weil es an diesem Tag kostenfrei Häppchen und Imbisse gibt. Gegen Ende darf dann auch ein*e kritische*r Aktionär*in ein paar Minuten sprechen, das gehört dazu, aber öffentliche Aufmerksamkeit bekommen diese Konzernkritiker*innen in der Regel nicht. Bei anderen Aktiengesellschaften gab es in den vergangenen Jahren vereinzelt Störungen, Zwischenrufe, kurze Interventionen, Versuche ein Transparent aufzuspannen. Bei Rheinmetall gab es so etwas zuvor noch nicht.

Beherrschter Protest in der Aktionärsversammlung

Als der oberste Chef von Rheinmetall, Armin Papperger, seine Rede begann, standen einige Personen im Saal auf und riefen für alle unüberhörbar: „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“. Sie hielten eine Fahne der syrisch-kurdischen YPG in die Höhe. Und sie riefen weiter: „Jemen, Rojava, Türkei – bei jeder Schweinerei ist Rheinmetall dabei“. Papperger musste seine Rede unterbrechen.

Was dann geschah, war beeindruckend. Plötzlich war eine Energie im Raum spürbar. Wie durch ein Sog zog es viele Menschen aus der Mitte des Saals nach vorne Richtung Redepult und mit einem Mal stand die Bühne voller Aktivist*innen mit Transparenten („Rheinmetall Entwaffnen“, „Rüstungsexporte stoppen“, „war starts here, let's stop it here“, „Rheinmetall liefert Fluchtursachen und die Grenzen gleich mit“ u.a.m.). Sie bestimmten von nun an das Bild, aber auch den Ton. Sie riefen: „Deutsche Panzer – raus aus Kurdistan“, „Eure Waffen, Euer Geld morden mit in aller Welt“, „Blut, Blut, Blut an euren Händen“, „War starts here, let's stop it here“, „Rheinmetall Entwaffnen – Super Aktion. Alle zusammen für die Revolution“, „Hoch die internationale Solidarität“. Es hörte nicht mehr auf. Ununterbrochen wurden neue Parolen angestimmt – für fast eine ganze Stunde. Auf und vor der Bühne standen und saßen die Frauen und Männer jeden Alters. Und sie blieben.

Vorstand und Aufsichtsrat waren sichtlich überrascht und teilweise geschockt. Dass ihr großer Tag versaut war, konnte man aus ihren Gesichtern lesen. Sie sahen bis zum Ende der Aktionärsversammlung am Nachmittag angefressen aus. Die Aktion hat auch bei ihnen etwas Bleibendes hinterlassen. Womöglich ist ihnen klar geworden: Wer mit Waffenexporten andere bedroht, wer mit dem Bau von Waffen und Munition Massenmord in Kauf nimmt, wird fortan selbst nicht mehr sicher sein und keine Ruhe mehr vor Protesten haben. Ich habe mich gefragt, was in den Köpfen der beiden IG-Metall-Vertreter im Rheinmetall-Aufsichtsrat, Rudolf Luz und Daniel Hay, vor sich geht. Begeisterung haben sie jedenfalls nicht gezeigt. Auch sie werden nicht darum herum kommen, sich

weiter mit der Kritik der Kriegsgegner*innen auseinanderzusetzen. Die etwa 200 anwesenden Aktionär*innen mussten sich nun statt der erwarteten Rede von Papperger die Anti-Kriegs-Parolen anhören. Und das so lange bis die herbeigerufene Polizei die letzte Protestierende aus dem Saal getragen hatte.

Rheinmetall – ein Unternehmen der globalen Tötungsindustrie

In den Redebeiträgen der Demo und der Kundgebung vor dem Berliner Maritim-Hotel wurde der Rheinmetall-Vorstandsvorsitzende Armin Papperger verantwortlich gemacht für das mörderische Geschäft des Rüstungskonzerns. Mit Bomben von Rheinmetall führt die saudi-arabische Kriegsallianz den Krieg im Jemen gegen die Zivilbevölkerung. Als Konzernchef macht er sich mitschuldig.

Nach dem Erwerb von Bombenfabriken in anderen Ländern wie auf Sardinien und aufgrund Kooperationen wie mit dem südafrikanischen Denel-Konzern umgeht Rheinmetall die deutschen Rüstungsexportbestimmungen. So kommen die Bomben von Rheinmetall an die saudische Kriegsallianz. De facto gibt es also keinen Rüstungsexportstopp nach Saudi-Arabien. Und die Profite der Wafenkonzerne steigen, auch dank des NATO-Ziels, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Rüstungsausgaben zu stecken. Das weist auf die internationale Bedeutung der Themen und der Proteste hin. In den Ländern, in denen Rheinmetall produziert, nahmen Friedensfreund*innen und Kriegsgegner*innen laut Social Media die Berliner Proteste mit Entzücken auf.

Mut und Hoffnung

Die Frauen und Männer, die das Podium der Aktionärsversammlung besetzten, haben Freude ausgestrahlt. Sogar während der anschließenden Personalienfeststellung sollen sie noch Freiheitslieder gesungen haben. Respekt. Ihre Entschlossenheit und ihre Ernsthaftigkeit hatten etwas Beeindruckendes. Es war regelrecht zu spüren, dass sie

genug haben, dass sie die Verbrechen von Politik und Konzernen nicht mehr weiter ertragen können. Ihr Handeln war eine Selbstermächtigung, kompromisslos und unverhandelbar. So wundert es nicht, dass aus dieser Motivation etwas gelang, was zuvor noch bei keinen anderen Protesten auf Hauptversammlungen geglückt ist. Die fast einstündige Besetzung des Podiums, die massive Störung und Unterbrechung der Hauptversammlung haben aufgezeigt, dass etwas neues begonnen hat. Und dass noch mehr zu erwarten ist.

Es war nur ein Anfang

Wenn man dem Bündnis „Rheinmetall Entwaffnen“ Glauben schenkt, will es die Kriegstreiber zur Rechenschaft ziehen, gesamtgesellschaftliche Bündnisse gegen Rüstungsexporte und ihre Profiteure gründen und damit eine neue und internationalistische Antikriegsbewegung für eine befreite Gesellschaft ins Leben rufen.

So kündigten Aktivist*innen an: „Das war erst der Anfang. Das nächste Mal blockieren wir eine Rheinmetall-Fabrik“. Anfang September sind an einem Rheinmetall-Produktionsstandort in Niedersachsen Aktionstage angekündigt: Camp, Blockade und Demo in Unterlüß vom 1. bis 9. September: <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/post/2019/04/13/aufruf-zum-cam...>

Der zeitlich nächste Termin, den ich gefunden habe, ist eine Veranstaltung in Berlin-Kreuzberg mit Vertreter*innen von Menschenrechtsorganisationen und Linken, wo die Frage debattiert werden soll, inwieweit es sinnvoll ist, auch mit dem Rechtsstaat gegen Rheinmetall und andere Waffenproduzenten vorzugehen: Information und Diskussion in Berlin-Kreuzberg, Vierte Welt, am Freitag 14. Juni, 19 Uhr: <https://interventionistische-linke.org/termin/mit-dem-rechtsstaat-gegen-...>

Dazu erschien ein Hintergrundartikel in „analyse und kritik“: https://www.akweb.de/ak_s/ak649/04.htm

anonym



Frauenkampftag und ein Abend zwischen Liebig- und Rigaer Straße

X:“Datt wird bestimmt noch ne heiße Nacht!“ Bulle:“Nee geh ich nich von aus“ X:“Doch, doch wirst schon sehn“

Gespräch bei einer Kontrolle am Mittag

Im Rahmen des 8. März wurde dieses Jahr vielerorts, auch im Vorfeld, die Stimmung genutzt um mit diversen Aktionen gegen Patriarchat, Ausbeutung und Unterdrückung den feministischen Kampf zu stärken. So bahnte sich ein vielversprechender Tag an und die Meldungen im Nachhinein hinterlassen ein motivierendes Bild. Auch im Friedrichshainer Nordkiez wurde nicht nur gefeiert.

In der Nacht vom 8. März wurde sich der Raum um den Dorfplatz, entgegen der Bemühungen der Bullen, mal wieder von einer größeren Zahl Anwohner*Innen, Sympathisant*Innen und Besucher*Innen angeeignet. Bereits vor Demo und anschließendem Grillen, fuhrn Schweine verstärkt von PMS-Zivis am Dorfplatz auf, begannen die Stimmung für den Abend anzutesten und soweit sie konnten mackernd die Vorbereitungen zu stören. Ihr offensichtlicher Plan frühzeitig die Kräfteverhältnisse für den Abend klarzustellen und die Stimmung zu dominieren ging in die Hose.

Während im Vorfeld der 8. März Demo die Vorbereitungen für den Grillabend am Dorfplatz auf Hochtouren liefen, schien es für die eingesetzte Hundertschaft nicht genug Unterhaltung zu geben und sie begannen die Anwesenden abzufilmen. Die Filmaufnahmen wurden dann wiederum mit dem Privathandy aufgenommen. Die Vorbereitenden ließen sich aber nicht abhalten. Die United We Get What We Want – FLTI* Demo aus Lichtenberg zum WeltFrauenKampftag kam schließlich mit geschätzt 3000 Personen in lauter, guter Stimmung am Dorfplatz mit Bannerdrops und Pyro an. Nachdem die Demo vorbei gezogen war blieb ein Großteil der Wannen am Dorfplatz zurück.

Nach und nach füllten sich Dorfplatz und Liebig34, gefüllte Paprika, Saté-Spieße, Steaks vom Grill und Musik von Babsi Tollwut sorgten für gute Stimmung. Als es dunkel wurde und immer mehr Leute sich tanzend die Straße nahmen, wurden die uniformierten Eindringlinge unruhig und versuchten die Situation durch zurückdrängen der Leute auf die Bürgersteige, wieder unter ihre Kontrolle zu

bringen. War wohl nix – auch ihr Geschubse konnte die Frühlingslaune nicht trüben. Pyro vom Balkon, dann Steine auf eine Wanne in der Liebigstraße bewegten die ungeladenen Unruhestifter*Innen dazu sich die Helme aufzusetzen. Mit Ende des Konzerts und der gescheiterten Begrenzung der Party auf die Liebig34 Bar machten sich die Schweine auf, den Dorfplatz zu räumen.

Die Party lief gut und die noch kurze Schweinenacht hätten hier enden können. Wider besseren Wissens überlegten die Cops es sich jedoch anders und versuchten sowohl in die L34, als auch die R94 Tür hineinzustürmen. Nach kleineren Handgreiflichkeiten wurden die Abenteuerlustigen auf ihre Plätze verwiesen und verloren die Motivation noch weiter zu eskalieren. Einige sich herausgefordert fühlende entschieden sich aber immer wieder ihnen in die Suppe vom Einsatzfahrzeug zu spucken. So wurden im Laufe der Nacht Barrikaden in Liebigstraße und Rigaer Straße gebaut, Cops abgelöscht. Im Schutz der Balkone und der Hauseingänge verbrachten die bezahlten Schläger*Innen den Rest ihres sinnbefreiten Abends. Auf der anderen Seite ging die Party noch bis in die Morgenstunden weiter. Auf dem Dorfplatz gab es im Laufe der Nacht noch ein größeres wärmendes Feuer und von Bullen Kontrollierte wurden solidarisch begleitet. Nachbar*Innen verwiesen schließlich die Cops des Platzes.

Neben den zahlreichen Aktionen rund um Akteur*Innen der Verdrängung geben uns die letzten Wochen und vor allem lauwarmen Abende begründete Hoffnung, dass 2019 spannend wird. Die Kämpfe um die Liebig34, aber auch andere bedrohte Projekte in Berlin (wie Meuterei, R94, Potse, Syndikat..) und anderswo betreffen so viele Menschen wie selten und das zeigt sich auch im Friedrichshainer Nordkiez. Nach rollenden Autos, Barrikaden und brennenden Tonnen freuen wir uns gespannt auf die nächste Gelegenheit zusammenzukommen. Der Frühling kündigt sich dieses Jahr früher als gewohnt an und verspricht einen heißen Sommer.

Wir sind auf jeden Fall bereit!

Mobilfunkanlage in Brand gesetzt

Quelle: SWR

Nach dem Brand von Mobilfunkanlagen auf einem Hochhaus in Ravensburg können viele Menschen nicht mehr mit dem Handy telefonieren. Betroffen ist das Netz von Vodafone sowie das O2-Netz von Telefónica Germany.

Im Großraum Ravensburg, aber auch im Raum Bad Waldsee, Biberach oder Illmensee geht teils gar nichts. Weder kann telefoniert noch von unterwegs im Internet gesurft werden. Wie lange der Netzausfall dauern wird, ist unklar. Derzeit arbeiten auf dem Dach des Hochhauses noch die Ermittlungsbehörden. Mit einer Reparatur könne man erst beginnen, wenn der Standort freigegeben ist, so ein Sprecher von Telefónica Germany. Wie lange die Reparatur dann dauere, könne man ebenfalls nicht sagen.

Wie der Handynet-Anbieter Telefónica mitteilte, muss vor dem Austausch der zerstörten Kabel und Antennen unter anderem die Dachhaut des Gebäudes erneuert werden. Derzeit versuche das Unternehmen, die Mobilfunkanlagen rund um Ravensburg mit Hilfe von Umleitungen wieder in Betrieb zu nehmen. Polizeiangaben zufolge waren Unbekannte in der Nacht zum Sonntag gewaltsam in das 13-stöckige Hochhaus eingedrungen und hatten die Mobilfunkanlagen auf dem Dach gezielt in Brand gesetzt. Laut Polizei entstand bei dem Feuer ein Sachschaden in sechsstelliger Höhe. Von den Tätern fehlt bislang jede Spur.



Wir wollen euch einen neuen sozialrevolutionären Blog bzw. Zeitung vorstellen:

Hydra, das ist für uns die Erinnerung an Aufbrüche und Bewegungen der sozialen Revolution in der neueren Geschichte. An die Bewegungen, die von den Kämpfen im England des 17. Jahrhunderts ihren Ausgang nahmen, sich mit den Kämpfen der Sklav*innen in den drei Kontinenten verbanden und sich mit den Unterwerfungsstrategien des aufkommenden Industriekapitalismus konfrontierten. Hydra, das ist für uns die weltweite Bewegung der Bäuer*innen vor allem in Russland und Mexico, die sich als soziale Revolution einer neuen kapitalistischen Offensive zur Unterwerfung der Welt unter das Regime der Massenproduktion im 20. Jahrhundert entgegensezten und erst in zwei blutigen Weltkriegen zurückgedrängt werden konnten. Hydra, das sind die Bewegungen, die sich erneut den zerstörerischen und vernichtenden Kräften des Kapitalismus entgegenstellen, die die Diktate zur Umgestaltung der globalen Gesellschaft mit Hilfe neuer Technologien in jeden Winkel der Welt zu treiben versuchen. Da sich diese auf jeden Aspekt des Lebens richten, sind Bewegung und Widerstand manchmal gar nicht als solche zu erkennen und müssen mit großer Aufmerksamkeit erspürt werden. So ruft die Steigerung der Produktivität in allen Bereichen von Produktion und Wertschöpfung zugleich eine Entwertung von Arbeit und Leben weltweit hervor.

Dieser Entwertung, gekoppelt an blutige militärische Zerstörung durch neue Eliten, die sich davon eine Stei-

gerung von Macht und Reichtum erwarten, setzen sich vielfältige Prozesse der Selbstbehauptung und Migration entgegen, und zwar in allen Regionen der Welt. So sind die binnenafrikanische Migration und die Migration aus Afrika nach Europa ein Weg, das eigene Überleben und dasjenige der zurückgelassenen Verwandten und Familien zu sichern. Dagegen richtet Europa eine zusammenhängende Zone gewalttätiger Migrationskontrolle ein, die die Grenze zum Genozid bereits überschritten hat. Zugleich rufen die Akteur*innen des europäischen Regimes in ihren Ländern systematisch einen nach außen gerichteten Rassismus auf. Er nährt sich zum Teil aus den Ressentiments der alten Mittelschichten, die sich durch die technologische Offensive ins Abseits gedrängt fühlen. In diesem wirklich fabelhaften Universum entstehen glücklicherweise einige klarsichtige Bewusstseinsformen, Subversions- und Konfrontationsbestrebungen – eine Hydrarchie von Prekären, Ausgestoßenen und Entgrenzten. Ihre Ursprünge, ihr Bewegungsradius und ihr Bewusstsein sind weltumfassend, selbstständig und kreativ. Allianzen werden gewoben, Migrant*innen besetzen Plätze und Gebäude, machen ihre Existenz und ihre Erfahrungen sichtbar, Frauen organisieren sich gemeinsam, um den Wert ihrer Arbeit, ihrer Stimme und ihres Lebens einzufordern. Im größeren Zusammenhang können politische Reformen oder Polizeigewalt politische Eruptionen massiven und überraschenden Ausmaßes zur Folge haben. Große Infrastrukturprojekte bringen mitunter freie Kommunen ebenso wie spürbare Veränderungen in ganzen Gebieten hervor. Gewisse Treffen der Führer dieser Welt enden im Scheitern eines tausende Polizist*innen umfas-

senden Sicherheitsapparats und der regelrechten Verwüstung hochgerüsteter Metropolen.

Welche Formen nimmt Hydra, welche Formen nehmen sozialrevolutionäre Bewegungen in der Auseinandersetzung mit den neuen Kräften der Zerstörung, Entwertung und des Mordens an? Welche Chancen haben sie? Da es sich um einen historisch neuen Prozess gegeneinander gerichteter Kräfte handelt, der Kräfte der Befreiung und der Kräfte der Unterwerfung, werden wir beide aus dem Geschehen der Konfrontation heraus begreifen müssen. Perspektivischer Ausgangspunkt ist und bleibt für uns immer die Manifestation der Subjekte und ihrer Subjektivität in der Auseinandersetzung mit den Strategien des Kapitalismus. Diese Konfrontation ist es, die auch dem zugrunde liegt, was wir „Krise“ nennen: eine Bewegung der Autonomie und Befreiung, die die Kräfte der Unterwerfung und darum auch der Inwertsetzung und Ausbeutung blockieren. Alle Darstellungen im Rahmen unseres Projekts müssen letztlich auf diese Konfrontation bezogen und aus ihr begriffen werden. Wir können daher nicht den Anspruch erheben, thematische Komplexe umfassend und abschließend darzustellen. Vielmehr werden wir die Facetten dieses antagonistischen Sozialprozesses beleuchten.

Wir beginnen das erste Heft unseres Projekts mit dem Blick auf Migrationsprozesse in und aus Afrika und ihren Hintergründen sowie der sozialen Situation in Nordafrika und im Nahen Osten als Ausdruck der Entwertung von Arbeit und Lebenszusammenhängen. Es folgt die Darstellung der mörderischen Gegenstrategien aus der EU in der Errichtung eines „cordon sanitaire“ militarisierter Sozial-, Migrations- und Investitionspolitik, der zugleich auf eine neue Welle der Durchdringung und Inwertsetzung Afrikas abzielt. Wir fokussieren Zonen mörderischer, ja bereits völkermörderischer Politik in und an den Rändern dieses Cordons. Hier beleuchten wir eine osmotische Stelle der Regulation des Migrationsprozesses in der Ägäis und die Transformation der Migrationspolitik auf dem Balkan nach der Zerstörung der Balkanroute. Wir versuchen Überungsformen der sozialen Revolution zu erspüren, die die Migrant*innen aus ihren afrikanischen Gesellschaften in die Auseinandersetzung im Cordon hineintragen. Wir behandeln die Frage: Ist Migration als solche sozialrevolutionär? Wir werfen auch einen Blick auf die Vision und Einfluss von Technologiegiganten auf das soziale Netz und die unternehmerische Welt Afrikas – eine Entwicklung, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sich weiter zuspitzen wird. Entgegen der Ausrufung des neuen Start-Up-Himmels in Afrika beschäftigten wir uns mit den Widerstandspotentialen des Afrofuturismus, einer künstlerisch-politischen Bewegung, die diese Unterdrückung thematisiert und deren Einflüsse es bis in die Popkultur

geschafft haben. Schließlich versuchen wir den Beginn einer Auseinandersetzung darüber, wozu diese Situation eine sozialrevolutionär orientierte Linke im Herzen der Bestie herausfordert.

Unser Magazin ist ein Versuch, neben vielen anderen Projekten, die Kämpfe des 21. Jahrhunderts zu begleiten, sichtbar zu machen und – hoffentlich – das eine oder andere Mal mit zu befeuern. Neben Dossiers zu einzelnen Schwerpunkten, die unregelmäßig erscheinen sollen, möchten wir mit der Abteilung Fresh unserem Wunsch nach Aktualität Ausdruck verleihen – in Form von Kommentaren, Veranstaltungsberichten, Aktionsaufrufen und Gastbeiträgen. Einige von uns haben an den „Materialien für einen neuen Antiimperialismus“ mitgearbeitet, die aus der Zeitschrift „Autonomie“ hervorgegangen ist. Viele von uns sind aktiv in aktuellen Kämpfen – ob lokal auf sozialen Kampfbaustellen gegen Verdrängung und für ein anderes Miteinander oder transnational gegen die Krisenlabore dieser Welt. Wie verlorene Kinder leben wir immer noch in unseren unvollendeten Abenteuern – aber wir wollen partout nicht aufgeben. Wir sehen uns in dieser Kontinuität, werden Ansätze mit fortentwickeln und uns weiterhin neben den anderen Teilen der Hydra ins Getümmel für die soziale Revolution stürzen.

Hier findet ihr das erste Schwerpunkt-Heft
hydra no. 1: Afrika - Kontinent der Kämpfe

https://www.the-hydra.world/wp-content/uploads/2019/05/Hydra_no1.pdf



YOU DON'T
MONDAY'S
HATE CAP

**...T HATE
... YOU
...TALISM**



Gegen die Bundeslager in der Schweiz

Dokumentation: „Liebe Menschen, wir rufen diesen Frühling zu möglichst vielen Aktionen gegen die neuen Bundeslager und das Migrationsregime auf!

Am 1. März 2019 trat in der Schweiz ein verändertes Asylgesetz in Kraft. Mit der Neustrukturierung des Asylverfahrens werden die Betroffenen ab sofort in sogenannten ‚Bundesasylzentren‘ untergebracht. Wir bezeichnen sie bewusst als Lager! Betroffene werden dadurch vom Rest der Gesellschaft isoliert und sind ständiger Kontrolle unterworfen. Diese Lager schaffen zwei Kategorien von Menschen und trennen uns in Illegale und Legale!

Es liegt in unserer Verantwortung, die Lagerisierung in der Schweiz und das dahinterstehende Migrationsregime zu bekämpfen und uns solidarisch mit allen Betroffenen zu zeigen. Lasst uns diese Politik, die einsperrt, kategorisiert und ausschafft nicht mittragen! Wir rufen deshalb diesen Frühling zu möglichst vielen Aktionen gegen diese neuen Bundeslager und das Migrationsregime auf!!!

Lasst uns mit allen möglichen Mitteln und Methoden dem Staatssekretariat für Migration (SEM) und den involvierten Akteur*innen zeigen, dass unsere Solidarität und unser Verlangen nach Freiheit stärker sind, als ihre Lager und Ausschaffungsknäste!

Lasst uns kreativ sein! Es gibt unendlich viele Möglichkeiten. Hier ein paar Vorschläge:

Recherche:

Was passiert hinter den Mauern und Zäunen? Infos recherchieren, teilen und publik machen.

Informationen verbreiten:

Infos verbreiten über die Bundeslager! Viele Menschen wissen nicht, was da gerade abgeht. Redet im Alltag mit Familie und Freund*innen darüber, verteilt Texte, Videomaterialien und nutzt die Ausstellung zu den Bundeslagern. Organisiert Themenmonate. Kreiert selbst etwas; veröffentlichen und verteilen nicht vergessen.

Direkten Kontakt und Unterstützung von Betroffenen:

Wir können die Isolation der Lager durchbrechen, indem wir z.B. vorbeigehen, mit Betroffenen sprechen, Fahrdienste anbieten, Kontakte zu solidarischen Rechtsanwält*innen vermitteln, Informationsaustausch zwischen Innen und Aussen ermöglichen etc.

Öffentliche Aktionen, Demos etc.:

Plakat- oder Flyeraktionen, Demos, ein (unsichtbares) Strassen(bahn)theater, Platzbesetzungen, Lager- und Knastspaziergänge, Transpis hängen, Sticker designen und verkleben, Blockaden, Baustellenbesetzungen etc.

Sabotage und direkte Aktionen: Sand ins Getriebe streuen, ein bisschen stören, die Kosten in die Höhe treiben, Ausschaffungen blockieren! Es gibt bestimmt für alle ein geeignetes Werkzeug den Verantwortlichen zu zeigen, dass das Fass am überlaufen ist.

Vernetzung: Es ist wichtig, die verschiedenen Aktionen sichtbar zu machen, unsere Kämpfe zu vernetzen und in einen Zusammenhang zu bringen. Alles, was in diesem Frühling gegen die Bundeslager geschieht, kann z.B. auf barrikade.info veröffentlicht werden, um die Stärke und die Diversität unseres Widerstandes sichtbar zu machen!

Ihr seht, unsere Handlungsmöglichkeiten gegen die Bundesasylager sind unzählig, für alle ist was dabei und alle Formen des Widerstandes dagegen sind wichtig und ergänzen sich! Nun nichts wie ab, bildet Banden, schmiedet Pläne, bastelt, malt, druckt, verbündet euch, spaziert, demonstriert oder schleicht umher in den vielen Nächten und Tagen dieses Frühlings! Veröffentlicht eure Tätigkeiten auf barrikade.info oder schickt sie uns per E-Mail an nolager@immerda.ch (denkt an Verschlüsselung und an Metadaten!). Lasst uns unsere Wut auf diesen Angriff gegen die Freiheit sichtbar machen, unsere Aktionen und Informationen veröffentlichen und sie zusammenführen.

Für die Freiheit, Bundeslager bekämpfen“

anonym

Was sind eigentlich Bundeslager?

Dieser Artikel soll einen kleinen Überblick und Erklärungen zu den Bundeslagern geben. Es beleuchtet bei weitem nicht alle relevanten Teile der momentanen Entwicklung, soll aber einen Überblick verschaffen. Die meisten Infos stammen von der Ausstellung über die Bundeslager.

Durch die letzte grössere Asylgesetzrevision, die im Jahr 2016 von der Stimmbevölkerung angenommen wurde, wurden neben anderen Verschärfungen, die beschleunigten Asylverfahren und die sogenannten Bundeszentren eingeführt. Die Asylgesetzesänderung tritt offiziell im

März 2019 ein. Die Schweiz wurde in sechs Regionen aufgeteilt, in denen insgesamt 5000 Lagerplätze in sogenannten Bundeszentren geschaffen werden sollen. Zudem sollen in jeder Region mindestens ein Verfahrenszentrum [1] und ein Ausreisezentrum [2] entstehen. Neben diesen Lagern werden zwei ‚besondere Zentren‘ [3] für ‚renitente‘ Asylsuchende geschaffen. Insgesamt sollen 16 Bundeslager errichtet werden. Seit 2016 gibt es mehrere Testbetriebe, in denen die neuen Abläufe getestet werden.

Was ist das Neue an den Bundeslager?

Eine grosse Änderung die mit den Bundeslager eingeführt wird, ist die Zentralisierung. Neben der Unterbringung der Menschen sollen möglichst alle beteiligten Stellen und Verfahrensschritte in den Lagern gebündelt werden; so zum Beispiel die medizinische Betreuung, die Schule, das Erfassen der erkennungsdienstlichen Massnahmen (Fingerabdrücke u.ä). Diese Änderung führt zu einer noch stärkeren Isolation der asylsuchenden Menschen. Der ganze Alltag soll sich in diesen Lagern abspielen. Ausserdem können die Insass*innen [4] der Bundeslager genauer überwacht und kontrolliert werden.

Die Behörden erhoffen sich durch diese Änderungen eine Beschleunigung der Verfahren und dadurch eine Senkung der Kosten.

Ein häufig genanntes Argument für die Bundeslager ist die Einführung der sogenannten kostenlosen Rechtsvertretung für alle. In der Realität nützt diese Rechtsvertretung den betroffenen Menschen jedoch kaum. Mehr Infos dazu: „Das beschleunigte Verfahren in der Testphase“, Abschnitt „Rechtsvertretung“

Wieso BundesLAGER?

Die Bundeslager heissen offiziell «Bundeszentren». Sie werden bewusst Lager genannt, einerseits aufgrund ihrer Funktion innerhalb der Gesellschaft, aber auch aufgrund ihrer geographischen Lage und der sozialen Isolation der Insass*innen.

Die Lagerstruktur der sogenannten ‚Bundeszentren‘ ist dadurch gegeben, dass eine Gruppe von Menschen vom Rest der Gesellschaft isoliert und in besonderer Weise behandelt wird. In diesem Fall sind es Menschen, die geflüchtet und dabei ohne entsprechende Papiere in die Schweiz gekommen sind. Doch das Konzept der Lager ist in unserer Gesellschaft weiter verbreitet und umfasst viele Institutionen wie Knäste, Psychiatrien, Alters- und Jugendheime, Krankenhäuser und auch Schulen. Eine zentrale Funktion dieser Lager ist die räumliche Konzentration einer bestimmten sozialen Gruppe. Bezeichnend für die Bundeslager ist zudem die häufige Abgelegenheit der Lager, welche die räumliche Isolation noch verstärken. [5]

Wie sieht der Alltag in den Lager aus?

In den Lagern soll es klare Hausregeln geben. Um nur einige Beispiele zu nennen: Es soll Ausgehzeiten geben, welche zu befolgen sind, andererseits kommt mensch nicht mehr rein. Diese sind meist zwischen 09:00 und 17:00. Alle Menschen, die das Gebäude betreten, werden durch einen Überwachungsdienst durchsucht. Für alles was die Insass*innen mit rein nehmen wollen, brauchen sie eine Quittung. Die meisten Esswaren sowie Musik-, Ton- und Videogeräte sind verboten. In den Lagern darf nicht

gekocht werden. Die Menschen müssen unbezahlte Arbeit in den Lagern verrichten

Diese Regeln sind demütigend und zermürbend für die Menschen. Wenn die Insass*innen sich diesen Hausordnungen verwehren, können sie mit diversen Disziplinar-massnahmen [6] bestraft werden, so zum Beispiel mit dem Verweigern des Ausgangs, dem Verbot gewisse Räume zu betreten, dem Entzug des Geldes oder der Verlegung in ein „besonderes Zentrum“. Diese Massnahmen können vom gesamten Personal mündlich erteilt werden. Die häufige Abgelegenheit der Lager, sowie die fehlenden finanziellen Mittel erschwert die Fortbewegung der Menschen bis ins Unmögliche.

Gibt es diese Entwicklung nur in der Schweiz?

Nein, als Vorbild für die Bundeslager dienen der Schweiz die geschlossenen Lager in Holland. Die Zentralisierung und das dazugehörige „beschleunigte Verfahren“ sind wiederum Vorbild für angrenzende Länder wie Deutschland und Italien. So wurden in der letzten Zeit zum Beispiel in Deutschland die sogenannten «Ankerzentren» eingeführt, in welchen auch möglichst viele Verfahrensschritte zentralisiert werden sollen.

Sind nur die Bundeslager das Problem?

Die Bundeslager sind Teil einer rassistischen, sich stets verschärfenden Politik und bedeuten einen weiteren tiefen Einschnitt in die Leben der Betroffenen. Das Asylgesetz unterteilt Menschen in verschiedene Gruppen, für welche unterschiedliche Gesetze gelten. Diese bestimmen darüber, wer wo und wie leben darf und führen dazu, dass Menschen aufgrund ihres Aufenthaltsortes eingesperrt oder vertrieben werden. Wer nicht in das Bild eines ‚richtigen Flüchtlings‘ passt, wird ausgeschafft oder muss untertauchen und sich unter schwierigen Verhältnissen in einem der wohlhabendsten Länder der Welt durchschlagen. Die Welt ist unterteilt in Staaten, in welchen die jeweiligen Regierungen verschiedene Gesetze erlassen und auf verschiedene Arten durchsetzen. Die Gesetze sind vor allem da, um ‚Eigentumsrechte‘ und Reichtum zu schützen und zu verteidigen sowie die Ökonomie zu stabilisieren. Somit richten sich die Gesetze vor allem gegen ärmere Bevölkerungsschichten, dagegen helfen auch die sogenannten Menschenrechte kaum etwas. Staaten, Nationen und Grenzen sind Ausdruck von Herrschaftsstrukturen. Herrschaft bedeutet in jedem Fall Fremdbestimmung und Unterdrückung sowie Gehorsam und Anpassung. Häufig braucht es Repression und Gewalt, um Herrschaft aufrechtzuerhalten und unerwünschte Menschen abzuschrecken. Das illegale Überqueren der Grenzen hintergeht diese Herrschaftsansprüche und wird daher mit heftiger Repression beantwortet.

Was kann mensch gegen das alles machen?

Der Widerstand gegen die Bundeslager ist vielfältig. Dabei spielt die eigene Position und Rolle innerhalb die-

ser Maschinerie eine bedeutende Rolle. Ist man selbst in den Lagern eingesperrt, sind die Möglichkeiten andere, als wenn man nicht direkt von dieser rassistischen Politik betroffen ist.

Alle können und sollen sich eine Meinung zu den Themen Bundeslager, Asylgesetze und Bewegungsfreiheit bilden und sich positionieren. Es ist möglich und wichtig, dass man sich organisiert und sich gegen Unterdrückung und Diskriminierung stellt. Anstatt die Verantwortung an Politiker*innen abzugeben, können wir uns hier und jetzt zusammenschliessen und kollektiv neue Handlungsansätze finden.

Einige Beispiele: Aktionen im Öffentlichen Raum: Demos, Kundgebungen, Flyern, Transpi aufhängen...
Widerstand innerhalb der Lager: Immer wieder gibt es in Asyllagern Aufstände oder Rebellionen
Gegeninformationen und Recherche: Zeitungen drucken, Artikel schreiben, Infos sammeln, Filme drehen...
Direkte Aktionen und Sabotageaktionen
Banden bilden: sich mit anderen Menschen zusammenschliessen und gemeinsam aktiv sein

Wenn wir uns ein freies, selbstbestimmtes und kollektiv organisiertes Leben für alle wünschen, müssen wir gegen jegliche Form der Herrschaft und Grenzen vorgehen, diese bekämpfen und neue, solidarische Formen des Zusammenlebens ausprobieren.

Weitere Infos auf:

ausstellung.noblogs.org
antira.org
fiasko-magazin.ch
ausdemherzenderfestung.noblogs.org

[1] In den Verfahrenszentren werden die Menschen registriert und von dort aus auf die weiteren Lager verteilt

[2] Die Menschen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde und die gezwungen werden die Schweiz zu verlassen werden in die Ausreisezentren gebracht

[3] «Besondere Lager» sind Lager, in die die Menschen, welche sich in den regulären Lager wehrten, sich nicht den Regeln unterwarfen oder sonst wie «renitent» waren. Diese Lager dienen als eine Art Knast, bei welchen es jedoch keine Gerichtsurteile braucht

[4] Wir nennen die Menschen, die in den Bundeslager sein müssen bewusst „Insass*innen“ um darauf aufmerksam zu machen, dass die Menschen durch Zwang dort sein müssen

[5] Mehr Infos: <https://ausstellung.noblogs.org/post/2018/10/05/bundeszentren-sind-lager/>

[6] Artikel 25 der folgenden Verordnung: <https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/aktuell/news/2018/2018-12-07/vo-zentrumsbetrieb-d.pdf>

CDU und „Deutsches Rotes Kreuz“ angegriffen

Abschiebungen bekämpfen!

Dokumentation: „Anlässlich der bundesweiten Aktionstage gegen Abschiebung und Abschiebehaft, die dieses Wochenende stattfanden, haben wir die CDU und das „Deutsche Rote Kreuz“ zum Ziel einer nächtlichen Aktion gemacht. Wir hinterließen Glasbruch und sorgten für farbliche Umgestaltung.

Wir greifen mit unserer Aktion in der Bahnhofstraße in Haan zwei Organisationen an, die an der unmenschlichen Abschiebep Praxis ganz wesentlich beteiligt sind.

Die CDU ist als Regierungspartei natürlich federführend an der aktuellen Verschärfung der Abschiebep Praxis beteiligt. Das „Geordnete Rückkehr-Gesetz“ ist die neuste Ekelhaftigkeit, die die Bedingung der Geflüchteten, die abgeschoben werden sollen, weiter verschlechtert. Schärfere Meldeauflagen, die Sperrung von Arbeitserlaubnissen, längere Abschiebehaft – auch im „Normalvollzug“, nicht mehr nur allein in Abschiebeknästen wie dem im

nordrhein-westfälischen Büren – u.a. sollen umgesetzt werden.

Die Abschiebep Praxis allgemein ist Teil der tödlichen Abschottung Europas und soll in Kombination mit dem gleichzeitig geplanten Einwanderungsgesetz dafür sorgen, dass nur ökonomisch gut verwertbare Menschen nach Deutschland kommen und bleiben können. Die Politik, die von Deutschland und Europa ausgeht, ist aber ein entscheidender Grund für die weltweiten Fluchtbewegungen. Rüstungsexporte, die Ausbeutung von Mensch und Natur weltweit, die hier den „Wohlstand“ erzeugen, den die CDU so liebt, seien hier kurz als Gründe genannt.

Das „Deutsche Rote Kreuz“ ist sicherlich für viele nicht sofort als Teil des Abschieberegimes erkennbar. Das „Deutsche Rote Kreuz“ betreibt jedoch Massenunterkünfte, die mit ihren katastrophalen Lebensbedingungen dafür sorgen, dass die Menschen zur eher unfreiwilligen „freiwilligen Rückkehr“ gedrängt werden. Zudem betreibt das

„Deutsche Rote Kreuz“ eine sogenannte Rückkehrberatung. Wäre das „Deutsche Rote Kreuz“ die humanistische Organisation, für die es sich ausgibt, würden sie nicht mit den Herrschenden kooperieren, wenn es darum geht, die geflüchteten Menschen in Lagern unterzubringen, um sie dann fein säuberlich in gute und schlechte Geflüchtete zu sortieren, sondern würden für Wohnungen für alle

streiten. Deshalb Farbe statt Spenden für das „Deutsche Rote Kreuz“!“

anonym

European Homecare Chef angegriffen

Make the Bosses afraid again!

Dokumentation: „Am frühen Montag Morgen 13.5.2019 wurde der Inhaber von European Homecare Sascha Korte zuhause in seinem essener Bonzenviertel am Bahnenbergring 22 besucht. Sein Auto und das seiner Frau wurden unbrauchbar gemacht. Reifen zerstoehen, Scheibe eingeschlagen und eine aufgestoechene Bitumenlackdose ins Wageninnere. Ausserdem Farbe auf die Fassade und Haustuer.

European Homecare EHC ist bundesweit der groesste private Betreiber von Fluechtlingsunterkuenften. Durch die sogenannte Fluechtlingskrise machte das Unternehmen 2015 26 Mio. Euro Gewinn und 2016 32 Mio. Euro. Auf Kosten der Gefluechteten, der Beschaeftigten und der Gesellschaft. Fuer ein Bett in einer Massenunterkunft wurden pro Monat mehrere Tausend Euro bezahlt. Geld was nach der Meinung der Oeffentlichkeit fuer Gefluechtete ausgegeben wurde landet so in den Taschen der deutschen Bonzen. Die Gefluechteten leben unter unmensch-

lichen Bedingungen. Schlechte Hygienische Zustaende, Verpflegung und Personal. Bekannt wurde EHC bundesweit durch Folter und Vergewaltigungsskandale unter anderem in Burbach und Siegen. Gerade laufen noch Prozesse, die aber milde Urteile erwarten lassen und sich auch nur gegen Untergebene und die kleinen Fische richten. Aber der Fisch stinkt vom Kopf. Deshalb wurde Sascha besucht. Vielleicht nicht zum letzten Mal. Er hat sich viele Feinde gemacht. Aber viel Spass beim Tennis.

Profiteure von Rassismus angreifen!
Solidaritaet mit allen Menschen in Lagern und Abschiebegeraengnissen!
Make the bosses afraid again!“

anonym

Gentrifizierung

Wuppertal: Gegenwind für Vonovia

Dokumentation: „Steigende Mieten und Zukäufe im Ausland haben dem größten börsennotierten Vermietungskonzern Europas, Vonovia SE, im ersten Quartal deutlich mehr Gewinn beschert. So stiegen die Mieteinnahmen im ersten Quartal dieses Jahres um ein Fünftel auf 505 Millionen Euro - mit einem Gewinn von gut 200 Millionen Euro. Seit Jahresbeginn hat die Aktie bis Anfang Mai 17% zugelegt. Anfang der Woche erhöhte der DAX-Konzern sein Kapital um 744,14 Millionen Euro, mit dem u.a. ein Wohnungsportfolio in Schweden finanziert werden soll.

**Nicht nur die Gewinne steigen,
die Proteste gegen Vonovia SE auch!**

Nachdem in Kiel Mieter*innen von Vonovia SE über geplante Baumaßnahmen informiert wurden, bildeten diese daraufhin ein Mieter*innenkomitee und kündigten

Widerstand gegen die drastischen Mieterhöhungen von bis zu 60% an. Nach mehreren erfolgreichen öffentlichen Protestveranstaltungen gab das Unternehmen bekannt, von den geplanten Modernisierungsvorhaben vorerst abzusehen. Auch in Bremen-Gröpelingen, Stuttgart, Witten, Konstanz oder in Nürnberg organisieren sich Mieter*innen und wehren sich gegen den Wohnungskonzern. Ferner kommt es bundesweit immer wieder zu Inbrandsetzungen und zu gezielten Sabotageakten an Fahrzeugen aus dem Vonovia SE Fuhrpark.

Im Wuppertaler Briller Viertel brannte vor dem ersten Mai laut Westdeutscher Zeitung ein Kleintransporter. Berichten zufolge handelte es sich bei dem Kleintransporter, der am 30.04. um kurz nach halb 3 Feuer fing, um ein Fahrzeug von Vonovia SE. Da in der gleichen Nacht, laut verschiedener Quellen, in Wuppertal-Oberbarmen bei einem weiteren Transporter die Reifen zerstoehen und die Fensterscheiben stark beschädigt wurden, kann

von einem Zusammenhang mit Bezug auf die aktuellen Proteste gegen Vonovia SE ausgegangen werden.

Im Jahr 2018 hat das größte Mietunternehmen Deutschlands einen Rekordgewinn von 1,07 Milliarden Euro (Vorjahr: 920,8 Millionen Euro) erzielt. Der Großteil des Gewinns stammt aus Mieteinnahmen. Nach Vorstellungen des Konzernvorstands soll der Überschuss in großem Maßstab umverteilt werden: Geplant ist, auf der morgigen Aktionärshauptversammlung in Bochum eine Dividende von 1,44 Euro für jede Aktie zu beschließen. Insgesamt sollen damit 746 Millionen Euro an die Anteilseigner*innen ausgeschüttet werden. Eine riesige Summe, die den Mieter*innen ohne Gegenleistung entzogen wird. Von jedem Euro Miete fließen etwa 38 Cent an die Aktionär*innen.

Erzielt wurde dieser Gewinn auf Kosten der Mieter*innen. Im vergangenen Jahr lag die Mietpreissteigerung konzernweit bei 4,4% (2017: 4,2%) auf jetzt durchschnittlich 6,52 Euro pro Quadratmeter. Seit dem Börsengang sind die Mieten der Vonovia SE, früher unter Deutsche Annington bekannt, bereits um 20% gestiegen, - ein Durchschnittswert, hinter dem sich zum Teil extreme Mietensprünge verbergen.

Aufgrund der dominanten Marktposition hat sich der DAX-Konzern, der in Deutschland, Österreich (2018 wurde die BUWOG für 3,6 Milliarden Euro gekauft) und Schweden (2018 wurde die Victoria Park für 770 Millionen Euro gekauft) knapp 395.000 Wohnungen - darunter viele einstige kommunale oder Werkwohnungen, die privatisiert wurden - besitzt, zu einem entscheidenden Mietpreistreiber in vielen Großstädten entwickelt.

Deutschlands größtes Mietunternehmen greift dabei auf Modernisierungsmaßnahmen zurück, denn die dafür anfallenden Kosten dürfen vollständig auf die Miete umgelegt werden und gehen damit allein zu Lasten der Mieter*innen. Diese können die Mieterhöhungen hinnehmen oder werden aus ihren Wohnungen verdrängt. Der Konzern hingegen profitiert von dauerhaft höheren Mieteinnahmen und zusätzlich von Wertsteigerungen seiner Immobilien. Die potentiellen Einsparmöglichkeiten auf Mieter*innenseite etwa bei den Energiekosten sind hingegen kaum spürbar. Entsprechend viel wird modernisiert. Während für Instandhaltung 2018 lediglich 290 Millionen Euro ausgegeben wurden, entfielen auf Modernisierungsmaßnahmen 1,14 Milliarden Euro. Im Rahmen der „Mietenwahnsinn stoppen“-Kampagne haben viele Menschen gegen diese Praxis protestiert und seit Anfang 2019 dürfen nur noch 8% statt 11% der Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden. Die grundsätzliche Benachteiligung bleibt aber weiterhin bestehen, die Mieter*innen haben die Kosten zu tragen, ob sie wollen oder nicht.

Auch an anderer Stelle zeigt sich, dass es der Vonovia SE nicht um die Interessen ihrer Mieter*innen geht, sondern darum, maximale Profite aus dem Grundbedürfnis Wohnen zu ziehen. Bei den Betriebskosten verfolgt Vonovia SE eine „Insourcing“-Strategie, d.h. sie beauftragt Tochterun-

ternehmen mit der Wartung und Pflege der Immobilien. Die Tochterunternehmen wiederum stellen die Leistungen dem Konzern in Rechnung. Dass diese Rechnungen niedrig ausfallen, daran hat Vonovia SE kein Interesse, streicht sie doch auch den Gewinn der Tochterunternehmen ein. Diese Tricks bei den Nebenkosten werden in einem unübersichtlichen Geflecht aus über 350 Tochterunternehmen versteckt. Zu den spezialisierten Tochterunternehmen gehören u.a. die „Vonovia Wohnumfeldservice GmbH“ für Gartenpflege, Winterdienst und Müllreduzierung, die „Deutsche Multimedia Service GmbH“ für Kabelgebühren oder die „Vonovia Immobilienservice GmbH“ für die sogenannte Objektbetreuung, die den Mieter*innen als „Hauswartkosten“ in Rechnung gestellt werden. Durch die Schöpfung immer neuer umlagefähiger „Dienstleistungen“ (von der „Objektbetreuung“ über die „Baumwartung“ bis zum „Müllmanagement“) lässt sich das Geschäftsfeld der willkürlichen Abwälzung von Gewinnmargen auf die Mieter*innen immer weiter ausbauen. Zudem profitiert der Konzern von Steuervergünstigungen: Für die Leistungen der Tochterunternehmen fällt keine Mehrwertsteuer an. Die Mieter*innen spüren davon jedoch nichts, weil Vonovia SE die gleichen oder eben höhere Preise verlangt – und damit noch einmal kräftig kassiert.

Das Kerngeschäft der heutigen, in einem mehrstufigen Prozess entstandenen finanzindustriellen Wohnungsvermietungskonzerne ist nicht die möglichst teure Vermietung selbst, es ist die Nutzung der vermieteten Immobilie für die Konstruktion global konkurrenzfähiger Finanzanlageprodukte, was Mieterhöhungen geradezu erzwingt. Unter Anwendung standardisierter und automatisierter Verfahren werden mietrechtliche Spielräume, Differenzen zwischen Bestands- und Neuvermietungsmiten, territoriale Unterschiede in den Mietgefügen sowie die soziale Zusammensetzung, die ökonomische Lage, die Mentalitäten der Mieterschaften ebenso systematisch ausgenutzt wie „Optimierungspotentiale“ bei der Finanzierung, der Steuerbelastung, der Wohnungsverwaltung oder der Unternehmenskommunikation. Durch territoriale Expansion, Insourcing und die Entwicklung neuer Geschäftsfelder versuchen die Konzerne wie Vonovia SE, ihre Kontrolle über für sie attraktive Wohnungsmärkte, Lieferketten und Dienstleistungen auszubauen. Es entstehen vertikal integrierte und horizontal expandierende Wohnungskonzerne, die über Standorte an vielen Orten Deutschlands und teilweise schon darüber hinaus verfügen. Über die Vermietung der bloßen Wohnung hinaus versuchen sie, weitere Leistungen zu verkaufen, deren Bezug für die Mieter*innen verpflichtend ist. Auf diese Weise monopolisieren sie einen ganzen Strauß an Dienstleistungen, ohne dass den Mieter*innen ausreichende Möglichkeiten der Kontrolle über die tatsächliche Leistungserbringung und -abrechnung zur Verfügung stehen würden.

Vonovia SE steht mit seiner Strategie beispielhaft für Gewinnmaximierung und die Finanzialisierung der Wohnungsbranche auf Kosten der auf bezahlbaren Wohnraum angewiesenen Mieter*innen. Das Grundbedürfnis Wohnen wird vom Konzern und dessen Aktionär*innen ausgenutzt, um individuelle Profitinteressen zu befriedi-

gen. Einige wenige Personen erzielen dabei auf Kosten hunderttausender Menschen riesige Gewinne. Allein der Vorstandsvorsitzende der Vonovia SE, Rolf Buch verdiente im vergangenen Jahr 4,7 Millionen Euro.

Auch wenn es zukünftig in der Substanz keine Änderung der Mieterhöhungspolitik gibt, bleibt doch bemerkenswert, dass der größte deutsche Vermieter bekundet, mit einer wichtigen Strategieänderung auf Proteste der Mieter*innenschaft zu reagieren. Die (potentielle) Artikulation ist zu einem Faktor im Kalkül eines DAX-Konzerns geworden. Das ist ein relatives Novum und der vorläufige Höhepunkt eines Konflikts, der sich in den letzten Jahren immer mehr zugespitzt hat. Bei der Durchführung großer Modernisierungsprojekte zeigt sich immer häufiger, dass die Vonovia SE die soziale Lage und die Stimmung der Mieter*innen völlig falsch eingeschätzt hatte. Es ist auch deutlich, dass ihre kostenoptimierte Strukturen und automatisierten Verfahren nicht in der Lage sind, die komplexen Anforderungen bei größeren Projekten zu bewältigen. Während die Vonovia in früheren Jahren Mieter*innenproteste und rechtliche Widersprüche mittels kleinerer, individueller Zugeständnisse und der üblichen Beschwichtigungsrhetorik der Pressesprecher*innen

lokal beschränken konnte, gelang dies im Jahr 2018 nicht mehr. Mieter*innengruppen organisierten sich, ein handfester antagonistischer Interessenkonflikt lag vor. Um möglichst gar nicht erst eine eigenständige Artikulation der Mieter*inneninteressen aufkommen zu lassen, stellt Vonovia SE inzwischen zusätzliches Personal ein, das sich um das Härtefallmanagement oder die Durchführung von Mieter*innenversammlungen kümmert. Damit versucht der DAX-Konzern, die Kontrolle über die Sorgen und Kommunikationswege der Mieter*innen zurückzugewinnen.

Klar bleibt: Wohnen darf keine Ware sein. Die Mieter*innenproteste gegen Vonovia und CO wachsen und die Debatte um Enteignung solcher Mietsteigungsmaschinen ist gerade aktueller denn je. Also: Weiter organisieren, Fahrzeuge demolieren – egal wie – egal womit, sich vernetzen, Mieter*innenkomitees bilden... Die Möglichkeiten für den Gegenwind sind vielfältig! Feuer und Flamme für Vonovia SE!“

anonym

Vonovia-Karre in Bremen-Walle abgebrannt

Dokumentation, Bremen 07.06.2019

„Normalerweise würde an dieser Stelle eine mehr oder weniger umfangreiche Zusammenstellung von Gründen stehen, Gründe die unsere Aktion als legitimes und wichtiges Mittel darstellen. Und es gibt vieles was sich über Vonovia schreiben ließe und darüber warum sie zum Ziel von Angriffen werden sollten. Aber braucht es das überhaupt?

Gibt es diese imaginäre Bühne, auf der unsere Aktionen verhandelt werden? Oder gibt es eine vopolitische Ebene des diffusen Konfliktes, auf der Angriffe auch ohne Bekennung verstanden werden, je nachdem ob sie sich in eine existierende soziale Spannung einbetten bzw. diese zu schaffen in der Lage sind – oder eben nicht?

Sind die großen befriedeten Mietendemos Anzeichen eines schwelenden Konfliktes? Die selbstorganisierten Initiativen von Mieter*innen, die Angriffe auf Immobilien-

büros, die Wut gegenüber der Gentrifizierung “unserer Viertel“?

Am 30. Mai haben wir in der Schulze-Delitzsch-Straße (Walle) ein Fahrzeug von Vonovia in Brand gesetzt. Die Wirkung solcher Aktionen auf den sozialen Konflikt ist schwer vorherzusagen, Dynamiken lassen sich nicht einfach kontrollieren. So stehen auch wir nicht außerhalb um zu dirigieren oder zu managen, vielmehr sind wir mitten drin in dieser komplexen Situation und werfen unsere Ideen und unsere Motivation in die Waagschale.

Gegen die Stadt der Reichen!
Akteure der Verdrängung angreifen!“

anonym

Farbe bekennen gegen Gentrifizierung

Dokumentation, Hannover:

„Letzte Nacht, vom 23. auf den 24. Mai, haben wir mehrere Immobilienunternehmen gleichzeitig angegriffen:

- Vonovia: Buttersäure in der Lüftung eines Transporters, Parolen auf der Motorhaube und Farbe auf den Scheiben
- Weise Immobilien: Bitumen an der Fassade und an den Scheiben.
- Gerlach: Zerbrochene Scheiben im Eingangsbereich.

Aus Wohnraum möglichst viel Profit zu machen ist die Praxis aller Immobilienunternehmen. Vonovia perfektioniert dieses Prinzip auf nahezu unvergleichliche Weise. Zum Glück stößt das bei immer Mieter*innen übel auf. Wen wundert's, nicht alle haben Lust mit ihrem häufig schmalen Einkommen dem Aktienkurs des Unternehmens nach oben zu verhelfen. In vielen Städten gibt es alleine zu Problemen mit Vonovia eigene Mieter*innen-Selbstorganisationen. Vonovia und andere Unternehmen zu enteignen halten wir für „ne gute Idee, erstmal haben sie eine Karre weniger.

Am Lindener Berg haben Weise Immobilien KG ihren neuen Sitz dort, wo vorher ein Kiosk war. Nachdem das Haus saniert wurde, mussten Mieter*innen ausziehen. „Schnell, unkompliziert und den besten Preis erzielen? Wir machen dies möglich!“ heißt es auf ihrer Webseite. Wir denken: Häuser sollen keine Ware sein und haben daher schnellen unkomplizierten Sachschaden möglich gemacht!

Gerlach hat das Bumke-Gelände aufgekauft und will dort vor allem Eigentumswohnungen und Gewerbeflächen

schaffen statt günstigem Wohnraum. Die üblichen 25% Sozialwohnungen, die sie nach Auflage der Stadt voraussichtlich schaffen müssen, ersetzen bestenfalls die Anzahl der ohnehin auslaufenden Belegrechte. Da sich viele in der Nordstadt Sorgen machen, dass dieses Vorhaben die Durchschnittsmiete anhebt und generell den Stadtteil noch teurer macht, gibt es die gute Initiative „Bumke selber machen“, die Einfluss auf die Entwicklung nehmen will. Wir haben das Büro von Gerlach in der Raffaelstraße an der Eilenriede besucht und ihnen schonmal einen Eindruck hinterlassen, wie man über Bürgerbeteiligung hinaus seine Unzufriedenheit ausdrücken kann.

Unsere Angriffe richten sich generell gegen das Prinzip, mit dem Verkauf und der Verwaltung von Wohnraum Profite zu machen. Denn dadurch verlieren immer mehr Menschen ihr Zuhause. Manche finden auch nichts Neues und landen auf der Straße. Im Februar wurde z.B. Jürgen „Bauer“ Niemann tot hinterm Freizeitheim Linden aufgefunden. Zwei Jahre vorher hatten 100-200 Bullen seine Räumung durchgesetzt, nachdem sie zuvor zweimal verhindert wurde. Immer wieder erfrieren Menschen auf der Straße oder begehen Selbstmord, wenn sie aus ihrem Wohnraum verdrängt werden.

Die Häuser denen, die drin wohnen!

PS: Wir grüßen auch die Bewohner*innen der Liebig34 und alle anderen, die um ihren Wohnraum kämpfen.“

anonym

Smash McDonald's überall!

Dokumentation: „In der Nacht auf den 13. Mai 2019 traf es erneut zwei McDonald's Verkaufsstellen in Freiburg:

Mit bunten Farbbomben haben Menschen die Filiale im Herzen von Freiburgs Konsum-innenstadt in der KaJo und die Filiale in der Basler Straße verschönert und prunkvoll demoliert.

Seit 13 Tagen verkauft die Ekelburgermarke ihren stolz angepriesenen ersten veganen Burger in Deutschland. Aber damit nicht genug! Unter dem Slogan „Ob du's glaubst oder nicht: Schmeckt nicht nur Weltverbesserern“ bewirbt McDonald's dieses von Nestlé mitproduzierte Produkt mit einem Video, was eine Baumbesetzung zeigt, dessen Fällung verhindert wird. Die Inszenierung: eine junge, weiblich aussehende, selbstbewusste, sich vegan ernährende, wütend auftretende Baumbesetzerin gegen

den schwächlichen, bärtigen, fleisch-essenden Feind – den Holzfäller.

Das Ende: beide sitzen gemeinsam auf dem Baum und essen begleitet von mit Pathos geladener Musik den neuen veganen Burger.

Die Zielgruppe: junge, vegetarisch bis vegane Gutmenschen, die bislang aus ethischen Gründen McDonald's vermeiden mussten.

Die Message: Jetzt günstig die Welt retten – mit Deinem veganen Burger von Deiner Filiale nebenan. Also nichts wie los: vergesst euren Weltschmerz für einen Moment und beißt in den saftigen Burger (Spoiler: bestimmt nur mit ganz paar Geschmacksverstärkern). Denn auch die systemkritischen, für eine bessere Welt kämpfenden Aktivist*innen werden schwach bei McDonald's Produkten.

Das Video trifft nur so von der Symbolik um den Widerstand im Hambacher Forst, wo immer noch gegen Kohleabbau und für den Erhalt des Waldes gekämpft wird.

Was die Werbemogule in ihren schicken Lofts ausgelassen haben, ist, dass es bei der Besetzung des Hambis nie nur um den Erhalt dieses Waldes ging, sondern um praktischen Widerstand gegen ein System, welches systematisch Mensch, Tier und Natur ausbeutet, unterdrückt und krank macht! Ein System, von dem McDonald's Teil ist. Ein System, welches von Firmen wie McDonald's vorangetrieben wird und täglich neue Unterdrückungsmechanismen findet.

Nachdem vor einer Woche bereits vor einer anderen Filiale des Global Players in Freiburg mit Graffiti und Glasbruch gezeigt wurde, dass sich die Hambacher Forst Besetzung nicht instrumentalisieren lässt, hoffen wir diese Nacht deutlich gemacht zu haben, dass ein solches Video und die dahinterstehende Ausbeutungsfirma Angriffsziel bleiben werden.

Aber McDonald's versucht doch sich zu ändern?! Nein! Dieser Burger und seine Marketingstrategie sind nicht der Start eines Fast Food Giganten sich für eine gerechtere Welt zu verändern, wie es die Social Media "community" verbreiten mag. Der erste vegane Burger von McDonald's ist Teil einer riesigen bereits langjährig laufenden Greenwashing Kampagne eines Konzerns, über den alle wissen, wie schrecklich und abartig ihre Produktions-, Verarbeitungs-, und Arbeitsbedingungen sind – und trotzdem in extra billig, leidvoll erzeugtes Fleisch genussvoll reinbeißen.

Wir verweigern uns, die Millionen von Leben zu vergessen, die im Namen von McDonald's geschlachtet wurden und die Millionen von Leben, die diese unmenschliche Firma noch vorhat zu töten. Ein grüner Möchtegern-Imagewandel täuscht uns nicht darüber hinweg, um was es diesem Konzern und all den anderen Global Playern geht: Kapital, Macht und zwar immer mehr davon egal zu welchem Preis!

Am Schluss noch ein Appell an all die Youtube-Feinschmeck-Expert*innen da draußen: Ob du's glaubst oder nicht: Hinter diesem Geschmack steht eine Industrie, die tötet! Bei Veganismus geht es nicht nur darum, keine tierischen Produkte zu essen, sondern darum, zu versuchen sich nach einer Ethik zu ernähren, die sich gegen das Leid von Tieren richtet. Bei McDonald's zu essen kann daher niemals vegan sein.

Versuchen antikapitalistische Kämpfe, die sich für Umwelt und Tierwohl einsetzen, zu kommerzialisieren heißt selber zur Zielscheibe werden!

Das gilt nicht nur für Freiburg, sondern überall! Daher rufen wir euch auf, Aktionen gegen diesen Konzern bei euch vor Ort zu machen. Lasst uns überall an die Wände schreiben:

„Finger weg von unserem Widerstand. Scherben und Rauch gegen die kapitalistischen Einnahmeveruche. Hambis bleibt antikapitalistisch!“

anonym

Kennzeichenscanner

Bayerische Kennzeichenscanner speichern zeitweise wahllos jeden Autofahrer auf Vorrat

München, 11.5.2019

Nach Informationen der Piratenpartei hat die bayerische Polizei 2018 achtmal und 2019 mindestens dreimal im Anschluss an Straftaten die Kennzeichen sämtlicher Autofahrer auf nahe gelegenen Autobahnen eingescannt und die Fahrzeuge fotografiert. Nach einem konkreten Kennzeichen eines Fluchtwagens wurde nicht gefahndet, sondern die Speicherung erfolgte „auf Vorrat“. Dazu wurden Kennzeichenscanner, die offiziell nur der Suche nach Fahndungsausschreibungen dienen sollten, in einen „Aufzeichnungsmodus“ umgeschaltet. Fotografiert wurden zum Teil über zwei Stunden lang tausende von Fahrzeu-

gen. Die Daten sollen bis heute aufbewahrt werden. Was damit geschieht, ist unbekannt.

Zuletzt war bekannt geworden, dass die Polizei in Brandenburg im Jahr 2018 mit wechselnder Begründung sogar täglich den kompletten Autoverkehr auf Vorrat gespeichert hat. Dagegen will die Piratenpartei klagen. Das Bundesverfassungsgericht entschied 2008, dass eine automatisierte Erfassung von Kraftfahrzeugkennzeichen „nicht anlasslos erfolgen oder flächendeckend durchgeführt werden“ darf. Erfolgreiche Klagen gegen Landesgesetze gab es in Hessen und Schleswig-Holstein.

Der abgrundtiefe Staat

Versuch eines Überblicks

1. Vorweg

In den „Hannibal“-Veröffentlichungen der taz (siehe auch Autonomes Blättchen #35) wurde darüber berichtet, dass sich ein Nazi-Prepper-Netzwerk gebildet hat, das sich zu wesentlichen Teilen aus Elite-Soldaten der Bundeswehr zusammensetzt. Manche sagen, es sei ja nichts Neues, dass staatliche Organe mit Faschist_innen zusammenarbeiten und winken desinteressiert ab. Wenn man sich aber anguckt, was im Laufe der Veröffentlichungen alles ans Licht kam, kann man erkennen, dass hinter den Kulissen die Instrumente des Tiefen Staates entschlossen geschärft und ausgebaut werden. Dies lapidar damit abzutun, dass es ja nichts Neues sei, kann nur denen gelingen, die selbst nicht mehr darum ringen, dem autoritären Staat und dem Erstarken eines modernisierten Faschismus etwas entgegenzusetzen.

Wir versuchen in diesem Text vor allem eine verkürzte Zusammenfassung der Enthüllungen der taz. Denn uns ist beim Lesen der Artikel deutlich geworden, wie weit Faschisten und faschistische Strukturen bereits im Militär, in den Geheimdiensten, bei den Bullen, in den Staatsanwaltschaften und Gerichten verankert sind. Analog zum Erstarken der AfD als politischem Arm der autoritären Bewegung wurden Netzwerke des sogenannten Tiefen Staates geschaffen, die nichts anderes als staatlich angebundene Todesschwadronen sind.

Die Nachrichten über die Beteiligung von Staatsangestellten in faschistischen Gruppierungen reißen nicht ab. Sie sind alltäglich geworden. Zudem werden wöchentlich Waffenberge bei Nazis gefunden. Auch letztes in Hannover bei einem offensichtlichen Nazi. Es wurden ein Haufen Waffen und 100.000 Euro in bar gefunden und es brauchte erst massiven öffentlichen Druck, damit die Staatsanwaltschaft einen politischen Hintergrund in Erwägung zog. Das ist Alltag. Bewaffnete Nazis werden von den Exekutivorganen geschützt und, wie sich gezeigt hat, auch teilweise direkt unterstützt. Die Veröffentlichungen der taz haben uns noch mal klarer gemacht, dass die vorgebliche „Verharmlosung“ von Nazi-Strukturen durch staatliche Organe tatsächlich auch mit dem Einsickern autoritärer, faschistischer Kräfte in die Exekutive zu tun hat. In Sachsen und Thüringen ist das vielleicht schon lange klar. Aber das bundesweite und internationale Organisieren dieser Kräfte schafft eine neue Bedrohung.

Schon in den 90ern war es eine strategische Entscheidung organisierter Faschisten, gezielt zu den Bullen und in das Militär zugehen. Die Früchte dieser Strategie zeigen Wirkung – das wurde schon im Rahmen der NSU-Aufarbeitung deutlich. Die Verquickung von Nazis, Geheimdiensten und Polizei war offensichtlich. Mittlerweile sind direkte Verbindungen vom NSU-Komplex zu den Hannibal-Faschisten offenkundig geworden - und zu den Eliteeinheiten des Militärs.

Woran liegt es, dass Meldungen über den Aufbau von Todesschwadronen in der BRD und die Verschmelzung von Teilen der staatlichen Exekutivorgane mit faschistischen Strukturen nicht zu intensiven Diskussionen und entschlossenem Handeln in anarchistischen und linksradikalen Kreisen führen?

2. Das Netz

[Alle Infos sind aus Veröffentlichungen zusammengesucht. Möglicherweise stellen nicht alle davon den aktuellen Wissensstand dar.]

In Deutschland, Österreich und der Schweiz haben sich Gruppen formiert, die daran arbeiten, eine faschistische Machtübernahme im gesellschaftlichen Krisenfall, dem Tag-X, zu forcieren und politische Gegner_innen zu töten. Mitglieder in diesen Gruppen sind Polizisten und Soldaten, Reservisten, Verwaltungsbeamte, Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes, organisierte Faschisten, rechte Politiker und Dorfnazis, die unter konspirativen Bedingungen einen Plan hegen: Wenn sie die Zeichen sehen, wenn „Tag X“ da ist, wollen sie zu den Waffen greifen.

Februar 2017. Der Bundeswehr-Offizier Franco A. fliegt auf, als er eine auf einem Flughafenklo für ihn deponierte Waffe abholen will. Diese war zuvor durch eine Putzkraft entdeckt worden. Franco A. hatte eine Tarnidentität als Geflüchteter angenommen. Vermutliche wollte er einen Anschlag begehen, der Geflüchteten in die Schuhe geschoben werden sollte.

Einer seine Komplizen ist Oberleutnant Maximilian T. er hat Tötungslisten verfasst, auf denen hauptsächlich Linke stehen. Der AfD-Abgeordnete Jan Nolte, Mitglied im Verteidigungsausschuss, hatte T. als Mitarbeiter angestellt. Er verfügt deswegen über einen Mitarbeiterausweis im Bundestag.

Ende August 2017. Durch das Auffliegen von Franco A. kommen Ermittlungsbehörden einem Netzwerk auf die Spur. Der Generalbundesanwalt lässt in Mecklenburg-Vorpommern Wohnhäuser und Büros durchsuchen. Es gab Hausdurchsuchungen in sechs Wohnhäusern in Rostock, Krakow am See, Grabow, Crivitz und Banzkow. Daneben durchsuchte die Polizei auch Geschäftsräume. Bei den Durchsuchungen misstrauen die Staatsanwälte der Bundesanwaltschaft den Staatsdienern in Mecklenburg-Vorpommern. Landespolizisten werden nicht einbezogen. Selbst der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns wird erst unmittelbar vor den Razzien informiert. Denn der Anwalt und der Polizist, gegen die ermittelt wird, agierten nicht allein. Zu ihnen gehörte ein SEK-Polizist und ein ehemaliger Soldat, der damals noch

einer Reservistenkompanie vorstand, die sich auf einen Einsatz beim G20-Gipfel in Hamburg vorbereitete. Die Unterwanderung der staatlichen Exekutivstrukturen in MeckPomm scheint also so groß zu sein, dass selbst die Bundesanwaltschaft ihnen nicht mehr vertraut.

Der Vorwurf an die Beschuldigten: Sie sollen sich verabredet haben, an einem „Tag X“ Politiker und Menschen aus dem linken Spektrum festzusetzen oder zu liquidieren. Zu dem Netzwerk zählen zudem ein Malermeister, ein weiterer Polizist, ein Versicherungsvertreter und der Kommandant einer Reservisten-Kompanie. Bei den Ermittlungen gelten diese Vier als Zeugen. Sie sind Mitglieder im Reservistenverband.

Bei dem Anwalt handelt es sich um Jan Hendrik Hammer. Er ist in seiner Freizeit ehrenamtlicher Lokalpolitiker in der Rostocker Bürgerschaft. Die Ermittler finden bei ihm mehrere Ordner mit Personendaten von mehr als 5.000 Menschen. Darunter über hundert Namen, Adressen und Fotos von Politikern, überwiegend aus dem linken Spektrum, Flüchtlingsverbände, Unterstützer eines linken Wohnprojekts (solche Listen hatte auch Franco A.). Hammer zeigt sich bei Rostocker Bürgerschaftssitzungen öfter mit Holger Arppe, Landtagsabgeordneter der AfD. Arppe ist damals schon wegen Volksverhetzung verurteilt. Auch Daniel Fiß, Chef der Identitären Bewegung, sieht man an seiner Seite.

Hammer hatte bei Geburtstagsfeiern hinter seinem Haus ein Wettschießen veranstaltet und einen Wanderpokal dafür ausgelobt – benannt nach Mehmet Turgut, einem Mann, den der NSU im Jahr 2004 erschossen hat. In Rostock. Er wohnt mit seiner Frau in einem Haus am Stadtrand und hat einen Waffenschein. Er sammelt Sportwaffen, Pistolen, historische Kaliber. Er lagert sie in seiner Garage. Sein Bürgerschaftsmandat in Rostock lässt er ruhen. Er hatte kurz nach der Razzia einen Herzinfarkt.

Der Kriminalpolizist ist Horst S. aus dem Kriminalkommissariat in Ludwigslust. Er lebt in Krakow am See und wohnt dort in einem roten Backsteinhaus, mit seiner Frau. In seinem Garten hat er einen Bunker, in dem er seine Waffen hortet. Er ist eine Schlüsselfigur der Gruppe, weil er der Kommandeur jener Reservisteneinheit war, aus der sie sich gebildet hat. Mittlerweile ist er auf Order der Bundeswehr nicht mehr der Chef der Reservistenkompanie. Er spendet Geld ans völkische Thule-Seminar und besitzt nach der Beschlagnahmung seiner Waffensammlung jetzt wieder ganz offiziell eine Pistole, Kaliber 9 Millimeter, ausgestellt von der zuständigen Waffenbehörde. Seit der Razzia ist er allerdings vom Dienst suspendiert.

Drei der Personen – zwei Zeugen und Hammer, bei dem die Namensliste gefunden wurde – sind Mitglied in der Reservistenarbeitsgemeinschaft Schießsport Schwerin-Hagenow. In solchen Gruppen wird etwa mit Pistolen oder Karabinern geschossen oder mit der zivilen Variante des Sturmgewehrs G3.

Alle Männer sind Teil eines Netzwerks, das sich auf Katastrophen vorbereitet, Stromausfälle, Stürme und

Nahrungsmittelknappheit, auf Momente, in denen Staatlichkeit brüchig wird. Sie planen für diesen Fall die Ermordung tausender Linker. Sie organisieren sich in mehreren Chatgruppen in Norddeutschland. Eine von ihnen heißt Nordkreuz, eine heißt NordCom.

Über den Telegram-Chat der Nordkreuz-Gruppe wurden Informationen geteilt, administriert, von zentraler Stelle. Diskutiert wurde in der NordCom-Gruppe. Die Mitglieder dieser Gruppen sind u.a. Ärzte und Beamte, Polizisten und Soldaten.

Mitglieder dieser Nord-Gruppen haben Depots mit Treibstoff, Nahrungsmitteln und Munition angelegt. Jeder von ihnen zahlte dafür etwa 600 Euro in eine gemeinsame Kasse. Jenseits der Chatgruppe gab es noch weitere Unterstützer – etwa den Betreiber eines Schießstandes Nahe Rostock. Er verließ zwar den Chat, verkaufte den Mitgliedern aber weiterhin Waffen. Oder ein Ausbilder am Fliegerhorst der Bundeswehr in Laage, wo Eurofighter stationiert sind. Er lud seine Freunde nach Dienstschluss in den Sicherheitsbereich. Dort durften sie im Flugsimulator den Eurofighter fliegen.

Nazi-Prepper-Chatgruppen gibt es nicht nur in Norddeutschland, auch im Osten, Westen und Süden, in der Schweiz und in Österreich. Ein Über-Administrator hat Zugriff auf all diese Chatnetzwerke. Dessen Nickname ist „Hannibal“.

In einer dieser Chatgruppen, im Süden Deutschlands, ist auch Oberleutnant Franco A. aktiv gewesen. Der Bundeswehrosoldat, der festgenommen wurde, als er am Flughafen in Wien eine dort von ihm zuvor versteckte Pistole mitnehmen wollte. Einmal war Franco A. bei Hannibal zu Hause, einmal nahm er mit Hannibal an einem Treffen in Albstadt teil, bei dem die Handys im Auto gelassen wurden. Es war ein Treffen in einem Schützenverein.

Eine dritte Gruppe in Norddeutschland heißt Nord. Es ist André S, alias „Hannibal“, der diese Gruppe mit vertraulichen Informationen und Lagebildern aus dem Inneren der Bundeswehr versorgt. Als Hannibal erfährt, was Franco A. vorgeworfen wird, gibt er umgehend Anweisung, alle Chats zu löschen: Nord, Süd, West, Ost. André S., geboren 1985 in Halle an der Saale, ist Mitglied des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in Calw. Das ist die Elite-Einheit der Armee. Er ist Gründer und bis vor kurzem Vorsitzender des Vereins Uniter mit Postadresse in Dormagen, Nordrhein-Westfalen, in dem sich Elitekämpfer organisieren. Dazu später mehr.

Er ist die zentrale Figur des Netzwerkes. Er war Soldat des KSK und ist erst im Frühjahr 2018 aus der Einheit ausgeschieden aber ist immer noch im Dienst der Bundeswehr. Er sei nun wieder – wie vor seiner KSK-Zeit – als Fallschirmjäger eingesetzt, hieß es im Verteidigungsausschuss. Er wird als Zeuge geführt. Gegen ihn wird nicht ermittelt. (Evtl. ist er mittlerweile aus der BW ausgeschieden)

André S. war auch V-Mann des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), des deutschen Militärgeheimdienstes. Als weitere Durchsuchung gegen das Netzwerk anstehen wird er von MAD-Oberstleutnant Peter W. am 13.9.2017 bei einem Treffen in Sindelfingen gewarnt.

Peter W. fungierte zu diesem Zeitpunkt beim MAD als Ansprechpartner für Generalbundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt. Er hatte also eine wichtige Scharnierfunktion im Geheimdienst. Nachdem er zwischendurch wegen Geheimnisverrat angeklagt war, ist das Verfahren gegen ihn mittlerweile eingestellt.

Uniter

Uniter, das ist ein Verein, den André S. 2012 in Halle gegründet hat. Uniter e. V. wurde 2012 auch gegründet, um Soldaten des Kommandos Spezialkräfte, die im baden-württembergischen Calw stationiert ist, versichern zu können. Denn das ist schwierig für eine Berufsgruppe mit einem so hohen Berufsrisiko. André S. berät sich mit einem Versicherungsfachmann, den er aus seiner Freimaurer-Loge in Halle kennt. Der schlägt vor, einen Verein zu gründen und darüber die Versicherung abzuwickeln. So entsteht Uniter das erste Mal.

In dem Netzwerk sollen sich aktuelle und ehemalige Soldaten gegenseitig unterstützen. Viele von ihnen haben Sicherheitsfirmen oder Kampfsportschulen gegründet, andere sind weiter beim Militär. Im Online-Shop werden Krawatten, Manschettenknöpfe und Siegelringe mit dem Uniter-Emblem verkauft: Schwert und Kreuz, umfasst von einem Eichenkranz.

Uniter Mitglieder tragen kleine Metallmünzen bei sich, als Erkennungszeichen, nähen sich Abzeichen auf ihre Uniformen. Sie treffen sich, um Messerkampf, schießen oder Erste Hilfe zu üben. Die meisten von ihnen sind Spezialkräfte der Bundeswehr, der Polizei oder private Sicherheitskräfte. Neulinge werden mit Kapuzen über dem Kopf in Freimaurer-Tempel geführt, erzählen ehemalige Mitglieder.

Auch Uniter ist, wie die Chatgruppen, in die Distrikte Nord, Süd, Ost und West gegliedert. Auch hier gibt es Ableger in Österreich und der Schweiz. Auch hier kennen sich viele Mitglieder nicht über ihre eigenen Distrikte hinaus. Einer der Distriktleiter-Ost ist ein Polizeiausbilder. Andere sind z.B. aktive Soldaten und Reservisten, Kriminalpolizisten, SEK-Bullen, Anwälte, Feuerwehrleute. Uniter-Mitglieder trafen sich u.a. in einer Kampfsporthalle in Berlin-Köpenick um das Töten zu üben.

In den Chatgruppen verabreden sie sichere Rückzugsorte, sogenannte Safe-Houses, also Orte, an denen sich Eingeweihte treffen, sollte die Ordnung zusammenbrechen. Es sind auch Orte um Gefangene festzuhalten und gegebenenfalls zu ermorden.

Es gibt sie u.a. in Nürnberg und Ulm, in Lenggries und Bad Tölz und auch die Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw, wo das KSK stationiert ist, wurde in der Chatgruppe Süd als ein solcher Ort definiert.

Bei der Vernehmung wollen die Ermittler von Hannibal wissen, wie viele solcher „Safe-Häuser“ es in Deutschland gebe – und wo diese sich befinden. André S. antwortet: überall. Sogar das Autohaus seiner Eltern hatte er im Chat als solches vorgeschlagen. Als Franco A. im Frühjahr 2017 festgenommen wird, weist André S. an, die Chats zu schließen.

Im Mai 2016 gründet André S. Uniter noch einmal neu. Dieses Mal in Stuttgart. Er sucht sich einen neuen Vorstand. Der alte Verein ist bis heute registriert. Er ist als gemeinnützig anerkannt. Ein weiteres Mitglied ist ein früherer Mitarbeiter eines CDU-Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg, der inzwischen promoviert. Auch er ist als Vorstand eingetragen. 2017 wird der neue Verein schließlich Mitglied in der Lazarus-Union, einer Organisation in Österreich, die mit Ritterorden verbandelt ist, neue Mitglieder in Umhänge hüllt und mit Schwertern segnet.

Ein Beamter des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg ist Mitbegründer des neuen Uniter-Vereins und saß sogar bis Januar 2017 im Vorstand. Es handelt sich um den früheren Polizisten Ringo M. Seit 2015 ist er beim VS. Im Herbst 2015 war Ringo M. zum Landesverfassungsschutz Baden-Württemberg in die Abteilung „Internationaler Extremismus und Terrorismus“ gewechselt. Er lebt in einem Vorort von Stuttgart, in einem fünfstöckigen Wohnhaus zwischen weißen Reihenhäusern. Er trat aus dem Vereinsvorstand zurück – kurz bevor die Affäre um Franco A. öffentlich wurde. Es hatte um die Jahreswende 2016/2017 mehrere Gespräche mit Vorgesetzten gegeben, bei denen die Vereinstätigkeit problematisiert wurde. Laut dem baden-württembergischen Innenminister Strobl habe man sich im März 2019 einvernehmlich darauf geeinigt, dass Ringo M. künftig nicht mehr für den Verfassungsschutz arbeite. Da aus beamtenrechtlicher Sicht nichts gegen den Mann vorläge, werde er auch weiterhin als Beamter für das Land tätig sein.

Uniter ist geographisch und inhaltlich in verschiedenen Untergruppen organisiert.

Die Medical Response Unit

Bei der Live-Übertragung des Fußball-WM-Spiels Deutschland-Mexiko auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg stehen in orangefarbenen Sanitärerjacken einige Männer am Rande und beobachten das Szenario. Auf ihren Oberarmen: das Emblem von Uniter.

Diese Männer gehören zur sogenannten Medical Response Unit von Uniter, kurz: MRU. Es ist ihr erster Auftrag. Nur wenige Tage nach dem Einsatz in Hamburg treffen sich

die Männer in Mosbach, es ist ihr erstes richtiges Training als MRU.

Für das Abschlussfoto jenes Trainings posieren vermummte Männer in militärischer Ausrüstung, manche in Fantasieuniformen, umgeben von Trümmern, auf einem Buswrack. Hinter ihnen steigen Rauchschwaden auf. Die Mitglieder der MRU werden für August 2018 noch einmal auf einen Schießplatz bei Ulm eingeladen. Auf dem Programm steht: Schießen zu zweit, während zwei Medics einen Verwundeten versorgen. Oder auch: Der Medic schießt, während er den Verwundeten birgt. Das Training soll ein Ehemaliger des KSK anleiten.

Die „Defence“

Das entscheidende Training in Mosbach allerdings, das war ein Training von Uniter-Kampfeinheit, der „Defence“. An jenem Wochenende Ende Juni 2018, als die Mitglieder der MRU von Uniter in Mosbach auf dem Gelände sind, trainiert auch sie auf dem Gelände. Es gibt ein Foto, darauf Männer in Camouflage, die hinter André S. stehen, bewaffnet: eine Schmeisser AR15 vielleicht, eine andere eine G36 oder die zivile Variante SL8.

Die Firma Opcon bestätigt auf Anfrage des Trainingscenters Mosbach, die Defence-Abteilung sei dabei gewesen und habe die verschiedenen Arten geübt, eine Waffe zu halten. Vor diesem Hintergrund bekommt auch ein Facebook-Post eine neue Bedeutung, den Uniter am 21. Oktober 2018 auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht, sie verwenden darin das Wort „Kommandopipeline“. Das ist ein Begriff, der im KSK bei der Bundeswehr benutzt wird und der die Ausbildung eines Kommandosoldaten meint. Das erste Training, heißt es in dem Post, hätten alle bestanden. Die Kommandoausbildung könne nun beginnen.

Wer heute bei Uniter die Eignungsprüfung für die Kommandoausbildung besteht, erhält ein Abzeichen. Darauf zu sehen: ein Wolf, der seine Zähne fletscht.

Uniter-Mitglieder versuchen in der Sicherheitsbranche Fuß zu fassen - und das international. Das ist kein Zufall. Ein leitender Mitarbeiter des Rüstungsunternehmens Diehl Defence ist Uniter-Mitglied und macht auf Facebook Werbung für den Verein. Er hat an einem Sicherheitskonzept gearbeitet haben, um Mitarbeiter der Firma für eine Reise nach Saudi-Arabien zu beraten.

Auch der Personenschützer des Deutschen Fußball-Bundes, der seit Jahren die Nationalmannschaft begleitet, war im Uniter-Verein aktiv.

Der ehemalige Sicherheitschef des Autovermieters Sixt ist im Verein aktiv. Im November 18 hat sich das Unternehmen von ihm getrennt. Am 13. Februar 18 schreibt eine Sicherheitsfirma auf Facebook über einen Besuch in der deutschen Botschaft in Guinea und über ihr „zukünftiges Arbeitsumfeld“. Auch Firmen wie diese können bei Uniter Mitglied sein. Es ist eine Sicherheitsfirma, die

zwei ehemalige Fallschirmjäger im Sommer 2018 gegründet haben. Der Geschäftsführer arbeitete zuletzt bei der Bundespolizei und hat dort ein Uniter-Patch auf seiner Uniform getragen. Das Unternehmen sucht derzeit Personal für Einsätze in Afrika und den Mittleren Osten. „Vorzugsweise ehemalige Soldaten und Polizisten aus Kampf- und Sondereinheiten mit Einsatzerfahrung.“ Uniter-Mitglieder haben scheinbar bereits einen lukrativen Auftrag an Land gezogen. Sie bilden Polizeikräfte und Soldaten auf den Philippinen aus. Diese sind dafür bekannt, massenhaft extralegale Hinrichtungen durchzuführen und brüsten sich damit - wie ihr Präsident Duterte. An einem Treffen hätten „hochrangige Mitglieder der Polizei, von Heer, Luftwaffe und der Navy, aber auch Mitarbeiter staatlicher Dienste und freier Sicherheitsfirmen, der Berufsfeuerwehr sowie einige Diplomaten und Anwälte“ teilgenommen.

Im Sommer 2019 wollen Uniter-Mitglieder wieder auf die Philippinen reisen. Andere Mitglieder arbeiten für deutsche „Sicherheitsfirmen“ im Irak oder in Russland.

Am 11. März 19, einen Tag nachdem die Verfassungsschutzverbindung zu Uniter aufgedeckt wurde, wird im Vereinsregister in Stuttgart ein neuer Vorstand eingetragen. An der Spitze stehen jetzt zwei Männer, die in der Schweiz leben. Der Verein wird nun von dort aus dirigiert.

BFE 523

Wesentliche Akteure des Uniter-Prepper-Faschisten-Netzwerkes stammen aus einer Einheit der Bereitschaftspolizei in Böblingen, der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit BFE 523. Chef der Einheit ist damals ein Mann, der heute Inhaber einer Sicherheitsfirma ist, die mit Uniter Geschäfte macht. Und ein früherer Ausbilder sitzt heute für die AfD im Bundestag.

Aus der BFE 523 waren mehrere Mitglieder früher beim Ku-Klux-Klan gewesen, in dem auch ein faschistischer V-Mann des Verfassungsschutzes Mitglied war, der sich unter dem Decknamen „Corelli“ im Umfeld des NSU-Trios bewegt hatte. Auch die Polizistin Michèle Kiesewetter war Mitglied in der BFE 523. Sie wurde angeblich vom NSU ermordet.

Der AfD-Abgeordnete Martin Hess war früher in der Böblinger BFE 523, auch er war ein direkter Kollege von Michèle Kiesewetter und von Verfassungsschützer Ringo M., dem Mitgründer von Uniter e. V. Er sitzt heute im Innenausschuss des Landes Baden-Württemberg. Chef dieser Einheit war Thomas B. Als Präzisionsschütze ausgebildet, war er mal Polizeihauptkommissar. Thomas B. hat heute eine kleine Firma, mit Sitz in der Stuttgarter Innenstadt. Ein Freund vom SEK ist sein Geschäftspartner. Sie beraten Firmen, die Mitarbeiter in unsichere Staaten schicken wollen. Spezialgebiet: Libyen.

Thomas B. hat über seine Firma kleinere Geschäfte für Uniter erledigt. Mal vermittelt er Hannibal Kontakt zu einem Versicherungsvertreter, mal heuert er Uniter-Mitglieder als Sicherheitsleute an.

2014 wurde die Polizei im Land umstrukturiert und die BFE 523 aufgelöst.

MAD

Wie oben erwähnt, hatte der MAD-Soldat Peter W. den Uniter-Mastermind André S., alias Hannibal, vor Durchsuchungen gewarnt. Deswegen gab es ein Gerichtsverfahren wegen Geheimisverrats.

Wie unterschiedliche Zeugen aus dem Kommando Spezialkräfte bestätigten, hatte Hannibal am Tag vor der Razzia einen Laptop beiseite geschafft und sich vor seinen Kameraden damit gebrüstet, über die bevorstehende Durchsuchung Bescheid zu wissen. Ein damaliger Vorgesetzter von Hannibal sagte vor Gericht aus, Hannibal selbst habe ihn noch vor der Razzia über die bevorstehende Maßnahme in Kenntnis gesetzt und gesagt, dass sich niemand Sorgen machen müsse. Dabei soll S. auch gesagt haben: „Es ist alles save, weil wir wissen ja davon.“

Peter W. hatte Hannibal noch zwei Tage vor der Razzia in einem Hotel in Sindelfingen getroffen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bundesanwaltschaft darum gebeten, dass der MAD seine Tätigkeiten rund um den Komplex bis auf weiteres einstellt, um mögliche Ermittlungen nicht zu gefährden. Allerdings war Peter W. die Schnittstelle zwischen Bundesanwaltschaft, BKA und dem MAD. Peter W. wird freigesprochen.

Insgesamt bearbeitet der MAD derzeit 450 Verdachtsfälle aus dem Bereich Rechtsextremismus. 34 Fälle betreffen demnach mutmaßliche Anhänger der sogenannten Reichsbürger, weitere 34 Soldaten stünden im Verdacht, mit der Identitären Bewegung zu sympathisieren. Der MAD gibt an, seit 2012 keinen KSK-Soldaten als „erkannten Extremisten“ eingestuft zu haben. Lediglich fünf „Verdachtspersonen mit Erkenntnissen“ seien festgestellt worden.

Ein Soldat der Elitetruppe KSK wurde allerdings mittlerweile wegen Rechtsextremismusverdacht suspendiert, gegen Oberstleutnant Daniel K. ein Dienst- und Uniformverbot ausgesprochen. Das KSK-Gründungsmitglied fiel im Zuge der Ermittlungen gegen den Bundeswehrsoldaten Franco A.auf.

In überwachten Telefonaten soll der KSK-Soldat sinngemäß gesagt haben, der Staat habe die Lage aufgrund der großen Zahl von Flüchtlingen nicht mehr im Griff. Deshalb müssten die Dinge nun selbst in die Hand genommen werden.

In den letzten drei Jahren ist der MAD in insgesamt 60 Fällen dem Verdacht nachgegangen, dass es innerhalb der Bundeswehr Reichsbürger gibt. „In keinem der bislang abgeschlossenen Verdachtsfälle haben sich die Informationen derart bestätigt, dass eine Einstufung der jeweiligen Person als ‚Extremist in der Bundeswehr‘ vorgenommen wurde“, heißt es da. Weiter heißt es: „Keiner der Verdachtsfälle führte zur Entlassung eines der betroffenen Soldaten.“

und das noch: Reservistenverband

Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr verleiht Ehrennadeln in Bronze, in Silber und in Gold an besonders engagierte Mitglieder. Erst kürzlich wieder in Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern. Empfänger der goldenen Nadel: Thomas K., Hauptfeldwebel der Reserve.

K. war es, bei dem sich bei einer Kontrolle seiner Dienstfestplatte am 23. Januar 2014 Musikdateien mit eindeutigen Namen fanden: „Rassenhass – Titel 5.mp3“ beispielsweise oder „Arisches Blut – Hitlers 100. Geburtstag. mp3“.

Der Reservistenverband der Bundeswehr organisiert Wehrübungen und Veranstaltungen für rund 115.000 ehemaligen Soldaten in Deutschland. Reservisten sind nur dann der Bundeswehr zugehörig, wenn sie für Übungen oder Einsätze einberufen sind. Die meisten engagieren sich ehrenamtlich, manche sind angestellt, so wie Thomas K. Sie gehen auf Kasernengeländen ein und aus und tragen Uniform.

Der Reservistenverband hatte sich trotz der Ehrung des Nazis Thomas K. entschlossen, die Männer aus dem Uniter-Umfeld aus dem Verband auszuschließen. Zwei zogen dagegen vor Gericht und bekamen recht – sogar der Rechtsanwalt Hammer, der Listen mit politischen Gegnern zu deren Tötung angelegt hatte.

Thomas K. darf auch weiter arbeiten. Beim Neujahrsempfang in Neubrandenburg stehen uniformierte Männer mit Fackeln vor der Tollense-Kaserne in Neubrandenburg. Thomas K. ist dabei. Er wurde nicht einmal versetzt. Ebenfalls als Mitglied des Reservistenverbandes dabei: Enrico Komning, AfD-Abgeordneter des Bundestags. Komning ist Mitglied der schlagenden Burschenschaft Rugia in Greifswald, zu denen auch der verurteilte Holocaustleugner Rigolf Henning zählt. Die Burschenschaft verfügt über zahlreiche faschistische Mitglieder.

und dies: LKA-Berlin

Ein LKA-Beamter in Berlin hat Kontakte zu einem Neonazi unterhalten, der an Brandanschlägen beteiligt gewesen sein soll.

Am 16. März 2018 observieren zwei Beamte einer Sicherheitsbehörde den bekannten Berliner Neonazi T. Die observierenden Beamten beobachten, wie T. gegen 20.30 Uhr das Ostburger Eck in Neukölln-Rudow betritt. Das Lokal ist nicht nur eine bekannte Fußball-Kneipe, es galt auch lange als regelmäßiger Treffpunkt der Neuköllner Neonazi-Szene.

Was dann geschieht, überrascht die Beamten. An dem Tisch, an dem T. Platz nimmt, sitzen nicht nur drei Neonazis, sondern auch ein Mann, der ihnen ebenfalls bekannt vorkommt. Allerdings gehört dieser Mann nicht zur Neonazi-Szene, sondern zum Landeskriminalamt. Dort ist der Beamte mit Namen W. in einer Abteilung tätig, die auch für polizeiliche Observationsmaßnahmen zuständig ist. Observationskräfte einer Sicherheitsbehörde beobachten also eine Observationskraft der Polizei beim scheinbar privaten Plausch mit Neonazis - eine brisante Konstellation. Die Beamten geben sich nicht zu erkennen und machen noch eine weitere Beobachtung: Nach kurzer Zeit verlässt der Beamte W. die Fußball-Kneipe - gemeinsam mit T. Beide steigen in das Auto des LKA-Mannes und fahren weg.

Vermutlich war T. am 1. Februar 2018 an dem Anschlag auf den Linken-Politiker Ferat Kocak beteiligt, bei dem sein Auto abgefuckelt wurde. Kocak wurde mehr als ein Jahr lang von T. und dem faschistischen Hooligan P. regelrecht ausgespäht und verfolgt. Beide galten zum Zeitpunkt des Treffens in der Neuköllner Kneipe nicht nur als Hauptverdächtige des Anschlags auf das Auto von Kocak, sondern auch auf das Fahrzeug eines Rudower Buchhändlers, dessen Pkw in derselben Nacht ausbrannte. T. gilt bei Ermittlern ohnehin seit 2016 als Verdächtiger in einer ganzen Serie von Brandanschlägen auf Fahrzeuge von Lokalpolitikern der SPD und der Linken, Gewerkschaftern und weiteren Menschen, die sich gegen Rechts extremismus engagieren. Über Monate werden T. und P. deshalb vom Verfassungsschutz und auch vom Landeskriminalamt observiert und abgehört - ohne Erfolg.

Nach ihrem Einsatz im Ostburger Eck informieren die Beamten der Sicherheitsbehörde ihren Vorgesetzten über das Treffen, der sich danach an die Berliner Polizei wendet. Gegen den Beamten W. wird in der Folge zuerst polizeiintern ermittelt. Später prüft auch die Berliner Staatsanwaltschaft den Fall.

Das Verfahren wird eingestellt.

Und nun?

In klassischer Weise verschafft der sogenannte „Tiefe Staat“ Handlungsmacht über verschiedene Stufen des Ausnahmezustandes. Nazi-Prepper sind deswegen die perfekten Täter_innen. Die Mitglieder der Organisationen des tiefen Staates wurden schon immer aus militärischen Spezialeinheiten, Geheimdiensten und faschisti-

schen Organisationen rekrutiert. Das passt wie die Faust aufs Auge. Die Fäden des Nazi-Prepper-Netzes wurden in den 90ern gesponnen und reichen von einfachen Bullen über den KuKluxKlan, dem NSU, zu den Geheimdiensten, dem Militär, der AfD bis zu einfachen Dorf-Nazis.

Dabei sind einzelne Teile politisch und paramilitärisch streng organisiert. Andere sind nur lose informell miteinander verbunden. Es ist sicherlich kein Zufall das die Fäden von einer BFE-Einheit über VS, KSK, MAD, LKA, Bundespolizei, AfD, Reichsbürgern zum NSU und den Nazi-Prepper-Todesschwadronen führen. Nicht ohne Sinn, wurde nach dem Auffliegen des NSU von den deutschen Geheimdiensten flächendeckend Material vernichtet. Die Verstrickung und Beteiligung von Geheimdienstleuten bei deren Morden ist offensichtlich und in Teilen bekannt. Nicht umsonst war der Rassist und Rechtsextremist Maassen lange Jahre Chef des Bundes-Verfassungsschutzes. Wir sehen aber auch, dass die gesellschaftliche und institutionelle Einflussnahme der Faschisten innerhalb staatlicher Organe umstritten ist. Es scheinen verschiedene Machtzentren um Einfluss zu ringen. Auf der einen Seite versuchen Behördenteile in klassischer Weise demokratische Rechtsstaatsprinzipien durchsetzen zu wollen. Auf der anderen Seite unterstützen Teile, vor allem der Exekutive, direkt Faschisten. Es ist bemerkenswert, dass es keine Klarheit darüber gibt, wie die Machtverhältnis tatsächlich aussehen. Ein offensiv demokratischer Staat würde keine Unklarheit zulassen. Was aber die staatlichen Akteure eint, ist das Bemühen um Vertuschung. Wir wissen aus der Beschäftigung mit dem NS, dass gilt: Wer schweigt, stimmt zu.

Das Erstarren der AfD und des national-konservativen Flügels der CDU lässt uns bangen. Letzterer hatte bereits bis Ende der 1980er Jahre enge Verbinden zu den Nazi-Wehrsportgruppen und den von ihnen dominierten Stay-Behind-Strukturen der NATO. Die Verbindungen der AfD zu den radikalen schwerbewaffneten Faschist_innen sind hinlänglich bekannt.

Wir sind zur Zeit nicht in der Lage, eine tatsächliche Analyse zu schreiben - hoffen auch, dass es andere übernehmen werden, die mehr Ahnung von den faschistischen Strukturen haben. Wir haben ja nur gesammelt, was hier da da zu finden war. Aber es sollte Allen bereits daraus klar werden, dass all die Enthüllungen nur die klitzekleine Spitze eines Eisberges sind. Eine tödliche faschistische Gefahr droht, wenn es staatliche Instabilität gibt, die nicht von anderer Seite politisch und praktisch gefüllt werden kann. Soviel ist klar. Das müsste doch Einfluss auf unsere Analysen und unseren politischen Kampf haben. Wir denken drüber nach und hoffen, dass es auch andere machen.

Anarchist_innen xs

Repression

Update zur Kriminalisierung des Graffitis am AJZ Bielefeld - April 2019

Der Vorstand erhielt nun einen Strafbefehl in Höhe von 3.000 EUR wegen Nichtentferns.
Wir werden uns auch juristisch zur Wehr setzen.
Seid solidarisch!

Erklärung des AJZ Bielefeld zur Kriminalisierung des Halim-Dener-Graffiti

Am 30.06.1994 wurde Halim Dener in Hannover beim Plakatieren von der Polizei erschossen. Der tödliche Schuss traf den 16-jährigen Kurden in den Rücken während er Plakate mit dem Symbol der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) aufhängte.

Schockiert und wütend über diesen Mord, malte ein junger Sprayer ein Gedenk-Graffiti auf den Rollladen vom Infoladen Anschlag an der Heeperstr. 132 im Gebäude des AJZ(Arbeiter*innenjugendzentrum) Bielefeld. Auf dem Bild zu sehen: „Ermordet von Bullen“, „Dieses Jahr in Hannover“, „Ich hoffe das ich nie von Bullen beim Sprühen erschossen werde“ und ein Portrait von Halim Dener.

Dieses Bild, das wir jedes Mal sehen, wenn wir ins AJZ gehen, ist für uns wichtig. Es erinnert an den Mord. Es lässt uns nicht vergessen, wie es in diesem Staat zugeht. Es ist nicht irgendein Graffiti, sondern eines, das seit 23 Jahren nicht übermalt, sondern erhalten wurde. Das Bild ist auch ein Gruß an unsere kurdischen Freund*innen, die von der Repression des deutschen Staates häufig heftiger getroffen werden als wir.

Nun fordert uns die Polizei Bielefeld nach mehr als zwei Jahrzehnten auf, das Bild zu entfernen, da es für sie eine Straftat darstellt. In einem Schreiben wurde mitgeteilt, dass von einer Strafverfolgung abgesehen werde, wenn das Graffiti bis zum 23.02.2018 entfernt werden wird. Laut Anschreiben der Polizei ist auf dem Bild ein verbotenes Symbol der kurdischen Organisation CDK (Demokratische Gemeinschaft Kurdistans) zu sehen. Die CDK, die es seit dem Jahr 2004 gibt, soll die Nachfolgeorganisation der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) sein, deren Symbol der grüne Kreis, mit gelber Fläche und rotem Stern, war. Die ERNK wurde im Zuge des Verbots der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) im November 1993 ebenfalls verboten. Angesichts der Entwicklungen in der Türkei, die immer mehr in eine faschistische Diktatur umgestaltet wird, der Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit sowie der aktuellen Angriffe der Türkei im Norden Syriens, bei denen hauptsächlich kurdische Menschen und Strukturen getroffen werden sollen, empfinden wir das Vorgehen der Bielefelder Polizei und Staatsanwaltschaft als zynisch.

Diese Vorgehensweise entspricht der langjährigen politischen Praxis der deutschen Bundesregierung, die nur zaghaft Kritik am Vorgehen des türkischen Staates und seinen Menschenrechtsverletzungen äußert und den Bruch

mit dem türkischen Regime tunlichst vermeidet. Gilt es doch die „guten“ Beziehungen zu der Türkei zu wahren. Gemeint sind damit hauptsächlich Geschäftsbeziehungen und das Aufrechterhalten des so genannten Flüchtlingsdeals mit der Türkei.

Die Bundesregierung stimmt Waffendeals mit dem türkischen Staat zu und verhandelt über den Bau von deutschen Waffenfabriken in der Türkei. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass die Aufrüstung deutscher Panzer in der Türkei vorübergehend ausgesetzt wird, weil genau mit diesen Waffen der Angriffskrieg gegen den selbstverwalteten Kanton Afrin geführt wird. Ein solcher vorübergehender Stopp der Aufrüstung ist Augenwischerei, denn aufgrund der militärischen Angriffe, die seit Jahren gegen die Bevölkerung in den kurdischen Gebieten im Osten der Türkei geführt werden, war von vornherein klar, dass auch diese Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung in oder außerhalb der Türkei eingesetzt werden würden.

Der deutsche Staat biedert sich seinem türkischen Nato-Verbündeten an, in dem er unter anderem dafür sorgt, dass die Kritik an der Türkei in Deutschland nicht zu laut wird. So wurden am 02.03.2017 die Verbote vom November 1993 ausgeweitet. Betroffen davon sind unter anderem ebenso Symbole der kurdischen Hochschulgruppen YXK (Verband der Studierenden aus Kurdistan) und JXK (Studierende Frauen aus Kurdistan), wie diverse andere kurdische Vereine und Organisationen, die nicht verboten sind. Des Weiteren fallen unter das Verbot die Symbole der zuvor im Kampf gegen den Islamischen Staat als Held*innen gefeierten YPG (Volksverteidigungseinheiten) und YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) sowie das Konterfei von Abdullah Öcalan. Außerdem gibt es zahlreiche Strafverfahren gegen kurdische und türkische Aktivist*innen in Deutschland.

Die deutsche Polizei macht sich zum Handlanger türkischer Interessen, wenn Personen, die auf der Liste der Türkei stehen, in Deutschland festgesetzt und verhört werden. Wenn Personen, die aus der Türkei fliehen, fürchten müssen, von Deutschland wieder in die Türkei abgeschoben zu werden. Und so führt die Polizei auch den Krieg der Türkei mit den Mitteln der Repression in Deutschland fort. Unsere Solidarität gilt den Menschen in Syrien, Kurdistan und der Türkei, die sich autoritären Regimen entgegenstellen und für eine gerechte Gesellschaft kämpfen.

Solidarität mit der YPG und YPJ!
Keine Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes!
Weg mit dem Verbot der PKK!
Hände weg von unserem Graffiti!
In Gedenken an Halim Dener - ermordet von Bullen!
Die Hausversammlung des AJZ Bielefeld im Februar 2018

Solidarität mit den in Belgien verfolgten Anarchist*innen

autonomen den haag, übersetzte von abc wien

Heute haben wir vier Banner an verschiedenen Orten in Den Haag, Niederlande, aufgehängt, in Solidarität mit den Anarchist*innen, die in Belgien verfolgt werden. Hunderte von Flyern wurden ebenfalls verteilt.

Ab 2008 begann der belgische Staat groß angelegte Ermittlungen, die – immer ohne Zugeständnisse – auf verschiedene Kämpfe abzielte, die sich gegen Haftanstalten, Grenzen, Gefängnisse und die Welt der Autorität und Ausbeutung richtete. Im Fadenkreuz: die anarchistische Bibliothek Acrata, anarchistische und antiautoritäre Publikationen (Hors Service, La Cavale und Tout doit partir), dutzende von Flyern und Postern, mehr als hundert Aktionen, Angriffe und Sabotagen... mit anderen Worten der Kampf gegen die Macht in all ihren verschiedenen Ausdrucksformen.

Ursprünglich der "Beteiligung an einer terroristischen Gruppe" angeklagt werden 12 Gefährt*innen schließlich unter dem Vorwurf der "kriminellen Vereinigung" in der Woche vom 29. April 2019 vor Gericht gestellt.

Ende 2008, inmitten diffuser Auseinandersetzungen, die durch die Aufstände in Griechenland nach der Ermordung von Alexis durch die Polizei ausgelöst wurde, leitet die belgische Bundesanwaltschaft eine Untersuchung gegen Anarchist*innen und Anti-Autoritäre ein. Auf der Grundlage einer Liste von Aktionen, die die Polizei der "anarchistischen Bewegung" zuschreibt, und während der Kampf gegen den Bau eines neuen Gefangenenlagers in Steenokkerzeel läuft, wird die Untersuchungsrichterin Isabelle Panou 2010 mit der Ermittlung beauftragt, die nun unter die Anti-Terror-Richtlinie fällt. Erst im Mai, dann im September 2013, finden im Rahmen dieser Untersuchung ein Dutzend Hausdurchsuchungen statt, die verschiedene Häuser sowie die anarchistische Bibliothek Acrata in Brüssel betrifft. In diesem Zusammenhang taucht zum ersten Mal der Begriff der Anti-Terror-Ermittlung auf. Diese Untersuchung wird von der Anti-Terrorabteilung der föderalen Kriminalpolizei mit Unterstützung der Staatssicherheit und des Allgemeinen Nachrichten- und Sicherheitsdienstes der Armee sowie verschiedenen Antiterrorgruppen anderer europäischer Länder geleitet. Die Untersuchung wird 2014 abgeschlossen und gipfelt in der Einreichung der Anklageschrift gegen zwölf Anarchist*innen und Antiautoritären bei Gericht.

In dieser Untersuchung hat die Bundesanwaltschaft versucht, nicht weniger als 29 individualisierte Anklagen zu erheben. Neun Gefährt*innen wird vorgeworfen, einer terroristischen Organisation anzugehören und mehr oder weniger lange Zeit an terroristischen Aktivitäten beteiligt gewesen zu sein. Drei von ihnen werden beschuldigt, die "Anführer" zu sein. Darüber hinaus werden drei weitere Personen, die nach einem Angriff auf die Polizeistation

von Marolles, Brüssel, verhaftet wurden, beschuldigt, einen Tag lang dieser terroristischen Gruppe angehört zu haben, sowie verschiedene Anklagen im Zusammenhang mit dem Angriff. Dies sind die allgemeinen Vorwürfe.

Ergänzt werden sie dann durch konkretere Anschuldigungen wie die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration außerhalb der Haftanstalt 127bis in Steenokkerzeel (von den Staatsanwälten in "versuchte Brandstiftung" und "terroristische Straftat" umgewandelt), die Vorbereitung und Teilnahme an einem Angriff auf die Polizeistation in Marolles (von der Staatsanwaltschaft als "terroristischer Akt" bezeichnet), mehrfache Angriffe und Verwundungen von Polizeibeamten*innen, Behinderung der öffentlichen Straßen, Schäden in unterschiedlichen Formen, Ladendiebstahl, Brandstiftung an Fahrzeugen der Gefängniswärter*innen auf dem Parkplatz des Gefängnisses Iltre, Anstiftung zu terroristischen Straftaten.... Es sei darauf hingewiesen, dass diese spezifischen Anschuldigungen jeweils auf bestimmte Gefährt*innen gerichtet sind, d.h. nicht jede*r ist wegen allen Vorwürfen angeklagt.

Hintergrund dieser seit mehreren Jahren andauernden Untersuchung, die nicht weniger als 32 Kisten mit Falakten hervorgebracht hat, ist, dass die Bundesanwaltschaft davon ausgeht, dass insbesondere in Brüssel eine "anarchistische terroristische Gruppe" aktiv wäre und die Angeklagten an diesen Aktivitäten "mitgewirkt" oder sie "begünstigt" hätten. So hat sie beispielsweise eine Liste von etwa 150 Angriffen, von denen eine ganze Reihe Brandsätze gegen die Herrschaftsstrukturen, Polizeistationen, Gerichte, Banken, Unternehmen, die sich im Geschäft der Inhaftierung bereichern, Baustellen, Diplomatenautos, Eurokraten und NATO-Beamte, Mobilfunkantennen sind.... Alle diese Angriffe fanden zwischen 2008 und 2013 in Brüssel und Umgebung statt.

Die Erfindung einer terroristischen Gruppe, die für all diese Fakten verantwortlich wäre (wenn auch nur durch die Tatsache, sie "ermöglicht zu haben"), lässt weit her-



geholt Spekulationen für die Anklage zu: Eine Bibliothek wird zum Rekrutierungsort, Diskussionen werden zu heimlichen Treffen, Flugblätter und Zeitungen anarchistischer Kritik werden zu urbanen Guerillahandbüchern, Demos und Kundgebungen werden zu Aufrufen zum Terrorismus, die Affinitätsbindungen zwischen Menschen im Kampf und der daraus resultierenden Selbstorganisation werden zu "einer strukturierten terroristischen Gruppe". Die Erfindung einer "anarchistischen Terrorgruppe" ist offensichtlich ein eher ungeschickter Versuch des Staates, die antiautoritäre und revolutionäre Subversion auf die Arbeit einer einzigen "strukturierten Gruppe" zu reduzieren. Mit dem Versuch, eine Handvoll unbequemer Anarchist*innen hinter Gitter zu bringen, zielt der Staat darauf ab, die Widerständigen davon abzuhalten, direkt gegen das vorzugehen, was uns unterdrückt und ausbeutet, und alle Wünsche, Möglichkeiten und kritischen Überlegungen, die mit dieser autoritären Welt kollidieren, vollkommen zum Schweigen zu bringen.

Was also auf dem Prüfstand steht, ist ein Mosaik aus Kämpfen, Revolten, Ideen, direkten Aktionen, Kritik, revolutionären Vorstellungen, Agitationen, die seit Jahren versuchen, die Herrschaft anzugreifen. Dabei betrifft der mögliche Gerichtsprozess nicht nur die Angeklagten, sondern auch jede*n Einzelne*n, jede*n Anarchist*in, jede*n Revolutionär*in, jede*n Rebell*in gegen die Ordnung, jede*n Ungehorsame*n gegenüber der Autorität, der*die sich weigert, angesichts von Ausbeutung und Unterdrückung träge zuzusehen. Im Visier ist die Suche nach selbstbestimmtem Handeln, Selbstorganisation im Kampf, direktes Handeln in all seiner Vielfalt, die Entscheidung, anarchistische und revolutionäre Ideen zu verteidigen und zu verbreiten, um zusammen mit anderen Rebell*innen an selbstorganisierten und autonomen Kämpfen teilzunehmen. Und schließlich, ohne jeden Zweifel, ein kämpferischer Ansatz des Anarchismus, der vom Individuum, der Affinität, der Informalität ausgeht.

Es wäre absurd, die Repression, die heute einige Anarchist*innen und Antiautoritäre trifft, von all der Repression zu trennen, die versucht, (oft präventiv) jede Kritik an



der etablierten Ordnung und dem Aufstand zu unterdrücken. Mit "terroristischen Bedrohungen", Flüchtlingskrise, Verbrechensbekämpfung und sehr realen Kriegen läuft die staatliche Repression heute auf Hochtouren. In einer Zeit, in der sich die Gründe für soziale Konflikte immer schneller verschieben, ist die Neutralisierung aller, die ihr Denken und ihre Pläne stören, Teil eines Prozesses, der auf die Ausgebeuteten und Unterdrückten abzielt: die Verhärtung der Überlebensbedingungen, die Militarisierung der Grenzen, die Einführung einer massiven technologischen Kontrolle, der Bau neuer Gefangenenlager usw.

Sich gegen diesen repressiven Schlag zu verteidigen, der Gefährt*innen unter dem Vorwurf des Terrorismus vor Gericht bringen will, bedeutet, jede Möglichkeit und jeden Raum anarchistischen und antiautoritären Handelns zu verteidigen. Und sich durch die Solidarität mit den beschuldigten Gefährt*innen der staatlichen Repression, die darauf abzielt, alle subversiven Aktionen zu lähmen, zu widersetzen.

Wenn der Kampf für die Freiheit ein Verbrechen ist, wäre die Unschuld wirklich das Schlimmste von allem.

Einige Gedanken nach dem Prozess gegen Anarchisten in Belgien

Ein Statement eines der Angeklagten Gefährten:

Zusammen mit einigen anderen Anarchisten wurde ich vor ein belgisches Staatsgericht geladen, das mich hauptsächlich beschuldigte, Teil dessen zu sein, was zu Beginn der langen Untersuchung als "terroristische Organisation" bezeichnet aber schließlich als "kriminelle Vereinigung" neu eingestuft wurde. Ich schreibe diese Zeilen nicht um einen indirekten Dialog mit staatlichen Institutionen einzuleiten oder meine Lebensgeschichte zu erzählen, sondern

einfach um den Schleier des Schweigens aufzubrechen, den der Staat möglicherweise auf Überzeugungen werfen möchte.

Die Revolte gegen die Macht, der Kampf um die Freiheit, hat die Menschheitsgeschichte immer begleitet. Um es besser auszudrücken, der etablierten Macht zu trotzen, ist meiner Meinung nach das Herzstück der Menschheitsgeschichte auf der Erde und angesichts der gegenwärtigen titanischen Gesellschaft, die in Blut, Leid, Verzweif-

lung und unsäglichen Tragödien versinkt, ist es ziemlich paradox. Es gibt eine schöne griechische Tragödie, die das Problem der Revolte, die Unvereinbarkeit zwischen Staat und Gewissen, zwischen Zwang und Freiheit, zwischen Recht und Ethik beleuchtet.

Es ist die Geschichte von Antigone, der Tochter des Königs Ödipus. Antigone wurde von ihrem Onkel Kreon zum Tode verurteilt, da sie sich weigerte zu gehorchen und sich nicht der Macht unterwerfen wollte. Antigone, die die Verlobte des Sohnes Kreons war, beging daraufhin Selbstmord. Dies wiederum führte zum Suizid Kreons Sohn und darauf folgend seiner Frau. Sie weigerte sich, sich den Gesetzen dieser Welt, den Gesetzen der Menschen zu beugen und wollte nur den "göttlichen Vorschriften" folgen.

Es ist offensichtlich, dass die Götter nur im menschlichen Gehirn existieren, so wie die göttlichen Gesetze; das wahre Wesen dieser Tragödie ist die Revolte gegen die etablierte Macht. Letztendlich sind die "göttlichen Vorschriften", nach denen Antigone ihr Leben führen wollte, einfach die Echos des Gewissens und die ethischen Konsequenzen, die sich aus ihnen ergeben. Auf das Gewissen zu verzichten um der Macht zu gehorchen bedeutet, nicht mehr als Individuum zu existieren. Wie kann es sein, dass das Gewissen nicht sofort mit dem menschlichen Gesetzen in Konflikt gerät?

Gesetze werden erlassen, um die Macht an Ort und Stelle zu halten, als die Ordnung der Dinge. Die Mächtigen, die Richter, die Reichen (aber leider auch einige ihrer Untertanen) werden sagen, dass Gesetze zum Wohle aller existieren. Dass sie Ausdruck – wahrscheinlich unvollständiger – sozialer Gerechtigkeit sind und dass sie in all ihrer Unvollkommenheit notwendig bleiben, um den "Krieg aller gegen alle" zu verhindern. Antigone wusste, dass all dies nur Klatsch und Tratsch war, um die Ungläubigen einzuschläfern und das Prinzip der Macht, der Autorität zu legitimieren.

Diese Gesetze, diese Ausdrücke – im "besten Fall" – der bestehenden sozialen Beziehungen, sind Konstruktionen, die auf einem riesigen Meer aus Blut errichtet wurden, welches sich Tag für Tag weiter füllt. Millionen von Menschenleben wurden im Namen des Gesetzes ausgelöscht. Millionen weitere werden im Namen des Gesetzes zur Sklaverei verurteilt. Wir haben getötet, massakriert, verstümmelt, eingekerkert, verbrannt, im Namen des Gesetzes bombardiert; wir töten, wir massakrieren, wir knasten ein, wir verbrennen, wir bombardieren im Namen des Gesetzes.

Wenn sich das individuelle Bewusstsein nicht gegen die Gesetze der Menschen erhebt, wenn die Stimme des Bewusstseins zum Schweigen gebracht wird und der Körper und Geist sich dem Gehorsam ergeben, wenn die individuelle Ethik nicht zu einem Stein in der menschlichen Flut wird, können wir nur Aufgeben und wir können die Schrecken dieser Rechtswelt beobachten, von Konzentrationslagern bis hin zu Isolationsstrafen, von

schmutzigen Kriegen bis hin zu humanitären Kriegen, von verräterischer Ausbeutung bis hin zur bitteren Dummheit des Menschen durch die technologischen Prothesen, von Abschiebelagern bis hin zu den massiven Ertränkungen im Mittelmeer.

Der Mythos der Antigone ist eine Tragödie. Die Revolte ihres Gewissens gegen die vom König verkündeten Gesetze, beruhte nicht auf Zwang oder der Auferlegung eines anderen Modells- auf Machthunger- sie beruhte nur auf ihrer individuellen Überzeugung, der Ethik, die für ihr Wesen konstitutiv war.

Heute werden Anarchisten vor die Gerichte des belgischen Staates gezerrt, weil sie eindeutig jene Gesetze nicht einhalten wollen. Anarchisten sind gegen die Gesetze, das ist offensichtlich. Nicht gegen dieses oder jenes mehr oder weniger unfaire Gesetz, sondern gegen den Grundsatz des Gesetzes. Für Anarchisten konzipiert sich das Zusammenleben nur über das individuelle Bewusstsein jedes Einzelnen und nicht von der Nötigung, der Auferlegung und Autorität, die der Staat und der Kapitalismus heute verkörpern.

Aber es gibt etwas noch Schlimmeres an Anarchisten. Sie brechen nicht nur die Gesetze, sondern richten sich nur nach ihrer eigenen Überzeugung und Ethik und nicht nach dem Strafgesetzbuch, nein. Sie gehen weiter: Sie brechen die Gesetze nicht, weil sie wie die Reichen leben wollen, weil sie Macht über andere haben wollen, weil sie die Staatsmacht ergreifen wollen. Nein, sie brechen sie, weil sie gegen alle Gesetze, alle Auflagen, alle Staaten, ob demokratisch, religiös, sozialistisch, faschistisch, diktatorisch oder republikanisch sind. Außerdem besitzen sie noch die Arroganz zu glauben, dass sie das Recht dazu haben.

Das ist ihr Verbrechen, das kein Staat ihnen je verzeihen kann: Anarchisten wollen die Zerstörung des Staates, eines jeden Staates und das Ende der Ausbeutung. Was spielt es also für eine Rolle, die juristischen Labyrinth des Staates ausgenommen, ob Anarchisten dieses oder jenes angegriffen haben? Sie sind sowieso schuldig. Schuldig, der Stimme ihres eigenen Gewissens und nicht dem Gesetz zu folgen. Schuldig, gegen den Staat und den Zustand der Dinge zu rebellieren. Schuldig, den Ausgebeuteten und Unterdrückten Vorschläge zu unterbreiten und selbst den Weg der sozialen Revolution einzuschlagen, um die bestehenden sozialen Beziehungen radikal zu verändern. Schuldig, dass sie über die Kühnheit, Mut und Intelligenz verfügen, um die Herrschaft zu untergraben und mit allen Mitteln anzugreifen, die sie für ihre Zwecke für angemessen halten, auch wenn sie allein oder in kleiner Zahl sind und wenn alles und jeder sie abschrecken will.

Anarchismus ist der Gedanke und das Handeln, das auf die Zerstörung des Staates, die Zerstörung aller Institutionen, die Zerstörung des Kapitalismus, sowie seiner Güter und seiner Lohnarbeit, die Zerstörung von allem, was wenigen Personen erlaubt, alle anderen auszubeuten,

drängt. In der Geschichte der Feindseligkeiten zwischen Anarchisten und Staaten gibt es nichts Klassischeres als den Vorwurf der "kriminellen Vereinigung". Es ist ein sehr formbarer Rechtsbegriff, der allen Kontexten angepasst ist. Eine repressive Folge des Staatsprinzips, das von den italienischen Faschisten gut zusammengefasst wurde: "Alles im Staat, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat." Denn die einzige vom Staat zugelassene Organisation ist die eigene Organisation, die ihrer Macht mit ihrer Verwaltung, ihren Kasernen, ihren Polizisten, ihren Wachen, ihren Kontrolleuren, ihren Managern.

Alles andere, alles was potentiell außerhalb des Staates liegt, wird entweder toleriert weil es nicht schädlich ist (wie es bei vielen sozialen oder kulturellen Vereinigungen der Fall) oder gefördert, weil es integrierbar ist (wie es bei Bürgerausschüssen, Parteien oder Gewerkschaften der Fall). Alles andere wird, früher oder später, als "kriminell" eingestuft. Tausende von Anarchisten wurden in den letzten 150 Jahren als "Kriminelle" angeklagt und verurteilt. Je nach den aktuellen Bedürfnissen der Strafverfolgungsbehörden kann diese Anschuldigung leicht auf sämtliche Menschen angepasst werden.

Nach dem Aufruhr, der die Pariser Bourgeoisie Ende des 19. Jahrhunderts erschütterte, reichte es aus ein anarchistisches Flugblatt zu besitzen um als Mitglied einer "kriminellen Vereinigung" verurteilt zu werden und so Gefahr zu laufen, ins Gefängnis von Guyana verbannt zu werden. Im Grunde genommen hat sich heute nichts geändert: Anarchisten stören, so wenige sie auch sein mögen und werden deshalb vor die Gerichte gezerrt, als die Verbrecher, die sie sind.

Außerdem ist es kein großes Geheimnis: Die Anarchisten widmen sich auf die eine oder andere Weise der Zerstörung einer Welt der Unterdrückung und Ausbeutung. Indem sie Alltägliches und Vorurteile zerstören, indem sie den Glauben an Autorität zerstören, indem sie die Strukturen zerstören, in denen Macht verwirklicht wird, indem sie auch Menschen kritisieren, die für die Gräueltaten verantwortlich sind, die die Wurzel dieser Welt darstellen. Alle Anarchisten, entsprechend ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten. Aber ja, am Ende sind sie alle schuldig die Autorität zerstören zu wollen!

In diesem Zusammenhang und wie jemand am Voraubend der Verkündung der Schurkengesetze in Frankreich sagte- die darauf abzielten die Verbreitung anarchistischer Ideen in einer Zeit einzudämmen, in der das Schwarzpulver der Rache und sozialen Gerechtigkeit überall war:

"Die Bücherstandbesitzer entlang der Seine in Paris, als sie neulich Morgens ihre Auslagen aufbauten, sagten sich mit ihrem gesunden Menschenverstand: Es besteht kein Zweifel, wir wollen die Fundamente unserer jahrhundertalten Denkmäler untergraben, wir stehen vor einer neuen Handlung. – Kommt schon, kommt schon, mutige Ladenbesitzer! Ihr wandert durch die Ebenen des Absurden. Denken Sie ein wenig an die Tatsache, dass die

Verschwörung, von der Sie sprechen, nicht neu ist; wenn es darum geht, die von Würmern gefressenen Gebäude der Gesellschaft die wir hassen, niederzuwerfen, dann ist dies nicht neu. Das ist unsere langjährige Verschwörung!"
Zo d'AXA, Détruire passionnément!

Vor den Gerichten um Gnade oder Mitleid zu bitten würde daher bedeuten, das Verbrechen zu leugnen, für das ich vorgeladen wurde. Die Tatsache, unbestreitbar und ordnungsgemäß bewiesen durch die Überwachung von Polizei- und Geheimdienstbluthunden, dass ich wirklich das bin was sie beweisen wollten, dass ich ein Anarchist bin – ein erklärter Staatsfeind, ein Liebhaber der Freiheit.

Was soll ich im Übrigen über die Jahre des Kampfes sagen, die ich mit anderen Rebellen und Anarchisten teilen konnte? Ganz wichtige Mittel der Überwachung wurden eingesetzt, um diejenigen Anarchisten zu identifizieren, aufzuzeichnen, aufzuspüren und – möglicherweise – zu fangen, die sich der Macht widersetzen. Sie widersetzen sich, indem sie ihre Kritik verbreiteten, sich an sozialen Kämpfen und Konflikten beteiligten und die Notwendigkeit von Revolten und direkten Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Gefangenschaft und Sklaverei verteidigten. Die Polizei schlich sich in die Häuser der Gefährten, um dort versteckte Kameras und Mikrofone zu installieren, verfolgte sie, schickte Undercover-Leute zu ihren Initiativen, analysierte die Worte die sie in ihre Agitationsblätter schrieben, las ihre Post und hörten ihre Telefongespräche ab. Die Polizei hat sich mit ihren Kollegen über Staatsgrenzen hinweg koordiniert, sie haben mit der Staatssicherheit und dem militärischen Geheimdienst zusammengearbeitet. Und vor allem haben sie, und wie ich mir vorstelle ziemlich hilflos, kontinuierlich eine lange Reihe Sabotagen und vielfältige Angriffe durch die Bemühungen anonymer Rebellen erlebt. Direkte Aktionen, welche auf Ziele ausgerichtet waren und sind, von denen auch ich glaube, dass sie jeglicher Freiheit schaden und für Ausbeutung und Unterdrückung verantwortlich sind.

Vielleicht hatten sie es irgendwann satt und anstatt die unbekanntes Täter dieser Sabotage und Angriffe, die sich in alle Richtungen weiter vervielfachten, weiter zu jagen, blickten sie auf die Berge von Papieren, Berichten, Abhörgeräten, gesammelten Abhörmaßnahmen.... ohne zu wissen, was sie in der Gerichtssprache sagen sollen. So kam den Polizisten der anti – anarchistischen Zelle und den Richtern der Bundesanwaltschaft das gute alte Rezept zu Hilfe: Anstatt Beweise für ihre mögliche Beteiligung an diesen Anschlägen zu sammeln, sollten wir uns darauf beschränken, sie der Zugehörigkeit zu einer "Organisation" zu beschuldigen. Zuerst Terrorist, um die Sauce zu würzen; heute Kriminelle um leichter eine Verurteilung zu erreichen.

Eine Organisation ohne Namen, ohne Strukturen und ohne Mitgliedsausweise. Aber es gibt dennoch eine Organisation, so heißt es, denn es gibt eine anarchistische Bibliothek im Stadtzentrum von Brüssel und anarchistische

Publikationen, von denen Tausende von Exemplaren auf der Straße verteilt werden. Es gibt Kontakte zwischen Anarchisten und anderen ‚feuerfesten‘ Menschen, sowohl auf der Straße als auch hinter Gittern. Debatteninitiativen, Kundgebungen, kleine Demonstrationen, die unbestreitbar die Beteiligung von Anarchisten aufwiesen.

Dieser Fall – als das Ergebnis sechsjähriger Ermittlungen – ist auf juristischer Ebene so schwach, dass er nur als erbärmlicher Versuch angesehen werden kann, eine Handvoll Anarchisten anzugreifen. Und dies, indem man sie über die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie die absurde Anschuldigung hinaus verfolgt, ein Anarchist, ein Autoritätsfeind, ein Anführer zu sein, um sie dann für geringfügige Straftaten, die kein starkes Rechtsargument erfordern, wie beispielsweise Straßenkämpfe und wilde Demonstrationen zu verurteilen.

Natürlich auch um andere abzuschrecken, einige offene Rechnungen zu begleichen und wiedereinander ein einfaches Rechtsinstrument (kriminelle Vereinigung) zu nutzen, um jede subversive Absicht zu unterdrücken.

Auch aus diesem Grund weise ich alle gegen mich erhobenen Anschuldigungen zurück, weigere mich, mich für unschuldig oder schuldig zu erklären und ich habe beschlossen, nicht einmal an diesem Prozess teilzunehmen. Wenn sie einen Anarchisten verurteilen wollen, weil es ihre Aufgabe ist, weil sie am Ende mit mehr oder weniger Erfolg, aber immer ihren Vorgesetzten und dem Grundsatz des Staates- der ihre Religion darstellt- zu gehorchen, dann sollen sie es tun: Sie haben meinen Namen

tausendfach auf die Berge von Papieren in ihren Aktenordnern geschrieben.

Aber im Gegensatz zur Tragödie von Antigone, die- von ihrem eigenen Onkel ins Gefängnis geworfen – Selbstmord beging und anstatt sich zu verbeugen und zu verzichten, kann ich auf meine mögliche Verurteilung nur mit einem Versprechen voller Lebenskraft antworten: Ich werde mich nicht heute oder morgen den Gesetzen der Menschen beugen und ich werde weiterhin, in Übereinstimmung mit meinem Gewissen und meiner Sensibilität, meinen eigenen Weg des Kampfes für die Anarchie beschreiten.

Laurent, [1/05/2019]



Die Freiheit kommt immer mit einem Messer zwischen den Zähnen

Schaut um euch, aber tut es mit euren eigenen Augen. Seht ihr, wie der Planet zu einer gigantischen industriellen Müllhalde wurde? Seht ihr, wie die Staaten den Geist ersticken und die Kriege und Massaker überallhin bringen? Seht ihr, wie alles um uns herum auf der Ausbeutung und der Unterdrückung von Milliarden von Menschen beruht? Könnt ihr die Millionen von Toten dieses riesigen Blutbades noch zählen, auf dem diese Welt seine Wolkenkratzer, seine Supermärkte und Fabriken erbaut hat? Die Hungertoten, die Ertrunkenen, die Massakrierten, die Bombardierten, die Verstrahlten, die Gefolterten, seht ihr sie, all die aufgetürmten Kadaver?

Vielleicht. Aber alles wird dafür getan, dass ihr nichts von all dem seht. Ihr werdet ausgebeutet bei der Arbeit, bei der ihr Aufgaben ausführt, deren Sinn euch entgeht, ohne die mindeste Befriedigung. Ihr produziert schädliche Dinge, giftige Lebensmittel, Kriegsinstrumente, unnütze Waren. Ihr überwacht eure Mitmenschen, haltet sie an der Leine der Ämter, der Papiere, der Zuschüsse.

Ihr werdet in jedem Moment eures Lebens kontrolliert, im Auge von tausend Kameras und betäubt von tausend Drogen und Ablenkungen. Ihr werdet bis zu eurem Innersten entwürdigt, denn ihr lebt mit, für und dank den technologischen Apparaten, die euch beherrschen. Ihr erstrebt nichts mehr, dass nicht bereits für euch vorformatiert wurde, ihr begehrt nichts mehr, dass ihr nicht bereits über die Bildschirme flimmern saht. Am Ende des Tages gehorcht ihr nur.

Und dennoch seid ihr alle es, an die wir diese Worte richten. Denn auch wir erkennen uns in diesem düsteren Bild wieder. Es braucht Mut, den Dingen in die Augen zu schauen und sich selbst im Spiegel zu betrachten. Was ist aus uns geworden?

Die Feinde der Freiheit sind stark. Der Staat verfügt über mächtige Mittel des Zwangs und der Kontrolle (von der Polizei zur Armee, vom Gefängnis zur Schule, vom Amt zum Gericht). Die Kapitalisten hören nicht auf, die

Ausbeutung weiter zu perfektionieren. Die Forscher fügen unserem technologischen Käfig jeden Tag einen weiteren Gitterstab hinzu. Die Politiker, die religiösen Anführer, die Intellektuellen im Dienste der Ordnung halten die menschliche Herde fest in ihren Händen.

Aber seht ihr, nichts ist komplett verloren. Davon sind wir aus tiefstem Herzen überzeugt. Denn andere Dinge springen ebenfalls ins Auge. Gestern waren es ganze Regionen, die mit dem Schrei der Freiheit rebellierten; heute strömt eine Welle der Revolte über den Hexagon und darüber hinaus. Unkontrolliert starten die Aufständischen ihre Angriffe. Kasernen brennen. Unternehmen brennen. Baustellen von neuen Entsetzlichkeiten brennen. Institutionen brennen. Labore brennen. Funkmasten brennen. Der Zorn zeigt seine Zähne.

Nichts ist komplett verloren. In jedem Individuum verbirgt sich die mögliche Entscheidung zu rebellieren. Alleine oder mit anderen, aber stets in Konfrontation mit der Herrschaft, stets im Kampf. Es ist die Herausforderung der Freiheit, die die verletzte Würde, das niedergetrampelte Leben, der abgeflachte Traum wiederbelebt. Dies ist der Grund, weshalb die Anarchisten kämpfen, diese Feinde jeglicher Herrschaft: die Freiheit zum Leben zu erwecken, die Freiheit, die mit einem Messer zwischen den Zähnen kommt.

Anfang Februar 2019 wurde in der bergigen Schweiz ein Anarchist ins Gefängnis geworfen. Er wird beschul-

digt, zur Revolte gegen die Herrschaft aufgerufen zu haben und gegen den Staat, den Militarismus und den Krieg gehandelt zu haben, insbesondere durch die Inbrandsetzung von zehn Fahrzeugen der schweizer Armee auf der Militärbasis Hinwil im Jahr 2015 sowie eines Funkmastens der Polizei 2016 in Zürich.

Dieser vom Staat als Geisel genommene anarchistische Gefährte ist einer von uns. In Solidarität mit ihm werden wir weiterhin befreiende Gedanken und destruktive Aktionen verbinden, unseren Blick stets auf den Feind gerichtet. In Solidarität mit allen anarchistischen Gefangenen werden wir weiterhin auf dem revolutionären Pfad des einzigen Krieges voranschreiten, für den es sich lohnt zu klämpfen: Der Krieg gegen alle Unterdrücker und Ausbeuter, der Krieg für die Freiheit. Lasst uns der herrlichen Rebellion der Arme und des Geistes Leben einhauchen.

Solidarität mit den anarchistischen Gefangenen
Tod dem Staat

Anarchisten aus Zürich, Franche-Comté, dem elsässer Flachland und dem vogesischen Massiv, la Meuse, Paris und Banlieue, Marseille, Brüssel, Gent, Amsterdam, Barcelona, Berlin, München, Süd-London, den westlichen Alpen, Trieste, Rom, Mailand, Pisa, Neapel, dem Salento, Sizilien, Montréal.

U-haft des Gefährten aus Zürich verlängert

Die Untersuchungshaft des Gefährten, welcher am 29. Januar 2019 verhaftet wurde, wurde anfang Mai um weitere 3 Monate verlängert. Ansonsten hat sich nicht viel an seiner Situation geändert. Er sitzt nach wie vor im Bezirksgefängnis Zürich und die U-Haft wird nach wie vor mit Flucht- und Kollusionsgefahr begründet, wobei die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei.

Nach wie vor kann Post über die anarchistische Bibliothek an den Gefährten gesandt werden.

In einem öffentlichen Brief schrieb der Gefährte auch, was ihn interessiert: „Ich freue mich über Zusendungen von Nachrichten und Analysen über das Weltgeschehen, von anarchistischen Publikationen (Briefumschlag tauglich), sowie natürlich von Briefen von Gefährten und be-

freundeten Bekannten. Ich verstehe Deutsch, Französisch, Italienisch, Englisch und etwas Spanisch und Türkisch. Selbstverständlich beteiligt sich auch die Staatsanwaltschaft beim lesen.“

Adresse:
Anarchistische Bibliothek Fermento
Zweierstrasse 42
8004 Zürich
Schweiz

Bitte schreibt explizit, was weitergeschickt werden soll und was nicht.

FEUER DEN KNÄSTEN! BLAZING REGARDS FROM NOWHERE

Dokumentation:

„Ihr da draußen, du dort drinnen,

Sprache ist immer ungenau, und in diesem Fall gibt es kein passendes Vokabular um wirklich ausdrücken zu können, wie sehr ich euch alle vermisse. Euch da draußen, dich dort drinnen. Wie sehr mich eure solidarischen Worte und entschlossenen Taten beflügeln. Draußen wie drinnen. Wie sehr mein entflammter Hass eurem gleicht, der den dreckigen Gesetzeshüter*innen in Uniform, Robe und Anzug gilt. Wieder einmal haben sie einen engen Gefährten, diesmal aus Zürich, entführt und nehmen sich kaltschnäuzig die Frechheit heraus, ihm mittels ihrer machterhaltenden, kalten Paragraphen seiner Freiheit zu berauben.

Doch du bist nicht allein, sowie auch ich nicht allein bin auf meinem unwegsamen Pfad in der Klandestinität. Denn wir sind verbunden durch die Kraft unserer Ideen und Begierden.

Gefährten sucht der Schaffende und nicht Leichname und auch nicht Herden und Gläubige. Die Mitschaffenden

sucht der Schaffende, die, welche neue Werte auf neue Tafeln schreiben. („Also sprach Zarathustra“, F. Nietzsche)

Ihr da draußen, du dort drinnen und ich im Nirgendwo – wir alle sind zwar unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt, doch verbindet uns der Wille, unsere Würde zu bewahren und allen Entbehrungen zum Trotz unseren Blick weiterhin Richtung Horizont zu richten. Nicht um in Tagträumerei zu verfallen, nicht um melancholisch aus dem Fenster zu schauen wie der real gewordene „Held“ aus einem kitschigen Gangsterfilm – sondern um konkret an unserer subversiven und antiautoritären Perspektive zu feilen. Damit durch unser Zutun der Tag näher rücken möge, an dem wir uns alle auf freiem Fuß, auf freiem Boden und unter freiem Himmel wiedersehen können.

IN EWIGER SOLIDARITÄT
EUER GEFÄHRTE UND MITSCHAFFENDE AUS DEM NIRENDWO

Mai 2019“

Feuer für Knastprofiteur Massak

Dokumentation:

„Laut eigener Aussage ist die Firma „MassakLogistikGmbH“ führendes Unternehmen, wenn es um das Profitschlagen aus den Bedürfnissen von Menschen geht. Werner Massak, der sich in Interviews als Experte für genau diese Bedürfnisse in Szene setzt, gründete die Firma 1993. Ein Unternehmen, das sich nicht dafür versteckt, Spezialist für Gefangeneinkäufe-Ausbeute zu sein.

Normierte Waren des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Tabak, etc.) liefert MassakLogistik zu übersteuerten Preisen hinter die Mauern der Knäste. Da es im Knast für solche Zulieferer keine Konkurrenz gibt, kann die Firma Massak ihre Gewaltherrschaft in diesem System verwirklichen. Ihre Abnehmer_innen, die Gefangenen, werden so der Möglichkeit beraubt selbst zu entscheiden, welche Waren zu welchem Preis sie kaufen wollen.

Das systematische Wegsperrn von Menschen, hier in Form von Gefängnissen, ist eine der deutlichsten Formen alltäglicher Herrschaft und Unterdrückung. Der Staat koordiniert durch u.a. Armut, Erniedrigung und Ausgrenzung, wer gerade weggesperrt gehört. Wer dann weggesperrt ist, kann im Knast noch stärker ausgebeutet werden, als außerhalb der Mauern. Daraus hat sich der Sektor der „Gefangenen-Industrie“ als eine moderne

Form der Sklaverei entwickelt. Nirgends so perfide wie in den USA.

Es lässt uns manchmal erstarren und ohnmächtig fühlen, wenn wir uns die aktuellen Zustände und Entwicklungen bewusst machen. Doch immer wieder besinnen wir uns auf unsere Ideale der Freiheit, Gemeinschaftlichkeit und Solidarität und wir können wieder spüren, das unser Herz noch schlägt. Ohnmacht verwandelt sich in Wut.

Um unsere Wut gegen dieses menschenverachtende System auf praktische Weise auszudrücken, zogen wir in der Nacht auf den 12. Mai los. Durch mehrere Brandsätze ließen wir vier Lastwagen und einen Transporter der Firma MassakLogistikGmbH in Flammen aufgehen.



Die drei Eckpfeiler der Firma, „Qualität, Zuverlässigkeit und ein breites Sortiment“ konnten wir so hoffentlich ins Wanken bringen.

„Qualitativ“ entstand ein Schaden, der das Unternehmen wünschenswerterweise in den Ruin stürzt. „Zuverlässig“ werden wir weiter alle Firmen, die dieses mörderische System am Laufen halten, aufsuchen. Durch unser „breites Sortiment“ von Schriften bis Brandsätzen werden wir unseren Kampf gegen die Feinde der Freiheit fortführen.

Wir beteiligen uns am subversiven Mai in Solidarität mit den gefangenen Genoss_innen in Italien.

Für eine Welt ohne Knäste und Unterdrückung!

Gegen jede Form der „modernen Sklaverei“!

Herzlich senden wir solidarische und kraftvolle Grüße an unsere türkischen und kurdischen Genoss_innen, die sich derzeit kämpferisch im Hungerstreik befinden, an unsere Gefährt_innen der anarchistischen Bibliothek Fermento in Zürich und an unseren Komplizen Loic.

Freiheit für ALLE Gefangenen!“

anonym

Aktuelles zu Mumia Abu Jamal

Hier kommen aktuelle Nachrichten über den seit 1981 gefangenen Journalisten Mumia Abu-Jamal aus den USA und aus der länderübergreifenden Solidaritätsbewegung.

Am 17. April 2019 wurde bekannt, dass Philadelphias Bezirksstaatsanwalt Larry Krasner endlich seinen Widerstand gegen ein neues Revisionsverfahren für Mumia Abu-Jamal zurückgezogen hat, welches bereits im Dezember 2018 von Revisionskontrollrichter Tucker verfügt worden war. Damit wird es ein neues Revisionsverfahren für den afroamerikanischen Journalisten geben, der bereits seit 1981 gefangen ist.

Nachdem bereits 2011/12 die Todesstrafe gegen Mumia endgültig verhindert wurde, das auf ihn gemünzte Gefangenenknebelgesetz in Pennsylvania 2015 gestoppt werden konnte, die gesundheitliche Versorgung gegen Hepatitis-C für Mumia und ca. 7000 weitere Gefangene im Bundesstaat durchgesetzt wurde, stehen nun nach über 37 Jahren Haft endlich die Türen zu einem neuen Verfahren offen.

Wann das Verfahren in Pennsylvania beginnen wird und wie viel weitere Instanzenzüge darauf möglich sind, lässt sich momentan noch nicht genau

abschätzen. Allerdings geht es jetzt endlich um die mögliche Freiheit von Mumia Abu-Jamal, der seit 1981 für einen untergeschobenen Polizistenmord in Haft ist. Es gibt keine belastbaren Beweise gegen ihn. Allerdings ist sein Fall stark politisiert, denn bei seiner ursprünglichen Verurteilung und auch danach ging es stets um seine Haltung als revolutionärer Journalist, der Rassismus, tödliche Polizeigewalt und behördliche Korruption (damals wie heute) als das benannt hatte, was sie sind. Mumia hat starke Gegner*innen in der us-amerikanischen Rechten, allen voran die Polizei-Lobby- Organisation F.O.P.

Die Rücknahme des Staatsanwaltes ist ein großer Erfolg der Solidaritätsbewegung, die ihre Arbeit nie eingestellt hat und weiter fortsetzt. In Berlin wird es am 15. Juni 2019 ein Solidaritätskonzert geben, mit dessen Erlösen u.a. die kritische Prozessbeobachtung und Berichterstattung in dt. Sprache finanziert werden soll. Alle Berliner Leser*innen sind herzlich eingeladen. Bitte verbreitet es auch selbst weiter. Alle Informationen befinden sich hier: <http://mumia-hoerbuch.de/soli150619.htm>

FREE MUMIA – Free Them ALL !

Zwischenbericht zum Elbchaussee-Prozess

Die Anklage wackelt

Seit mittlerweile 19 Verhandlungstagen läuft der erste Prozess gegen mutmaßliche Teilnehmer an den Protesten gegen den G20-Gipfel auf der Elbchaussee. In dem Prozess versucht die Staatsanwaltschaft eine neue Rechtsprechung auf Demonstrationen anzuwenden, die die

Versammlungsfreiheit einzuschränken droht, sollte sich die Rechtsauffassung auch in höheren Instanzen durchsetzen. Trotz der möglicherweise weitreichenden Folgen dieses Urteils wird die Beweisaufnahme unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Das Gericht begründete den

Geheimprozess u.a. mit Beifall und lautstarken Jubelstürmen aus dem vollbesetzten Zuschauer*innenraum für die Angeklagten an den ersten beiden Prozesstagen. Doch auch die Anklage hatte bei ihrer dürftigen Beweislage allen Grund kritische Prozessbeobachter*innen auszuschießen, wie der bisherige Prozessverlauf zeigt.

Anklage: G20-Protest als unpolitischer Hooliganismus
Die Anklage will nachweisen, dass sich die fünf Angeklagten allein durch die Teilnahme an der Demonstration, aus der heraus zahlreiche Autos und Geschäfte angegriffen wurden, des schweren Landfriedensbruchs strafbar gemacht haben. Vier der fünf Angeklagten wird keine eigenhändige Straftat vorgeworfen. Mit ihrer Anklage stützt sich die Staatsanwaltschaft auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Mai 2017, das sich jedoch explizit auf Auseinandersetzungen zwischen Fußball-Hooligans bezog. Das Gericht wertete das „ostentative Mitmarschieren“, also ein bewusst herausforderndes Mitlaufen in einer Gruppe, als psychische Beihilfe für die gewalttätigen Hooligans. Der BGH schloss in seinem Urteil eine Anwendung auf Demonstrationen allerdings ausdrücklich aus.

In der Beweisaufnahmen will und muss die Staatsanwaltschaft Hamburg den Angeklagten nachweisen, dass die Schäden an der Elbchaussee mit dem Wissen und Wollen aller Teilnehmenden der Demonstration verursacht wurden. Die Staatsanwaltschaft geht von einer gemeinsamen Planung und Organisation aus. Die Teilnehmenden hätten sich vorab im Donners Park getroffen, gemeinsam in schwarze Kleidung umgezogen und seien dann losmarschiert. In der Anklage stützt sich die Staatsanwaltschaft dabei auf vermeintliche Zeug*innenaussagen wie diese: „Etwa eine halbe Stunde später ging das Drama los. Plötzlich waren sie alle schwarz gekleidet und formierten sich zu einem schwarzen Block“. Allein bestritten mehrere Zeug*innen in der Hauptverhandlung, dies gegenüber der Polizei so gesagt zu haben. Das hätten sie gar nicht gekonnt, da sie es nur im Vorbeilaufen wahrgenommen haben, gar keine Sicht darauf hatten oder ähnliches. Wie die Polizei auf solche Aussagen kam? Sie müsse sie falsch verstanden haben. Diese und ähnliche Vorfälle gab es mehrmals im Prozessverlauf. Die mehrmonatige Arbeit der SOKO Schwarzer Block scheint wohl auch darin bestanden zu haben, sich Aussagen auszudenken, die zu ihrer Sicht des Geschehens passten.

Auch die Aussagen der geladenen Mitglieder der SOKO blieben so unergiebig, ungenau und an der Sache vorbei, dass selbst die Kammer vorerst auf die Ladung weiterer Beamter verzichten will. Der „Fallführer Elbchaussee“ konnte auch unter Vorhaltung ihrer Aussagen nicht erklären, wie Innensenator Grote, Polizeipräsident Meyer, der

G20-Einsatzleiter Dudde oder SOKO-Leiter Hieber auf ihre Aussagen im Sonderausschuss des Senats kamen. Die SOKO versuchte alle Teilnehmenden der Demonstration an der Elbchaussee zu ermitteln. Die Staatsanwaltschaft machte die Ermittlungsvorgabe, dass der Aufzug von Anfang an gewalttätig gewesen wäre. Durch den unfriedlichen Verlauf hätte es sich demnach nie um eine Versammlung gehandelt. Bis heute wurde jedoch nicht ermittelt, wann und wo sich der Zug denn gebildet hat.

Die Anklage beruft weitgehend auf Ermittlungshypothesen, die sich auf „Analyse und Lageeinschätzung“ stützen. Die SOKO interpretierte also Videos, Luftbilder und anderes Bildmaterial und versuchte Rückschlüsse zu ziehen. Belastbare Beweise, mit denen beispielsweise eine gemeinsame Planung belegt werden könnte, bietet an Tatsachen arme Anklage kaum. So ließ sich das Konstrukt des Verfassungsschutzes nicht bestätigen, dass die italienische ‚Autonomia Diffusa‘ für die die Straftaten verantwortlich wäre, obwohl es von der SOKO lange als Arbeitshypothese verfolgt wurde. Ein Staatsschutzbeamter, der die SOKO beriet, bekundete trotzdem, dass diese Taten eher zu aus dem Ausland angereisten Klientel passen würden. Straftaten von deutschen Autonomen wären eher „institutionalisiert“ und sie seien darauf bedacht, dass Gewalt „vermittelbar“ sei. Diese Erkenntnis hätte er seiner Lektüre von u.a. ‚Autonome in Bewegung‘ oder ‚Der kommende Aufstand‘ zu verdanken.

Trotz des großen Verfolgungswillens und politischem Druck, den die Staatsanwaltschaft durch einen Befangenheitsantrag gegen das Gericht und zahlreiche Beschwerden beim Oberlandesgericht zeigte, erhärtete die Verhandlung die Anklage bislang nicht. Dies und eigene Einlassungen bewirkten, dass zwischenzeitlich zwei weitere Angeklagte die U-Haft verlassen durften. Die Haftbefehle gegen die vier teils minderjährigen Angeklagten aus dem Rhein-Main-Gebiet wurden aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft zog ihren angekündigten Widerspruch dagegen mittlerweile zurück. In ihren Einlassungen gaben vier Angeklagte an, an der Demonstration auf der Elbchaussee teilgenommen, sie aber vorzeitig verlassen zu haben. Das Konstrukt der Anklage eines homogenen gewalttätigen Blocks bekam dadurch zusätzliche Risse. Zudem gaben die Angeklagten an, dass sie mit dem Verlauf nicht gerechnet und ihn so nicht gewollt hätten. Das Verfahren wird mindestens bis zum 20. September fortgesetzt. Trotz der Verlängerung des Prozesses muss damit gerechnet werden, dass bis zum Abschluss des Verfahrens noch weitere Termine nötig sind.

Rote Hilfe Ortsgruppe FFM

Anti-Knast-Tage

Liebe Leute,
es haben sich wieder Menschen zusammengefunden, um die „Anti-Knast-Tage“ in Berlin vom 23. bis 27. Oktober 2019 zu gestalten.

Wir alle begreifen Knast nicht losgelöst von den gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnissen. Knast ist ein wichtiges Durchsetzungsinstrument von Kapitalismus und Herrschaft.

In dem Zusammenhang und in Bezug zum Umgang mit Repression stellen wir uns viele Fragen. Wir beobachten seit vielen Jahren, wie die Themen Knast und Repression wiederholt und anlassbezogen aufgegriffen werden – warum ebbt diese Auseinandersetzung nach kurzer Zeit regelmäßig wieder ab? Warum bleiben danach meist nur Angehörige sowie „die üblichen Verdächtigen“ zurück, welche die notwendige Unterstützung für Gefangene stemmen? Warum fehlt es draußen häufig an Kraft, die selbstbestimmten Kämpfe drinnen so zu unterstützen, wie es so oft einfordert wird? Gibt es eine Anti-Knast-Haltung unter Gefangenen? Gibt es einen Austausch unter Gefangenen zu diesem Thema?

Es gibt viele Fragen, die wir als Berliner Organisationskreis (derzeit) nicht beantworten können.

Deswegen haltet ihr diese Untersuchung in der Hand. Wir wollen die unterschiedlichen Haltungen zum Thema von Gruppen, Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen in die kommenden Anti-Knast Tage miteinbeziehen. So planen wir eine Auftaktveranstaltung, in welcher das Thema „Umgang mit Knast und Repression“ diskutiert werden wird. Dafür braucht es unterschiedliche Haltungen und Meinungen und an dieser Stelle fragen wir dich und euch. Wir würden uns freuen, wenn ihr an der vorliegenden militanten Untersuchung teilnehmt. Natürlich bleiben all eure Antworten anonym. Das heißt, für uns ist nicht wichtig zu wissen, welcher konkreten Organisation usw. ihr angehört. Vorteilhaft für uns wäre lediglich zu wissen, ob ihr individuell oder kollektiv geantwortet habt. Wenn ihr „kollektiv“ antwortet, wäre für uns die politische Orientierung der Gruppe interessant, allerdings müsst ihr diese nicht angeben, wenn ihr das nicht wollt.

Wenn ihr euch entscheidet, an der Untersuchung teilzunehmen, wäre es für uns auch ideal, wenn ihr eure Antworten ausführt. Für die Vorbereitung einer Diskussion ist es hilfreich, wenn ihr eure Entscheidungen begründet. Dadurch erhoffen wir uns vielseitige Thesen zum Thema.

Die Antworten sollten bis spätestens 15. Juli 2019 an uns zurück geschickt werden, damit wir noch genug Zeit haben, uns alles durchzulesen und damit die Auftaktveranstaltung vorzubereiten.

Bei diesem Auftakt wollen wir uns gemeinsam dem Thema nähern, uns einig und nicht einig werden und im Anschluss vielleicht sogar eine gemeinsame Perspektive entwickeln

können. Unser Ziel mit dieser militanten Untersuchung ist es, die notwendige Analyse für die kommenden Anti-Knast-Kämpfe zu erstellen.

Deadline für deine/eure Antworten:
spätestens 15. Juli 2019

Bitte postalisch oder per mail an unten stehende Adressen. Falls ihr Fragen zur Untersuchung habt, schreibt gerne an antiknasttageberlin@riseup.net

oder an :
Anti-Knast-Tage 2019
c/o Lunte
Weisestr. 53
12049 Berlin

Solidarische Grüße,
Vorbereitungsgruppe der Anti-Knast-Tage 2019

23. - 27. Oktober 2019 in der Schule für Erwachsenenbildung (SfE)
Anti Knast Tage Berlin 23.Oktober -27.Oktober 2019

antiknasttage.blackblogs.org

Block I (persönliche und kollektive Erfahrungen)

- 1.1 Hast du/habt ihr persönlich bereits U-Haft und/oder Knast erlebt? Falls ja, wie lange?
- 1.2 Falls nein, kennst du/ihr Menschen, die das durchlebt haben? Wie viele?
- 1.3 Wie ist deine/sind eure Wahrnehmung deiner/eurer eigenen Möglichkeiten im Knast gewesen? Wie ist/war der Umgang damit?
- 1.4 Was waren deine/eure Erlebnisse mit anderen Gefangenen?
- 1.5 Wie viele Menschen kennst du/ihr die gerade im Knast sitzen?
- 1.6 Kennst du/ihr die Gründe dafür, warum sie im Knast sind. Ist das für dich/euch wichtig?
- 1.7 Begreifst du/ihr die Gründe warum sie im Knast sind – egal welche – als ein politisches Ereignis? Steht dies im Zusammenhang mit der Gesellschaft und ihren unterschiedlichen Unterdrückungsverhältnissen?

Block II (Realität Knast)

- 2.1 An was denkst du/ihr, wenn du/ihr das Wort Knast hörst/hört?

2.2 Was für eine Funktion erfüllt der Knast in der jetzigen Gesellschaft deiner/eurer Meinung nach?

2.3 Findest du/ihr Knäste unverzichtbar für die Lösung zwischenmenschlicher Konflikte?

2.4 Beziehst du/bezieht ihr Repression und Knast als Folge deiner/eurer politischen Arbeit mit ein?

2.5 Setzt du/ihr euch damit auseinander, dass der Knast eine Folge politischer Handlung sein kann?

2.6 Welche Gründe/Ursachen führen deiner/eurer Meinung oder Wissens nach zu Verurteilungen mit Knaststrafen?

Block III (Solidarität drinnen und draußen)

3.1 Wenn du/ihr Bekannte im Knast habt, unterstützt du/ihr Sie? Und wenn ja, wie und warum?

3.2 Welche Formen der Solidarität mit Gefangenen kennst du/ihr?

3.2.1 Ein Mensch aus deinem engeren Umfeld wird inhaftiert: machst du deine Solidarität abhängig von der Tat des Betroffenen, oder zeigst du dich generell solidarisch mit mit Gefangenen?

3.2.2 Findest du/ihr es wichtig, dich mit allen Gefangenen solidarisch zu zeigen oder würdest du/ihr nur mit bestimmten Gefangenen und damit verbundenen Taten solidarisch sein?

3.3 Gab es dich/euch Unterstützung von drinnen und/oder draußen? Hast du Unterstützung von innerhalb und außerhalb erfahren/erlebt?

3.4 Falls ja, wie wichtig war dies für dich/euch?

3.5 Empfanden es deine unterstützenden Personen als Belastung oder war die Solidarität von ihnen bewusst und gewollt?

3.5.1 Hast du z.B., drinnen manchmal gefühlt, dass es einen Unterschied zwischen der von dir empfangenen Solidarität und der Realität gab? Konntest du verstehen, was in Wirklichkeit auf der Straße passierte?

3.6 Ist es für dich/euch belastend, Menschen innerhalb der Knäste zu unterstützen?

3.7 Hattest du Möglichkeiten und/oder Interessen, dich im Knast an Dingen zu beteiligen, die über deine unmittelbare Situation im Knast hinaus gingen? Wie zum Beispiel ein Teil einer Bewegung zu sein, die ihre Kämpfe außerhalb der Knastmauern führt?

3.8 In wie fern findest du/ihr es für wichtig, Gefangene von den eigenen Kämpfen zu berichten? Können sie

deiner/eurer Meinung nach überhaupt in Kämpfe eingebunden werden, die auf der Straße stattfinden? Ist es überhaupt wichtig?

3.9 Hast du/ihr in deinem/euren politischen Handeln erlebt, dass sich Gefangene durch Briefe/Grußbotschaften/Aktionen, et cetera, an deinen/euren Kampf draußen beteiligt haben?

3.10 Falls nein, hältst du/haltet ihr es für realistisch, das zu ermöglichen?

3.11 Stehst du/ihr in Kontakt mit den Angehörigen von Gefangenen?

3.11.1 Denkst du/ihr, dass dies ein wichtiger Punkt in Form von Solidarität ist?

3.12 Wäre es dir/euch wichtig, dass auch deine/eure Familie unterstützt wird, wenn du/ihr im Knast seid?

Block IV (Konsequenzen)

4.1 Bevor du/ihr euch an einer politischen Aktion/Kampagne beteiligt: gibt es ein gemeinsames Nachdenken über Repression und praktische Solidarität mit denjenigen, die es erwischt?

4.2 Gibt es konkrete Vorbereitungen für den Fall der Fälle?

4.3 Kennst du/kennt ihr Gruppen, die Gefangene unterstützen und/oder gegen Knäste überhaupt kämpfen?

4.4 Falls ja, in welchen Verhältnis steht ihr/steht du zu diesen Gruppen?

4.5 Ist Anti-Repressionsarbeit und Anti-Knastarbeit für dich/euch dasselbe?

4.6 Hast du/ihr den Eindruck, dass das organisieren von Solipartys und Solikonzerten, eine ausreichende finanzielle und politische Unterstützung für Gefangene ist?

4.7 Denkst du/ihr, dass Gefangenen zu schreiben ausreichend ist? Falls ja oder nein, wieso?

4.8 Was hältst du/ihr von Gefangenen-Schreibworkshops? Schreibst du/ihr dich/euch mit Gefangenen?

4.9 Beteiligst du dich/beteiligt ihr/euch darüber hinaus an anderen Formen der Unterstützung für Gefangene? Wenn ja, wie sieht das aus?

4.10 Was hältst du/ihr in politischen Kämpfen von der Option, die eigene praktische Solidarität mit Gefangenen an Gruppen und Organisationen zu übergeben, oder zu delegieren, die sich ständig damit beschäftigen?

4.1.1 Wäre dies nicht eigentlich eine Tätigkeit, die alle Revolutionäre, in Gruppen oder einzeln, nachgehen könnten?

4.1.2 Hast du/ihr Austausch/Diskussionen mit derzeitigen und ehemaligen Gefangenen zu diesen Themen? Wenn ja, wie läuft das?

Block V (Knast als Industrie)

5.1.1 Wer profitiert von Knästen, wer nicht?

5.1.2 Wer glaubst du/glaubt ihr, sitzt in Knästen?

5.2 Sind die Knäste Orte, in denen Arme resozialisiert werden?

5.3 Wie sieht deiner/eurer Meinung nach Resozialisierung aus?

5.4 Wozu dient deiner/eurer Meinung nach Resozialisierung überhaupt?

Block VI (spezifische Knastbedingungen)

6.1 Weißt du, wisst ihr was Sicherungsverwahrung (SV) ist? Wenn ja, kennst du Menschen unter diesen Bedingungen?

6.2 Weißt du, wisst ihr was Forensik ist? Wenn ja, kennst du Menschen unter diesen Bedingungen?

6.3 Weißt du, wisst ihr was Maßregelvollzug ist? Wenn ja, kennst du Menschen unter diesen Bedingungen?

6.4 Weißt du, wisst ihr was Psychiatrie ist? Wenn ja, kennst du Menschen unter diesen Bedingungen?

6.5 Weißt du, wisst ihr was Offener Vollzug ist? Wenn ja, kennst du Menschen unter diesen Bedingungen?

6.6 Was ist dein Kenntnisstand über die Zustände in deutschen Knästen? Wenn ja welche?

6.7 Sind dir darüber hinaus die Unterschiede zwischen Bundesländern, privaten und nicht-privatisierten Knästen bekannt?

6.8 Sind dir die Zustände/Realitäten von Knästen in anderen Ländern bekannt?

Block VII (Utopie)

7.1 Wie sollten wir alle auf dem Weg in eine befreite und klassenlose Gesellschaft deiner/eurer Meinung nach mit Knästen umgehen?

7.2 Hältst du/ihr es für vorstellbar, das Knäste auch in einer befreiten und klassenlosen Gesellschaft existieren und eine „revolutionäre Funktion“ ausüben werden?

7.3 Was hältst du/ihr von gemeinschaftlicher Verantwortung, um zwischenmenschliche Konflikte zu lösen?

Block VIII (sonstiges)

8.1 Irgendwelche Vorschläge/Ergänzungen/Fragen zum Thema Knast, die hier nicht auftauchen?

Transnationales Camp für praktische Solidarität

11.-15. September 2019 in Leichlingen bei Köln

Mit Gästen aus Marokko, Tunesien, Libyen, Ägypten, Spanien, Griechenland, Niederlande, Frankreich, Polen, Tschechien, Rumänien, Bulgarien und Deutschland (bisheriger Stand) wollen wir über soziale Kämpfe, Repression und Knast reden und zusammen Wege der praktischen Solidarität finden. Neben Veranstaltungen wie Diskussionspodien und Workshops wird auch genug Platz für kleine Gesprächsrunden und Vernetzung vorhanden sein. Daneben gibt es (sub-)kulturelles Programm mit Theater, Konzerten etc.

Da unserer Erfahrung nach soziale Kämpfe, Repression und Knast zusammengedacht werden müssen - und zwar transnational - veranstalten wir im September ein mehrtägiges Camp.

Dort wollen wir mit euch und diversen Gästen aus unterschiedlichen Kämpfen auf die Suche gehen nach Wegen praktischer Solidarität. Wir wollen uns stärker transnational vernetzen und austauschen über unsere Erfahrungen in sozialen Kämpfen, Repression und Knast.

Für das Camp haben wir zudem zwei Schwerpunkte gewählt:

Soziale Kämpfe, Repression und Knast in Nordafrika
In europäischen Ländern wird meist nur über Fluchtrouten und Seenotrettung diskutiert, aber wie sehen die Situationen vor Ort aus? Wir wollen gemeinsam mit Aktivist*innen aus unterschiedlichen Regionen Nordafrikas

über die verschiedenen Realitäten und dortigen Kämpfe diskutieren und überlegen, wie eine transnationale aktivistische Unterstützung möglich wäre.

Armut

Wir möchten Armut und ihre Facetten betrachten und welche Kämpfe sich tatsächlich der Armut annehmen

und schließlich, welche Folgen sie haben oder auch nicht haben...

Das Camp setzt auf Selbstorganisation, es wird Küfa geben und Platz für Zelte.

Kontakt: solidarity1803@riseup.net

In Frankfurt brennt der Google-Truck ab

War es Brandstiftung?

Frankfurter Neue Presse, 4.6.2019

Der Google-Truck, der aktuell auf Cloud Experience Tour in Deutschland unterwegs ist, ist in Frankfurt ausgebrannt. Brandstiftung kann nicht ausgeschlossen werden. In der Nacht auf Dienstag ist in Fechenheim ein Lastwagen des Unternehmens Google abgebrannt. Ein Zeuge alarmierte den Notruf, als er den brennenden Sattelzug sah. Der Lkw war mit IT- und Eventutensilien bestückt. Heute war mit dem 15 Meter langen Truck anlässlich der „Google Cloud Experience Tour 2019“ eine Veranstaltung in Frankfurt geplant.

Die Brandursache ist jedoch immer noch unklar. Infrage kommt ein technischer Defekt sowie Brandstiftung. Die Ermittlungen hierzu dauern aktuell an.



